

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

4/13

Dezember 2013 · 66. Jahrgang
Einzelverkauf 8,- €

Solidarische Ökonomie

Nikolaus & Anne Schneider,
Udo Fleige, Jules El-Khatib,
Thomas Bonhoeffer, Jens E. Jahn, Reinhard Gaede
Texte zur Solidarischen Ökonomie

Samuel Diekmann/Paul Schobel/Martin Schwarz
Arbeit – Arbeitslosigkeit

Gerd Büntzly/Bernd Büscher
Solidarität auf der Straße

Alois Schwarz
Das Perez Center for Peace

Peter Ripken/Jürgen Schübelin
„Die Freiheit der Person ist unverletzlich“

Renate Witzlau
Tagung Bonhoeffer Verein

Karlheinz Lipp
August Bleier (1882–1958) – Pazifist – Religiöser Sozialist

Rezensionen

Bundesnachrichten

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Fokke Bohlsen, Michael Distelrath, Reinhard Gaede, Jürgen Gorenflo, Dieter Hönerhoff, Anneke und Florian Ihlenfeldt, Thorsten de Jong, Alois Schwarz

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Dieter Hönerhoff
Gänsemarkt 4, D-32052 Herford
DieterHoe@t-online.de

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen
Thorsten de Jong, Aachen

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Abonnements:

Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln
m.distelrath@netcologne.de

Preise:

Einzelheft: € 8,-, Doppelnummer
€ 9,-, Jahresabonnement, Inland:
€ 25,-, Welt: € 35,-, Förderabonne-
ment € 30,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Ordensgemeinschaft der Armen-
Brüder des heiligen Franziskus
Sozialwerke e.V., Beschäftigungshilfe,
Düsseldorf

ISSN 0945-828-X

INHALT

Editorial	1
Nikolaus und Anne Schneider	
Verzicht als Gewinn erfahren	3
Udo Fleige	
Sozialismus in China	9
Jules Jamal El-Khatib	
Marinaleda – Ein Leben in Gleichheit	15
Samuel Diekmann	
Der Wert der Arbeit	17
Paul Schobel	
Schlecker ist kein Einzelfall	25
Martin Schwarz	
Wie man Beschäftigte besser schützen kann	30
Thomas Bonhoeffer	
Ökologische Ökonomie	32
Jens-Eberhard Jahn	
Für eine andere Agrar- und Ernährungspolitik in Europa ..35	
Gerd Büntzly	
Exerziten auf der Straße	40
Bernd Büscher	
Die Kana Suppenküche – Protest und Gastfreundschaft ..44	
Alois Schwarz	
Das Peres Center for Peace in Israel	46
Peter Ripken	
Freiheit des Wortes und der Kreativität	49
Jürgen Schübelin	
Bolivians verschwundene Kinder: Ein dunkler Schatten ..52	
Renate Witzlau	
QUO VADIS, Evangelische Kirche?	58
Karlheinz Lipp	
August Bleier (1882–1958)	60
<hr/>	
Rezensionen	
Dietlinde Haug	
Arbeitsbedingungen in französischen Atomreaktoren ..64	
Doris Gerlach	
Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt	65
<hr/>	
Bundesnachrichten	
Bodensee-Konferenz der religiös-sozialistischen Organisationen im deutschsprachigen Raum	67
Presseerklärung der Bodenseekonferenz	70
Jahrestagung – Thema Genossenschaften	72
Pressemitteilung Bündnis umfairteilen	75
Bilder und Fotos	77
Autorinnen und Autoren	77

Editorial

„Uns geht es doch gut“ – verglichen mit der Verelendung in anderen EU-Staaten – so hat die Kanzlerin während des Wahlkampfes ihre Wählerinnen und Wähler beruhigt. „Uns“ – das sind Menschen in gut bezahlten und sicheren Beschäftigungsverhältnissen und die ohnehin reichen Gewinner der großen Umverteilung. Ergebnis der Bundestagswahl nach diesen Reden: 41,5% CDU, 25,7% SPD, 8,6% Linke, 8,4% Grüne. Die Führung der CDU sah man im Siegestaumel am Wahlabend. Die Koalitionsverhandlungen mit der SPD bringen wieder Ernüchterung.

Was die Wahlkampf-Reden der Regierungspartei verschwiegen: Tatsächlich hat sich die Armut verschärft, bei Arbeitslosen, Rentner(inne)n und Grundsicherung Beziehenden genauso wie bei Arbeitnehmer(inne)n. Nicht nur ungelernete Arbeitnehmer(innen) sind betroffen, sondern auch Facharbeiter(innen) in der Leiharbeit, Dienstleister(innen) und Akademiker(innen). Von der Armut bzw. Mittelkürzungen betroffen sind auch die „Armutsverwalter“ in staatlichen und kommunalen Behörden und Sozialleistungsträger, die ihrerseits den Bedürftigen zu wenig zahlen. Armut ist kein Betriebsunfall, sondern



Redaktions-Beirat l.v.u. Doris Gerlach, Dietlinde Haug, Fritz Hufendiek, Reinhard Gaede, Elmar Klink, Friedrich-Wilhelm Bargheer, Helmut Pfaff, Wieland Zademach. (Bilder von Jürgen Gorenflo auf Seite 74 und in CuS 4/12, von Dieter Hönerhoff in CuS 2–3/12)

sie scheint systemnotwendig in der „Wettbewerbsgesellschaft“: als Kehrseite des Reichtums und als Druckmittel und Drohung bis weit hinein in die Mittelschichten. Über die Situation derer, die von Hartz IV leben müssen, informiert in diesem Heft *Doris Gerlach* mit ihrem Bericht über das Buch von Wolfgang Gern und Franz Segbers „Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt“.

Wir fragen nach einer solidarischen Ökonomie. So lautete das Thema unserer Jahrestagung. Gesucht sind Wirtschaftsformen, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen und zum Leben ausreichendes Einkommen garantieren. Seit der Zeit der Neubelebung des BRSD 1976 haben wir uns oft, u. a. auch in den Leitsätzen des BRSD, auf die Frühsozialisten und ihre Wirtschaftsform der Genossenschaften bezogen. Viele werden zurzeit neu gegründet; 13 neue meldet mir Newsletter Genossenschaften.de für den Monat November. Mein Bericht von der Jahrestagung geht auf den Vortrag von *Caterina Metje* über die „kleine Geschichte der Genossenschaften“ ein. *Oikocredit*, die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft, bei der wir Mitglied sind, hatte uns *Jörg Arolf Wittig* vom Vorstand Oikocredit/Förderkreis Hessen-Pfalz wieder nahe gebracht. Eine Lebensgemeinschaft, die Wohn-, Produktions-Konsumgenossenschaft, zugleich aber eine ökume-

nische Gemeinde ist, haben wir im Vortrag von *Bernd Meier Stromfeldt*, Geschäftsführer der *Basisgemeinde Wulfshagenerhütten*, besser kennen gelernt.

Begleitet wird die Suche nach einer Wirtschaft für das Leben in einer globalisierten Welt, in der die Armen ausgebeutet werden, durch die ethische Forderung: „Verzicht als Gewinn erfahren“. So lautet der zweite Teil der Bibelarbeit von *Nikolaus und Anne Schneider*. *Samuel Diekmann* schreibt über den Wert der Arbeit. Arbeit soll Glück und Versorgung ermöglichen. Unser Wirtschaftssystem gleicht dagegen einer tödlichen Ökonomie. Seine „Systemkritik des Meisters“ sieht die ethischen Forderungen der Bibel im Gegensatz zu diesem System und ruft zum Streit für einen Lohn auf, von dem jede(r) Arbeiter(in) leben kann.

Vom Scheitern des Kommunismus in Osteuropa haben wir viel gehört. Aber die Diskussion um den Aufbau des Sozialismus ist dadurch nicht beendet. *Udo Fleige*, der die Homepage udopia-04.blogspot.de führt, hat dort die Diskussion in China dargestellt und uns den Artikel überlassen. *Jules El-Khatib*, der die Internet-Zeitschrift „Die Freiheitsliebe“ gegründet hat, hat uns seinen Artikel dort über die Genossenschaften in Marinaleda/Spanien zur Verfügung gestellt. Beiden sagen wir herzlichen Dank.

Die Pleite der Firma Schlecker war eine Großinsolvenz, die 35.000 Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben hatte. Die Einrichtung einer Transfergesellschaft war am Widerstand der FDP gescheitert. *Paul Schobel* blickt zurück im Zorn und fragt, was wir aus dem Fall lernen können. Der Internet-Zeitung „Kontextwochenzeitung“ danken wir für freundliche Genehmigung des Drucks. Über die Fach-Tagung am 10.–11. Mai 2013 in Bad Boll und ihre Lehren berichtet *Martin Schwarz*.

Sechs Thesen „Ökologische Ökonomie“ stellt *Thomas Bonhoeffer* vor. Den Gefahren für die Welt steht keine genügend große Einsicht und Handlungswilligkeit der Menschen gegenüber, was apokalyptische Visionen aus der Bibel, dem Buch „trauernder Liebe“ und zugleich „ansteckender Zuversicht“ näher rückt. Konkret sieht *Jens Eberhard Jahn* die bisherige Agrarpolitik unter dem Verdikt von Karl Marx: Beraubung des Bodens, Ruin der Quellen bisher noch wachsender Fruchtbarkeit. Und er fordert eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in der EU, Fischereipolitik eingeschlossen.

Arbeiterpriester sind selten. *Gerd Büntzly* hat dem Jesuitenpater *Christian Herwartz* aus Berlin-Kreuzberg in seiner Zuwendung zu den Armen am Rande der Gesellschaft ein Denkmal gesetzt. „Exerzitien auf der Straße“ heißt sein Artikel. „Die Hochzeit von Kana aus dem Johannes-Evangelium ist das Bild für das kommende Gottesreich, in dem alle gleichberechtigt an einem Tisch sitzen.“ Das ist die Vision der *Kana Suppenküche*, die sie zur Gastfreundschaft mit den Armen in der Dortmunder Nordstadt inspiriert und zugleich zum Protest anspornt gegen ein „System der kapitalistische Verwertung, das Menschen stigmatisiert und ausschließt“. *Bernd Büscher* stellt das Wirken der Gruppe vor, die zu dem europäischen Netzwerk der *Catholic Workers* gehört.

In vielen Ländern müssen Autoren, die kritische Berichte schreiben, um ihr Leben fürchten. *Peter Ripken* berichtet von dem internationalen Netzwerk „Städte der Zuflucht“, das verfolgten Autoren beisteht.

Ausbeutung der Opfer in organisiertem Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen oder Sklavenarbeit kennen wir jetzt schon als europäisches Problem. In Bolivien werden besonders viele Kinder verschleppt. *Jürgen Schübelin* berichtet und schildert die

vielfältigen Aufgaben der *Fundación La Paz-Teams*, die von der *Kindernothilfe* unterstützt werden.

Vom 15.–17. März 2013 fand in Erfurt die Frühjahrs-Tagung des *Dietrich-Bonhoeffer-Vereins* statt, Thema: Dietrich Bonhoeffers Kirchen- und Gemeindeverständnis und die Restauration in der Kirche. *Renate Witzlau* berichtet.

Zu den wichtigen Vertretern des Pazifismus und religiösen Sozialismus gehörte August Bleier: Karlheinz Lipp gedenkt seiner in seinem Artikel anlässlich des 55. Todestages. In CuS 1/2008 hatten wir ihn anlässlich seines 50. Todestages gewürdigt. Damit setzen wir die Reihe von *Biographien religiöser Sozialisten* fort und hoffen, dass ihre Spuren an ihren früheren Wirkungsstätten wieder entdeckt werden. Im Jahr 2013 denken wir auch an den 50. Todestag von Adolf Grimme, an den 50. von Karl Thieme, den 60. von Hildegard Wegscheider, den 125. von Hans Francke, den 125. von Ernst von Harnack, den 125. von Dietrich Tittmann.

Über Arbeitsbedingungen in französischen Atomreaktoren informiert uns *Dietlinde Haug* in ihrer Rezension des aus dem Französischen übersetzten Buchs von Elisabeth Filhol: *Der Reaktor*.

Vom 21.–23.06. 2013 fand in Bregenz erstmals eine *Internationale Bodensee-Konferenz* der religiös-sozialistischen Organisationen im deutschsprachigen Raum statt. Unter dem Leittitel „Glaubwürdig Christ(in) und Sozialist(in) sein in einer kapitalistischen Welt“ tauschten 16 Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen *ACUS* (Österreich), *BRSD* (Deutschland) und *ReSo* (deutschsprachige Schweiz) sowie des Trägervereins der schweizerischen Zeitschrift „*Neue Wege*“ ihre Erfahrungen und politischen Ansätze aus. Darauf bezieht sich mein Bericht und die Presseerklärung.

Bei den Demonstrationen in Bochum und Berlin sind mehr als 15.000 Menschen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straßen gegangen, meldet die Presseerklärung von Bündnis UmFAIRteilen. Der BRSD gehört zu den unterstützenden Organisationen.

Zum Ende des 66. Jahrgangs von CuS wünsche ich allen Leserinnen und Lesern ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und guten Rutsch (von Rosch ha Schanah, Jahresanfang) ins Jahr 2014. „Gott nahe zu sein, ist mein Glück“, heißt die Jahreslosung aus Psalm 73,28.

Reinhard Gaede

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Bibelarbeit, Teil II*

Verzicht als Gewinn erfahren

Selig sind, die Verzicht als Gewinn erfahren, denn sie erleben schon auf der Erde das Glück, Gott nahe zu sein!

(*Nikolaus Schneider*)

In Worten von Dorothee Sölle erkennen wir es als ein Glück, gebraucht zu werden und unsere Liebesfähigkeit für andere einzusetzen:

V.1. Glück ist die Gewissheit, gebraucht zu werden

„Glück ist die Gewissheit, gebraucht zu werden,

*ein Bedürfnis für andere da zu sein,
nicht nur Bedürfnisse zu haben.
Wenn wir ersetzbar sind und nicht ge-
braucht werden, so sind wir tot.*

*Gott braucht deine wachsende
Liebesfähigkeit für sein Reich.*

*Du sollst Liebe nicht
von Gerechtigkeit trennen.*

*Und die sexuelle Beziehung nicht vom
politischen Handeln isolieren.*

*Du sollst gegen den Tod, der in Ausbeutung,
Hunger und Krieg herrscht,
kämpfen mit der Leidenschaft
deiner ungeteilten Liebe zum Leben.“
(Sölle, Den Rhythmus des Lebens
spüren, Bibel und Sexualität, S. 75)*

V.2. Kein Mensch ist eine Insel

(Anne Schneider)

„Glück ist die Gewissheit, gebraucht zu werden“ – diese Erkenntnis Dorothee Sölles ist auch meine Erfahrung und meine Überzeugung. Mein Bedürfnis für andere da zu sein, erfüllt mein Leben mit Sinn. Und die gleichzeitige Gewissheit, dass Gott und anderen Menschen meine Bedürfnisse nicht gleichgültig sind, erfüllt mein Leben mit Glück. Beides lässt meine Liebesfähigkeit wachsen und damit auch meine Bereitschaft, um anderer Menschen willen auf die Erfüllung eigener Bedürfnisse und Ansprüche zu verzichten.

„Kein Mensch ist eine Insel“ – dieses Zitat aus einer Meditation des Dichters und Predigers John Donne wurde in den vergangenen vier Jahrhunderten gleichsam zu einem geflügelten Wort und hat mit ganz unterschiedlichen Akzentsetzungen auch Eingang gefunden in Romane und Filme der letzten Jahrzehnte:

Bei Ernest Hemingway etwa, der seinem Roman „Wem die Stunde schlägt“ dieses Zitat von John Donne voranstellte. Mit seiner Geschichte eines amerikanischen Kämp-

fers der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg plädierte er für die grundsätzliche Verantwortung jedes und jeder Einzelnen für die weltweite Gemeinschaft.

Oder in dem bewegenden Film „About a boy“, in dem einige selbstbezogene und einsam nebeneinander her lebende Menschen zu der Erkenntnis kommen: Menschen mögen sich zwar immer wieder als eine einsame Insel erleben. Aber wenn sie sich zu Inselgruppen zusammenschließen und ihre Selbstbezogenheit von einander aufbrechen lassen, dann gewinnen sie Kräfte, gegen Depressionen, Selbstbetrügereien und gegen ihre Gefühle von Sinnlosigkeit an zu leben.

„Niemand ist eine Insel ganz für sich; jeder Mensch ist ein Stück des Kontinents, ein Teil des Festlands. Wenn ein Erdklumpen ins Meer gespült wird, wird Europa weniger ... Jedes Menschen Tod ist mein Verlust, denn ich bin ein Teil der Menschheit ...“ – mit diesen Bildern beschrieb John Donne in seiner Meditation (in: The Works of John Donne, vol. III, London 1839, S. 574f.) die grundsätzliche Verbundenheit aller Menschen, die er in „Gottes Hand“ begründet sah. Er nahm damit die biblische Vorstellung auf, die Paulus im 12. Kapitel des Korintherbriefes entfaltet. Paulus beschreibt in seinem Brief die Verbundenheit aller Christinnen und Christen gleichsam als verschiedene Glieder eines Leibes (vgl. 1. Korinther 12,12ff.) mit der Konsequenz: „Und wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit, und wenn ein Glied geehrt wird, so freuen sich alle Glieder mit.“ (1. Korinther 12,26) John Donne hat diese mitfühlende Verbundenheit der Christenmenschen untereinander auf alle Menschen ausgeweitet. Weil eben alle Menschen – unabhängig von ihrer Nationalität und Religion – Gottes geliebte

Geschöpfe sind! Jeder Mensch braucht für ein nachhaltiges Lebensglück bei all seinen individuellen Inselgefühlen immer auch tragfähige Bindungen an ein „Festland“. Bindungen an Menschen, die ihm liebend und fürsorgend verbunden sind.

Und – das ist meine Erfahrung und Überzeugung – auch die Bindung an Gott, der alles Leben und alle Menschen trägt.

„Ein feste Burg ist unser Gott“ hat Martin Luther uns singen gelehrt. „Eine lebensnotwendige Festlands-Bindung ist unser Gott“ möchte ich mir und uns allen ins Gedächtnis rufen, wenn wir es uns in selbstbezogenen Inselgefühlen genug sein lassen wollen. In dieser „Festlands-Bindung“ geht es uns Menschen in Deutschland durchaus etwas an, wenn spanische Jugendliche arbeitslos sind. In dieser „Festlands-Bindung“ leiden Christ(inn)en mit, wenn indische Frauen vergewaltigt werden. In dieser „Festlands-Bindung“ ruft uns die Armut der Menschen in Afrika zu einer „Ethik des Genug“ in Deutschland.

Deshalb will ich es immer wieder neu lernen, um anderer Menschen willen auf eigene und vermeintlich berechnete Ansprüche zu verzichten. Deshalb will ich es immer wieder neu lernen, einen Verzicht zum Wohl anderer als Gewinn zu erfahren, und gerade auch darin das Glück erleben, Gott nahe zu sein!

V.3. Verzicht als Gewinn erleben – Wie es gehen kann

(Nikolaus Schneider)

„Kein Mensch ist eine Insel“ – dieser Satz ist auch für mich gleichsam eine Lebensmaxime.

Auch ich brauche für mein Lebensglück eine tragfähige „Festlandsbindung“ an Gott und an andere Menschen. Für mich verweist dieser Satz aber zugleich auf den notwendigen Zusammenhang von persön-

lichem Lebensstil und sozial-politischen Strukturen, wenn es um die Fragen nach Gerechtigkeit und einer menschenfreundlichen Gesellschaft geht.

„Kein Mensch ist eine Insel“ -, das heißt für mich deshalb auch: Eine Kirche, der es um das Wohl der Menschen geht, muss sich auch in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik einmischen.

Es besteht, so sagte Karl Barth, weder eine „Gleichung“, noch eine „einfache und absolute Ungleichheit“ zwischen dem Staat und dem Reich Gottes. Die Christengemeinde will vielmehr, „dass die Gestalt und die Wirklichkeit des Staates inmitten der Vergänglichkeit dieser Welt auf das Reich Gottes hin und nicht von ihm weg weise. Sie will, dass die menschliche Politik die göttliche nicht kreuze, sondern dass sie ihr in ihrer ganzen Entfernung von jener parallel gehe.“¹ Christinnen und Christen in der Politik sollen sich also von den Utopien – „eigentlich soll es keine Arme unter euch geben“ – ausrichten und von der biblischen Sozialpolitik – leihe den in Not Geratenen gerne ohne Gewinnabsicht! – bei der konkreten Gestaltung ihrer Politik anregen lassen.

In diesem Sinne ist das Verzichtsjahr, das die Tora für Israel fordert, eine notwendige Provokation und Herausforderung auch für unser Wirtschaften, das in einer globalisierten Welt immer brutaler die grenzenlose Ausbeutung der Armen betreibt. Gerade die herrschende Logik der Finanzwirtschaft geht den genau umgekehrten Weg: je größer die Not und deshalb schlechter die „Bonität“, desto höher die Zinsen.

Die mit dem herrschenden Verständnis unseres Wirtschaftens verbundene Notwendigkeit steten Wachstums zum Erhalt des Wohlstandes und der Stabilität der Gesellschaften verändert die innere Haltung vieler Menschen. Denn es gibt eine Wech-

selbeziehung zwischen unseren persönlichen Lebenseinstellungen und den äußeren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unseres Lebens. Der äußere, wirtschaftliche Zwang zum Wachsen und die Vorstellung, dass das möglichst größte Wachstum das beste Ziel wirtschaftlichen Handelns sei, führen bei vielen reichen Menschen zu maßlosen Ansprüchen auf Einkommen und Besitz. Fähigkeit zur Konkurrenz wird zum Erziehungsziel, Solidarität bleibt auf die Familie beschränkt. Luxus wird zur Normalität des Lebens, Gier eine respektable Lebenshaltung. Gleichzeitig werden arme Menschen zu maßloser Armut gezwungen. Verhungern der fernen Anderen wird zu einem zumindest hinnehmbaren, wenn nicht sogar zu akzeptierenden Lebensschicksal.

Während Dtn 15,1–11 einen Verzicht zum Schutz der verarmten Schuldner vorsieht, erleben wir heute in der Bankenkrise oft das genaue Gegenteil: Die Rettungsschirme sichern die Banken, statt die in Armut gedrängten Menschen.

Und ein Projekt wie der „Basic Income Grant“ in Namibia hingegen, das genau wie das Erlassjahr die Durchbrechung der Armutsspirale zum Ziel hat, wird vom Internationalen Währungsfonds (IWF) abgelehnt. Er rät von seiner Einführung ab, da man Geld nicht ohne Gegenleistung geben könne.

Die Idee des Basic Income Grant ist folgende: Jedem Mitglied einer Gesellschaft wird ein Basiseinkommen gesichert. Eine Kommission der namibischen Regierung erhielt den Auftrag, das Steuersystem des Landes zu untersuchen, weil Namibia die größte Schere zwischen Arm und Reich aller Länder aufweist. Sie schlug die Einführung eines „Basic Income Grant“ als Teil des Steuersystems vor. Das führte zu einer intensiven öffentlichen Diskussion.

Um den theoretischen Debatten etwas entgegenzusetzen, machte sich eine gesellschaftliche Koalition unter Leitung der Evangelisch Lutherischen Kirche in Namibia daran, in einem 2-jährigen Versuch mit knapp 1000 Menschen zu belegen, dass das Prinzip funktioniert. Die Ergebnisse des wissenschaftlich ausgewerteten Projektes in einem verwahrlosten Wellblech-Camp in Namibia zeigten, dass sich tragfähige Sozialstrukturen herausbildeten und Menschen weit überwiegend verantwortlich mit dem Geld umgingen: Sie investierten in kleine Gewerbe, zahlten Schulgeld für ihre Kinder und konnten sich den Besuch der Krankenstation leisten. Die Folgen waren: Die Kriminalitätsrate sank dramatisch, ebenso die Mangelernährung der Kinder. Das allgemeine Gesundheitsniveau verbesserte sich, und Schulabbrecher gab es nicht mehr. So geht es also, wenn Utopie Realpolitik inspiriert.

Leider muss gesagt werden: Das war nur kurze Zeit und vorübergehend möglich. Es gelang nicht, dieses System steuerfinanziert, also durch eine Umverteilung des Bruttoinlandsproduktes um ca. 3%, flächendeckend in Namibia einzuführen. Die Regierung traute sich nicht. Der IWF gab die Richtung vor: kein Geld ohne Leistung.

Gegen die vorherrschende Meinung unserer Ökonomie halten wir fest: Die Bibel bezeugt uns die ganz besondere Liebe und Parteinahme Gottes für unterdrückte, benachteiligte und leidende Menschen. Diese Parteinahme Gottes verpflichtet uns als Christinnen und Christen dazu, in der Beurteilung von gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen vorrangig die Perspektive der Armen einzunehmen. Und das führt zu der Absage an ein Wirtschaftssystem, das vor allem dem Profit und der Anhäufung von Reichtum für einige wenige dient.

Das biblische Erlassjahr erinnert uns daran, dass das Wirtschaften reguliert werden muss, um Ungerechtigkeiten wenn auch nicht vollständig zu vermeiden, so doch zumindest auf ein gewisses Maß einzudämmen.

Das Wort Gottes ermutigt uns zu einer Abkehr von alten Paradigmen, die gegenwärtig die ungerechten Verhältnisse noch stabilisieren und fördern – wie etwa das Paradigma: Wohlstand durch Wachstum. Das Wort Gottes ermutigt uns zu einem umfassenden Umdenken und zu einer neuen „Ethik des Genug“. Sie bietet Instrumente einer allen Menschen wohltuenden Realpolitik an.

Ihr Ziel ist die Ausrichtung an dem Willen Gottes, dass alle Menschen genug zum Leben haben. Die „Ethik des Genug“ soll zu einer befreienden Vision für die Armen und für die Reichen werde. Sie setzt bei der Lebenshaltung bei uns reichen Menschen an: Damit Arme genug bekommen können, sollen wir Reichen es uns genug sein lassen.

Um unserer Seligkeit willen darf unser Leben nicht darin bestehen, uns im Streben nach immer mehr Besitz und Vermögen aufzureiben. Das ist auch eine Befreiung wohlhabender Menschen aus der Diktatur des Paradigmas grenzenlosen Wachstums. Sie führt zu einer neuen Lebensqualität wohlhabender Menschen. Sie befreit vom Leistungszwang hin zu Zeit und Geduld mit sich selbst, Zeit für die Familie und die Pflege von Freundschaften, um die Wohltat der Nähe von Menschen zu genießen. Sie ermutigt auch zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. So kann ein erfülltes Leben jenseits vom Rausch der Gier und des Luxus aussehen.

Wir, die wir genug haben, sollen und können Schulden erlassen, sollen und können auf Gewinn-Ansprüche verzichten, sol-

len und können unseren Wohlstand teilen. Wir müssen nicht das Letzte aus allem, auch nicht aus uns selbst, herausholen. Eine „Ethik des Genug“ ist für uns Wohlhabende nicht vorrangig Verzichtsethik. Vielmehr bedeutet sie einen Gewinn an Lebensqualität, weil sie dazu ruft und ermutigt, uns von Verschwendung und rein materieller Lebens-Orientierung zu befreien. Die „Ethik des Genug“ will uns Wohlhabenden die Erfahrung ermöglichen:

Selig sind wir, wenn wir Verzicht als Gewinn erfahren, denn wir werden schon auf Erden das Glück erleben, Gott nahe zu sein!

V.4. Noch nicht und schon jetzt

(Anne Schneider)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal Deinen ersten exegetischen Gedanken zu dem Text unserer Bibelarbeit aufnehmen. Du hast da ausgeführt:

Realpolitik und Utopie müssen zusammenkommen und zusammenbleiben, damit Gottes Segen konkret erfahrbar werden kann. Wir sollten zwar unsere menschliche Sozialpolitik nicht mit Gottes Segen verwechseln. Aber unsere Sozialpolitik sollte der Richtung nach dem Segen Gottes entsprechen.

Das hat mir sehr gefallen.

Unser Leben hat mich gelehrt, dass es für mich gar nicht möglich ist, Gottvertrauen und Lebenszuversicht zu bewahren, wenn ich nicht die biblischen Visionen mit meinen ganz realen Erfahrungen zusammenbinde. Wenn nicht die Zukunftsvisionen von dem neuen Himmel und der neuen Erde Gottes nicht schon „hier und jetzt“ mein irdisches Leben entgrenzten und weiteten. Dem Volk Israel wird in unserem Bibeltext eine Weltsicht geschenkt, die Realpolitik mit der Utopie einer umfassenden Gerechtigkeit Gottes verbindet.

Ich denke, so müssen auch heute wir Christinnen und Christen mit einer realistischen Veröffentlichung Weltsicht leben, lieben und arbeiten, die offen ist für Gottes Wirken und für Gottes Zukunft.

Nur dann können wir angesichts von Armut, Unrecht, Leid und Sterben der Abstumpfung, dem Zynismus und der Resignation widerstehen. Nur dann können wir schon hier und schon jetzt Gott loben, ohne zu lügen. Nur dann können wir „trotz-allem“ schon hier auf der Erde das Glück erfahren, Gott nahe zu sein.

Mit Worten von Dorothee Sölle halten wir das „noch nicht“ und das „schon jetzt“ des Gottesreiches zusammen:

*„Es kommt eine zeit
da werden wir viel zu lachen haben
und gott wenig zu weinen
die engel spielen klarinette
und die frösche quaken die halbe nacht
Und weil wir nicht wissen
wann sie beginnt
helfen wir jetzt schon
allen engeln und fröschen
beim lobe gottes“
(aus dorothee sölle,
zeitansage, loben ohne lügen)*

VI. Gebet

(Anne Schneider)

Wir beten mit Worten Dorothee Sölles:

*„Nicht du sollst meine probleme lösen
sondern ich deine gott der asylanten
nicht du sollst die hungrigen satt machen
sondern ich soll deine kinder behüten
vor dem terror der banken und militärs
nicht du sollst den flüchtlingen raum geben
sondern ich soll dich aufnehmen
schlecht versteckter gott der elenden
Du hast mich geträumt gott
wie ich den aufrechten gang übe
und niederknien lerne
schöner als ich jetzt bin*

*glücklicher als ich mich traue
freier als bei uns erlaubt
Höre nicht auf mich zu träumen gott
ich will nicht aufhören mich zu erinnern
dass ich dein baum bin
gepflanzt an den wasserbächen des lebens“
Amen*

(Sölle, loben ohne lügen, gedichte,
ich dein baum, S. 12)

VII. Atem Gottes hauch mich an und (Nikolaus Schneider)

*„Atem gottes hauch mich an
füll du mich wieder mit leben
dass ich was du liebst lieben kann
und rette was du gegeben
Atem gottes weh mich an
bis mein herz dir offen
bis ich was du willst wollen kann
im handeln und im hoffen
Atem gottes blas mich an
bis ich ganz dein werde
bis dein feuer in mir brennt
auf der dunklen erde
Atem des lebens atme in mir
lehr mich die luft zu teilen
wie das wasser wie das brot
komm die erde zu heilen“*

(Sölle, loben ohne lügen, gedichte,
breathe on me breath of god nach
Edwin Hatch 1889, S. 26)

Segen

1 BARTH, KARL, *Christengemeinde und Bürgergemeinde* [1946], in: Eberhard Jüngel (Hg.), *Karl Barth. Sammlung (= Theologische Studien, Bd. 104)*, Zürich 19894, S. 49–82, 67.

*Bibelarbeit über Dtn 15, 1–11 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag Hamburg, 3. Mai 2013. Teil I erschien in CuS 2–3/2013

Nikolaus Schneider,
geboren 3. Sept. 1947, verheiratet
Studium der Theologie in Wuppertal, Göttingen, Münster
Mitarbeit am Institut für neutestamentliche Textforschung, Münster 1977–1984
Gemeindepfarrer, Duisburg-Rheinhausen
1984–1991 Diakoniefarrer, Moers
1991–1997 Gemeindepfarrer, Moers
1987–1997 Superintendent des Kirchenkreises Moers
1997–2003 Vizepräsident der Ev. Kirche im Rheinland

2003–2013 Präsident der Ev. Kirche im Rheinland, seit 2010 Präsident der EKD

Anne Schneider,
geboren 9.1.1949,
Studium der Theologie, Lehrerin i. R.,
verheiratet mit Nikolaus Schneider
2 Kinder, 3 Enkelkinder



Nikolaus und Anne Schneider

Sozialismus in China*

Von Udo Fleige

Wenn „unsere“ Medien heute über China reden ...

... oder schreiben, dann handelt das meistens von der chinesischen Wirtschaft, von chinesischen Dissidenten oder Nobelpreisträgern, von fehlender Demokratie und Ein-Parteien-Herrschaft.

Wenig erfährt man darüber, ...

... dass es innerhalb der Volksrepublik auch eine intensive und ernsthafte Diskussion



über die richtige Gesellschaftsform der Zukunft gibt. Professor Wang Shaoguang von der Chinese University of Hongkong z.B. gehört zu den bekannten Vertretern der „Neuen Linken“ in China und hat im März 2011 an der Harvard-Universität in den USA an einem runden Tisch zum Thema „Asian Varieties of Socialism: China, India, Vietnam“ teilgenommen. Seinen Vortrag kann man auf you-tube anhören und anschauen.

Er entwickelt dort sein Konzept des Sozialismus. Man kann es auch nachlesen in seinem Buch über das „Chongqing-Modell“.

Wenn wir in Deutschland über „Sozialismus“ reden ...

... so denken wohl die Meisten automatisch an den Untergang DDR 1989, an den Untergang der UdSSR und der KPdSU, an das Scheitern des Kommunismus und vielleicht an das Buch des US-amerikanischen Politologen Francis Fukuyama (geb. 1952) „Das Ende der Geschichte“, das 1992 in deutscher Sprache erschien: Der politische Umbruch in Osteuropa und das Scheitern des Kom-

munismus als tragfähige politische Staatsform sind Ausgangspunkt von Fukuyamas Auseinandersetzung mit der Frage: Ist die Geschichte eine unendliche Wiederholung von Aufstieg und Verfall, oder bewegt sich die Geschichte auf ein Ziel, ein Ende zu? In diesem, in Fachkreisen lebhaft diskutierten Werk, bezieht Fukuyama deutlich Stellung. Die weltweite Durchsetzung der liberalen Demokratie bedeutet für ihn den „Endpunkt der Geschichte.“

Für chinesische sozialistische Denker besteht dieses Problem nicht:

Schon früh hatte sich der Gründer der VR China, *Mao Zedong*, vom sowjetischen Modell getrennt und kam dadurch in Konflikt mit Stalin und der Komintern, die von der UdSSR dominiert war.

1. Aus der chinesischen Sicht der Geschichte begann der Aufbau des Sozialismus in China unter *Mao Zedong* und wurde durch Mao „sinisiert“.
2. wurde in der Generation nach Mao unter *Deng Xiao Ping* fortgesetzt („Sozialismus chinesischer Prägung“, *Zhongguó tèsè shèhuìzhuy*), hat 1989 durch die Reformen Dengs und die Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 (fast) unbeschadet überstanden,
3. wurde nach Deng durch die 3. Generation der Führer der KPCh unter *Jiang Zemin* fortgeführt und wiederum ergänzt durch das Konzept „Dreifaches Vertreten“ (chinesisch *san gè dàibiao*),
4. danach unter *Hu Jintao* in der 4. Generation weiter geführt und noch einmal ergänzt: Hu Jintao hat ein Konzept der wissenschaftlichen Entwicklung zu einer harmonischen Gesellschaft entfaltet (*scientific development concept*); es enthält: 1. klassischen Marxismus, 2. nachhaltige Entwicklung, 3. Soziale Wohlfahrt, 4. mehr

Demokratie und als End-Ziel die Schaffung einer Sozialistischen Harmonischen Gesellschaft.

5. Seit 2012 regiert nun in China die 5. Generation der Führer der KP unter *Xi Jinping*.

China befindet sich nach dieser Lesart ...

... weiterhin in der Phase des *Aufbaus des Sozialismus*, und man rechnet damit, dass diese Phase noch ein Jahrhundert dauern wird, bis China dann schließlich in die *Phase des Kommunismus* eintreten kann, in die klassenlose Gesellschaft, in der es keine „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ mehr geben sollte.

Der marxistische Begriff „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“, (im Französischen: *l'exploitation de l'homme par l'homme*), geht auf den französischen Sozialtheoretiker *C. H. de Saint-Simon* (1760–1825) zurück.

Kleiner Scherz am Rande: Über das Scheitern sozialistischer Gesellschaftsformen spottet das bekannte Scherzwort, nach dem der Kapitalismus durch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gekennzeichnet sei, während es sich im Sozialismus genau umgekehrt verhalte.

Das chinesische Wort für Kommunismus bedeutet wörtlich ins Deutsche übersetzt übrigens: „Bündnis freier Menschen“.

Vom Ende der Geschichte oder vom Ende des Sozialismus ...

... ist also nicht die Rede, sondern vom weiteren Aufbau des Sozialismus, auch wenn es zwischendurch (z.B. beim Großen Sprung nach vorn zwischen 1958 und 1961 und in der Großen Proletarischen Kulturrevolution zwischen 1966 und 1976 unter *Mao Zedong*) – vorsichtig ausgedrückt – einige „teleologische Missgeschicke“ gegeben habe.

Anmerkung am Rande:

Mit dem gleichen Problem der „teleologischen Missgeschicke“ haben auch „der Westen“ und „das Christentum“ zu kämpfen, wenn sie in die Geschichte der Kirche zurück



blicken. Stichworte: Kreuzzüge, Hexenverbrennungen, Zwangsmisionierungen in Amerika und anderswo, Sklavenhandel, Konfessionskriege, Juden-Vernichtung ...

Was bedeutet also nun:

- Chinesischer Sozialismus 1.0
- Sozialismus 2.0
- Sozialismus 3.0?

Chinesischer Sozialismus 1.0:

Von der Gründung der VR China 1949 bis 1978. Subsistenz-Wirtschaft, und alle sind gleich arm.

Die Wirtschaft war auf Selbstversorgung des Eigenbedarfs ausgerichtet (Subsistenz). Das Pro-Kopf-Einkommen lag zwischen 500\$ und stieg auf fast 1000\$ pro Jahr; es gab eine zentrale staatliche Planwirtschaft, und es wurde großer Wert auf soziale Gleichheit gelegt, z.B. durch die Verteilung von Marken für Produkte des täglichen Bedarfs. Der Staat sorgte für eine Grundversorgung mit Nahrung, Kleidung, Erziehung, Gesund-

heit. – Eine eigene Armbanduhr und ein eigenes Fahrrad waren noch der höchste Traum.

Der Lebensstandard der Menschen wuchs nur langsam, doch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs immerhin um 6,5% pro Jahr. Der Gini-Koeffizient (statistisches Maß für Gleichheit) lag bei 0,3, was eine sehr gleichmäßige Verteilung des Reichtums – innerhalb der Gesellschaft anzeigt.

Wenn man China und Indien 1949 vergleicht, so gehörten beide damals zu den ärmsten Ländern der Welt mit hoher Sterblichkeitsrate, schlechter Ernährung und schlechtem Bildungssystem. Bis 1978 – so der Ökonom *Amartya Sen* – hatte die VR China große Fortschritte gemacht – trotz des Desasters des Großen Sprungs nach vorn. (Amartya Sen erhielt 1998 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Wohlfahrtsökonomie und zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung.)

Chinesischer Sozialismus 2.0:

Boomende Wirtschaft, Wohlstand für möglichst Viele, eine halbe Milliarde Menschen aus der Armut holen, Armut lindern.

Nach dem Tod vom Mao Zedong 1976 gab es unter *Deng Xiao Ping* zwei Ziele: Einerseits, die restliche Armut zu beseitigen und andererseits, das private Einkommen und den Konsum für die Mehrheit der Bevölkerung zu erhöhen. Die Planwirtschaft entwickelte sich in Richtung Marktwirtschaft, und neben dem Staatseigentum gab es verschiedene andere Eigentumsformen. Die „eiserne Reisschüssel“ der ersten Jahre wurde zerschmettert, den „großen Reistopf“ der Volkskommunen gab es nicht mehr; die Devise war: Einen Teil des Volkes und einige Regionen als Erste reich werden zu lassen und alle Anderen ermutigen, die Armut abzuschütteln und Wohlstand zu schaf-

fen mit allen möglichen Mitteln. Sozialer Wohlstand sollte erreicht werden durch boomende Wirtschaft, Erhöhung des Konsums einer breiten Mehrheit und durch Linderung der Armut auf der anderen Seite.

Es gab spektakuläre Ergebnisse: Das BIP wuchs zwischen 1987 und 2001 jährlich um 9,6% stärker als in 30 Jahren zuvor. Das Pro-Kopf-Einkommen wuchs ständig von 1000\$ auf 4000\$, die große Mehrheit der Bevölkerung war gut ernährt und konnte sich hübsch kleiden. Gemessen an dem Maßstab der Weltbank, sank die Zahl der armen Menschen zwischen 1981 und 2004 von 625 Millionen auf 135 Millionen oder mit anderen Worten: In China wurde eine halbe Milliarde Menschen von der Armut befreit. Die Weltbank: Das Absinken der Zahl der Armen in einer solchen Größenordnung und in solch kurzer Zeit ist in der Geschichte ohne Beispiel.

Es gab auch Rückfälle: Soziale Gerechtigkeit, Arbeiter-Rechte, öffentliche Gesundheitsfürsorge, Umweltschutz, nationale Verteidigung und anderes wurde vernachlässigt. Die Folge davon: Ein weit verbreitetes Gefühl der Unsicherheit, Ungleichheit, Beschwerden aus der Bevölkerung.

Auf der Suche nach dem Chinesischen Sozialismus 3.0:

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 4000 \$ pro Jahr hat China 2002 das Stadium eines bescheidenen Wohlstand erreicht. Dieses neue Stadium wird, so *Wang Shaoguang*, die Geburtsstunde einer neuen Version des Sozialismus sein: 3.0.

Es kann jetzt nicht mehr die Haupt-Antriebskraft sein, den privaten Wohlstand und den Konsum zu fördern um eine allgemeine Wohlfahrt zu erreichen.

Der US-amerikanische Ökonom *John Kenneth Galbraith* (1908–2006) schrieb in seinem Buch *The Affluent Society* (1958; deutsch:

Gesellschaft im Überfluss, Droemer Knauer 1963-1973), dass die amerikanische Gesellschaft im Überfluss lebte, was die Versorgung mit privaten Gütern und privater Dienstleistung betraf, aber sehr arm war, was die öffentliche Versorgung betraf. Viele Haushalte besaßen schon eine eigene Wohnung, Auto, Kühlschrank, Waschmaschine, Fernsehgerät und Klimaanlage. Aber, so Galbraith, selbst in New York, dem Stolz der Nation, seien „die Schulen alt und überfüllt“. Es gibt nicht genug Polizisten, Parks, und Spielplätze sind mangelhaft, öffentliche Verkehrsmittel sind überfüllt, ungesund und dreckig, die morgendliche Fahrt zur Arbeit in die Stadt wird zur Qual ...

Galbraith plädierte für ein Gleichgewicht zwischen der Versorgung mit privaten und mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Die Investitionen des Staates in die öffentliche Versorgung müssten beachtlich gesteigert werden: Für angemessene Schulen, Büchereien, öffentliche Erholungsmöglichkeiten, Gesundheitssysteme, Rechtsberatung ...

Ein sozialistisches China müsse das besser machen als die USA

China sollte Wege finden, verstärkt in gemeinnützige Güter und Dienstleistungen zu investieren, die das Leben der meisten Menschen angenehmer machen, z.B. öffentlicher Wohnungsbau, öffentliche Sicherheit, Umweltschutz, öffentliches Bildungssystem, Infrastruktur, Kunst und Kultur, Naturwissenschaft und Technik. Wenn für Nahrung und Kleidung gesorgt ist, sollten Wohnen und Transport verbessert werden. Wenn diese vier meritorischen Güter und Dienstleistungen ausreichend vorhanden sind, folgen Sicherheit, Ökologie, Gesundheit, soziale Gleichheit.

China habe schon Fortschritte gemacht, so Shaoguang, für 80 Millionen Menschen gebe es einen Mindestlohn, fast 500 Millionen



Chinesen in den Städten hätten eine Krankenversorgung, und fast 830 Millionen seien auf dem Lande in ein Gesundheitssystem eingebunden. Mehr als 700 Millionen Menschen besäßen eine Altersversorgung. Die Zahl der Sozialwohnungen sei ebenfalls dramatisch gewachsen. Mit anderen Worten: Ein chinesischer Wohlfahrtsstaat nehme Gestalt an.

Eine Alternative zum freien Markt-Kapitalismus

Es sei nun klar, dass der freie Markt-Kapitalismus nicht „der Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit“ sei, wie Fukuyama das in „Das Ende der Geschichte?“ proklamiert habe. 20 Jahre nach Fujuyamas Artikel im National Interest Nr.16 vom Sommer 1989 habe die BBC in 27 Ländern zwei Umfragen durchgeführt, die rund um die Welt eine große Unzufriedenheit mit dem freien Markt-Kapitalismus aufgedeckt habe:

– 11% der Menschen über alle Länder hinweg meinten, das der Kapitalismus in der gegenwärtigen Gestalt gut funktioniere

und keine Intervention des Staates nötig sei.

- 23% sagten, der Kapitalismus sei verhängnisvoll fehlerhaft und müsse durch ein neues Wirtschaftssystem ersetzt werden.
- Die am weitesten verbreitete Ansicht war, der freie Markt-Kapitalismus habe Probleme, die aber durch Reformen und Regulierungen behoben werden könnten, indem der Staat entweder die Groß-Industrien, Gesundheitsversorgung und den Handel stärker kontrolliere oder selber in Besitz nehme.

Mit anderen Worten, so Prof. Shaoguang, der „freie Markt-Kapitalismus“ ist gegen den Willen der Menschen.

Die Chinesen glauben nicht an das Ende der Geschichte und erforschen unermüdlich den sozialistischen Weg. Sie werden sich auch nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen oder auf dem derzeit eingeschlagenen Weg festkleben. Sie werden den „Sozialismus mit chinesischer Charakteristik“ „upgraden“, indem sie weit gefächert mit neuen Modellen der Politik experimentieren. Da Nahrung und Kleidung nicht mehr die Hauptsorge der großen Mehrheit des chinesischen Volkes sind, muss der Chinesische Sozialismus 3.0 seine Investitionen in öffentliche Güter und Dienstleistungen steigern und die Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft steigern.

Eine weitere Sonderwirtschaftszone in Shanghai:

„Über den Fluss gelangen, indem man sich von Stein zu Stein tastet.“

Im Juni 2011 sagte der (damalige) chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao bei seinem Besuch in Deutschland:

„China ist ein Spätentwickler unter den Nationen. Wir rauschen in wenigen Jahrzehnten durch Entwicklungen, für die andere Länder sich Jahrhunderte Zeit lassen konnten.

Wir versuchen, das Tempo ohne große Einbrüche zu halten und dabei internationale Konflikte und inländische Turbulenzen zu vermeiden. Nach 30 Jahren erfolgreicher Reformen und der Öffnung des Landes sind Stabilität und Wohlstand endlich nach China zurückgekehrt. Darauf bin ich stolz, denn das war nicht einfach.

Aber wir sind noch nicht am Ziel. Wir haben unsere Reformen erst zur Hälfte umgesetzt. Ein langer Weg liegt noch vor uns. *Deng Xiao Ping*, der Ende der Siebziger Jahre den Reformkurs begründet hat, beschrieb den Verlauf unseres Weges mit den Worten, „Über den Fluss gelangen, indem man sich von Stein zu Stein tastet“. „Wir können allerdings nur einen Schritt wagen, wenn der Stein groß genug ist und nicht wackelt.“

Ganz in diesem Sinne des sich-von-Stein-zu-Stein-über-den-Fluss-Tastens eröffnete die neue Regierung Chinas Mitte September 2013 eine weitere Sonderwirtschaftszone. Es gibt schon einige Freihandelszonen im Land, alle im Süden Chinas, also um Hongkong herum. Berühmt ist die Qianhai-Zone in Shenzhen, berühmt und berüchtigt, denn Shenzhen ist Sitz einiger der erfolgreichsten chinesischen High-Tech Unternehmen wie z.B. Huawei. Außerdem haben viele ausländische IT-Unternehmen Niederlassungen in der Stadt. Dazu zählt beispielsweise der weltgrößte taiwanische Elektronikhersteller Foxconn, der im Stadtbezirk Longhua in der so genannten „iPod City“ iPods für Apple (dort, wo die Arbeiter vor Verzweiflung aus den Fenstern sprangen) und Bauteile für Sony, Nintendo und andere herstellt.

Nun dürfen Chinesen und Ausländer auf der Halbinsel Pudong in Shanghai offiziell – und das ist der neue Stein im Fluss – frei auch mit Finanz-Produkten handeln. Vor allem ausländische Unternehmen kommen zum Zuge: Ihnen wird erlaubt, mit heimischen Geldgebern Banken zu gründen, Ver-

sicherungspolice zu verkaufen und ins Anlagegeschäft einzusteigen. Im Shanghai „Labor“ wird unter kontrollierten Bedingungen getestet. Es ist ein Experiment. Ob es später einmal auf das ganze Land übertragen werden wird, hängt von den Erfahrungen ab, die dort gemacht werden. – Manche sagen: Europa ist mit seiner Währungs-Union mit einem Satz über den Fluss gesprungen und dabei ganz schön ins Straucheln geraten. China mache es mit der Methode Deng-Xiao-Ping besser: Erst mal im „Labor“ ausprobieren.

Links im Internet:

BBC-Umfrage: Wide Dissatisfaction with Capitalism – Twenty Years after Fall of Berlin Wall

The World Bank: From poor areas to poor people: China's evolving poverty reduction agenda

Vortrag von Prof. Wang Shaoguang aus Hongkong an der Harvard-Universität



*Ergänzte Version des Artikels auf Udo Fleiges Homepage udopia-04.blogspot.de vom 4.2.13

Udo Fleige lehrte Biologie und ev. Religion an der Geschwister-Scholl-Schule Tübingen, war Beratungslehrer. Er hat als Entwicklungshelfer in Nicaragua gearbeitet und das Land später oft besucht mit Gewerkschafts- und Schulgruppen. Er war 1984–1986 und 1996–2003 Redaktionsmitglied von CuS, 1986–1996 Bundessekretär des BRSD. Er ist Vorstandsmitglied des Vereins

für Internationale Pädagogische Zusammenarbeit (VIPZ), der „Briefe aus Matagalpa“ herausgibt. Zurzeit studiert er Neuere Chinesische Geschichte (Chinese Studies) an der Universität Tübingen.



Udo Fleige

Marinaleda – Ein Leben in Gleichheit*

Von Jules Jamal El-Khatib

Spanien ist geplagt von der Krise, und die Regierung geht gegen diese Krise vor, wie es ihr die neoliberalen EU-Staaten befehlen. Spanien baut Jobs ab, kürzt bei den Ärmsten und lässt die Schwachen bluten. Die Reichsten werden von den Regierenden bisher eher wenig belastet. Somit gleicht die spanische Politik der der anderen europäischen Länder.

Wir befinden uns im Jahre 2012 n. Chr. Ganz Spanien ist vom Neoliberalismus besetzt ... Ganz Spanien? Nein! Ein von unbeugsamen Sozialisten bevölkertes Dorf hört nicht auf, dem Eindringling Widerstand zu leisten.

Marinaleda ist ein sozialistisches Musterdorf, das von den Bastionen des Neoliberalismus umzingelt ist.

Marinaleda ist ein Dorf mit 2800 Einwohnern im Süden von Andalusien, ein Dorf wie viele, so mag man meinen. Die Unterschiede fallen auf, wenn man die Arbeitslosenzahlen des Dorfes mit denen der anderen Städte und Dörfer der Region vergleicht. In Andalusien sind 30% der Menschen arbeitslos, in Marinaleda kein einziger.

Für den Unterschied in Marinaleda sorgte vor allem der Bürgermeister Juan Manuel Sanchez Gordillo, der 1979 in den ersten freien Wahlen zum Bürgermeister gewählt



„Es genügt nicht, vom Frieden zu sprechen. Ein Mensch muss an ihn glauben und für seine Verwirklichung arbeiten.“

wurde und seitdem bei jeder Wahl mit überwältigendem Ergebnis wiedergewählt wird. Sanchez Gordillo hat mit Hilfe der Bürger(innen) etwas bewirkt, das nicht nur in Spanien einmalig sein dürfte. Sie haben alle zusammen einen Ort geschaffen, in dem kein Mensch arbeitslos ist und jeder ein eigenes Haus erhält.

„Ich bin Antikapitalist, Pazifist, Öko und

Utopist“ so sagt Gordillo über sich selbst. Der Bürgermeister, der so gut wie nie ohne ein Palästinaertuch herumläuft und in dessen Büro ein großes Bild des Revolutionärs Che Guevara hängt, lebt seinen Antikapitalismus aus.

Bei den ersten Wahlen kandidierte er für eine linke Partei, die heute Teil der Vereinigten Linken ist. In dem Dorf ist die Sozialdemokratie die am weitesten rechts stehende Partei, die hier überhaupt Mitglieder hat.

Die stolze Geschichte des Widerstands

In dem Ort ist alles in Genossenschaften organisiert, die zusammenarbeiten und den Menschen einen sicheren Arbeitsplatz verschaffen. Die Geschichte der Genossenschaften ist eine Geschichte des Widerstands, eine Geschichte, die in der heutigen Zeit Mut und Hoffnung spenden kann. Im Jahr 1979, kurz nach der ersten freien Wahl, begannen die Dorfbewohner sich für Nutzungsflächen einzusetzen, die damals dem ehemaligen Franco-General El Infantado gehörten. 12 Jahre lang blockierten die Einwohner von Marinaleda die Villa des Generals, um die Nutzungsrechte für El Humoso, eine 1.200 Hektar Fläche zu erhalten. Sie blockierten Schienen und Landebahnen auch in umliegenden Städten; sie ließen sich auch nicht einschüchtern von den Schergen des Generals und von Verhaftungen durch die Staatsgewalt.

Sie kämpften für ihren Traum, den Traum von einem Leben ohne Armut, einem Leben, in dem alle Menschen gleich sind. Nach 12 Jahren, kurz vor der Expo in Sevilla, war es so weit; die Politik gab auf, kaufte dem ehemaligen General sein Land ab und stellte es den Bewohnern des Dorfes zur Verfügung. Wenig später gründeten sie die Genossenschaft „El Humoso“, die Oliven, Paprika, Saubohnen und Artischocken

anbaut und in der Dosenfabrik des Dorfes abfüllt und verkauft.

Die Genossenschaft erwirtschaftet jährlich fünf Millionen Euro und erzielt dabei einen Gewinn von 3% und das, ohne Menschen zu entlassen oder anderen Sozialabbau zu betreiben. Im Dorf verdient jeder das gleiche, jeder erhält 1200 Euro. Gordillo, der als Bürgermeister von der Region bezahlt wird und im andalusischen Regionalparlament sitzt, spendet alles, was über diese 1200 Euro hinausgeht. So unterstützt er mit seinen Spenden NGOs oder die Genossenschaft, die von diesem Geld und von ihrem Gewinn ihre Produktion verbessert oder das Geld an das Dorf weiterleitet.

Ein Haus für 15 Euro

In Sevilla werden jeden Tag vier Familien vor die Tür gesetzt, da sie durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes ihre Mieten nicht mehr bezahlen können. In Marinaleda verliert kein einziger Mensch seine Wohnung, da das Dorf und die Genossenschaft Wohnraum für alle bezahlbar machen. Was im Dorf angebaut wird und wie investiert wird, das entscheiden die Stadtversammlung oder die Versammlung der Genossenschaftler, je nach Aufgabenbereich. In Marinaleda entscheiden die Bürger(innen), wann welche Häuser renoviert werden, wie das neue Altersheim finanziert und vor allem, wie viele neue 15-Euro-Häuser gebaut werden.

Die Häuser erwecken Neid in ganz Spanien, denn sie sind das beste Gegenbeispiel für all jene, die behaupten, dass der Antikapitalismus Utopie ist. Marinaleda stellt jedem Dorfbewohner ein Grundstück zur Verfügung, gratis. Über ein Programm der andalusischen Regierung wird das Baumaterial bezuschusst, Architekt und Maurer bezahlt die Dorfgemeinschaft. Die restlichen Kosten betragen ca. 50.000 Euro, 100.000

Euro weniger als in den übrigen Gemeinden. Um diesen Betrag abzuzahlen, müssen die Dorfbewohner jeden Monat 15 Euro entrichten. Durch diesen niedrigen Betrag wird sichergestellt, dass kein Mensch in Marinaleda in Armut leben muss und dass die Häuser nicht verkauft, sondern nur vererbt werden. In Marinaleda gilt eine Weisheit, die der Rest der Welt vergessen zu haben scheint: „Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware, mit der Handel betrieben werden kann.“

Auch wenn es von den Sozialdemokraten im Dorf Kritik am System gibt, da es zu undemokratisch sei, obwohl die Dorfbewohner mehr Mitspracherecht haben als in anderen Gemeinden, ist es ein immenser Fortschritt, wenn die Dorfbewohner(innen) über alle wichtigen Schritte mitentscheiden können. Dies führt dazu, dass die meisten Menschen im Dorf zufrieden leben, da sie weder Sozialchauvinismus noch Rassismus ausgesetzt sind und über wirklich demokratische Rechte verfügen. Gordillo mag

eine übermächtige Figur im Dorf sein, da seine Pläne die Zukunft stark mitgeprägt haben, doch seine Macht nutzt er nicht aus.

* Erschienen am 2. März 2012 in der Internetzeitung „Die Freiheitsliebe“, www.DieFreiheitsliebe

*Jules El-Khatib
Geboren in Köln, 22
Jahre alt,
Ausbildung: Student der Soziologie
an der Universität
Duisburg Essen
Beruf: Freier
Redakteur
Gründer der Internet-
Zeitschrift „Die
Freiheitsliebe“*



Jules El-Khatib

*Landessprecher der Linksjugend [‘solid] NRW,
Referent zum Thema: antimuslimischer Rassismus*

Der Wert der Arbeit*

Von Samuel Diekmann

Arbeit ist Lebensqualität! Viele Menschen verstehen unter paradiesischen Zuständen vor allem, in der Sonne zu faulenzeln. Aber in der Bibel wird das eigentliche Paradies anders beschrieben. Gott gab den Menschen von Anfang an den Auftrag, sich um den Garten zu kümmern, die Tiere zu erforschen und zu benennen – sprich: zu arbeiten! Arbeit ist etwas, was Gott gewollt hat und segensreich sein sollte. Aber Egoismen und Unbelehrbarkeit drehen alle Dinge – auch den Segen der Arbeitswelt – auf den Kopf. Eine Konse-

quenz, die Gott aufgrund dieser Ereignisse verkündigte, war:

Und zu Adam sprach er: „Weil du [...], soll der Ackerboden deinetwegen verflucht sein. Dein ganzes Leben lang wirst du dich abmühen, um dich davon zu ernähren. Dornen und Disteln werden auf ihm wachsen, doch du musst dich vom Gewächs des Feldes ernähren. Dein ganzes Leben lang wirst du im Schweiß deines Angesichts arbeiten müssen, um dich zu ernähren [...].“ (1. Mo 3,17–19)

Trotz dieser Veränderung und der Erfahrung des Menschen, für sich selber sorgen zu müssen, blieb die Arbeit an sich ein Geschenk Gottes (nicht die Arbeit, sondern

der Ackerboden wurden verflucht). Arbeit bedeutet Schaffen und Gestalten, der Drang dazu steckt in allen Menschen und ist ein großes Glück und Segen.

Denn es ist ein Geschenk Gottes, wenn jemand isst und trinkt und sich über die Früchte seiner Arbeit freuen kann. (Pred 3,13)

Arbeit dient demnach der Versorgung, der Lebensqualität und dem Genuss an sich. Aber von Anfang an machte Gott deutlich, dass der Mensch nicht nur für die Arbeit da sein darf. Eine Überdosierung von Arbeit macht den Menschen ähnlich krank wie eine Unterversorgung. Daher verordnete Gott allen Menschen, mindestens einmal die Woche von aller Arbeit zu ruhen und das Leben, die Schöpfung zu genießen.

[...] der siebte Tag aber ist ein Ruhetag für den Herrn, deinen Gott. An diesem Tag darf kein Angehöriger deines Hauses irgendeine Arbeit erledigen [...]. (2. Mo 20,10)

Aber nicht nur der Mensch, auch seine Lasttiere, Maschinen und Sklaven sollen ruhen:

Sechs Tage sollt ihr arbeiten. Aber am siebten Tag sollt ihr ruhen, damit euer Rind und euer Esel die Möglichkeit haben auszuruhen, und auch der Sohn eurer Sklavin sowie der Ausländer sich erholen können. (2. Mo 23,12)

In Israel hatte jede Familie ursprünglich ein Stück Land zum eigenen Bewirtschaften zugewiesen bekommen, das sicherte jedem ein Grundeinkommen. Dieses Grundeinkommen versprach Versorgung und Glück:

Du wirst die Frucht deiner Arbeit genießen. Du wirst glücklich sein, und es wird dir gut gehen! (Ps 128,2)

Ein erstaunliches System! Jeder Stamm und jede Familie wurde an den Ressourcen des Landes gleichberechtigt beteiligt. Weil jeder in Israel ein Stück Land zugewiesen bekommen hatte, galt:

Wer hart arbeitet, hat genug zu essen; nur

dumme Menschen vertun ihre Zeit.

(Spr. 13,25)

Armut und Hunger waren in diesem System oft auf eigene Misswirtschaft zurückzuführen. Von dieser Logik kann heute in großen Teilen keine Rede mehr sein! Die Ressourcen eines Landes werden von einer kleinen Elite ausgebeutet. Länder wie Eritrea sind ein erschreckendes Beispiel dafür: Das Land hat einen enorm fruchtbaren Boden und exportiert jährlich gewaltige Mengen an Getreide in die ganze Welt, aber die eigene Bevölkerung hungert, wird enteignet und entrechtet. Aber wir brauchen nicht so weit zu gehen, sondern sollten vor unserer eigenen Haustüre kehren: Die Studie „Global Wealth“, die jährlich von der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG) durchgeführt wird, brachte unter anderem zutage, dass Deutschland im Jahr 2010 Finanzvermögen von insgesamt 5,2 Billionen Euro besaß und damit weltweit auf Platz 2 hinter den USA steht. Selbst in dem als Reichenland schlechthin dargestellten Saudi-Arabien gab es, absolut gesehen, weniger Superreiche als in Deutschland. „Deutschland wird reicher. Das Geldvermögen hat im ersten Quartal 2011 mit 4,825 Billionen Euro einen neuen Höchstwert erreicht“, so berichtete das Hamburger Abendblatt und bezog sich auf die neuesten Zahlen der Deutschen Bundesbank. Wie ist der Reichtum in Deutschland verteilt? In Deutschland besitzen die oberen 10% ganze 61% des Vermögens. 2013 sind es 63%. Die obersten 20% der Vermögensverteilung besitzen rund 80% des Nettogeldvermögens. Die oberen 50% besitzen 99,9% und die unteren 50% besitzen nur 0,1% des Vermögens. Die Staatsverschuldung nimmt jede Sekunde um 1925 Euro zu, im gleichen Zeitraum wächst aber das private Geldvermögen um 6472 Euro! Die Behauptung, dass Schulden verstaatlicht und Gewinne privatisiert werden, stimmt

demnach im erschreckenden Maße. Die Schere zwischen Arm und Reich driftet immer schneller, immer weiter auseinander! Wir leben in einer Ökonomie des Todes.“ Bei solcher Verteilung der Ressourcen stimmt diese Weisheit der Bibel nicht mehr: Wer hart arbeitet, hat genug zu essen.

Ein Großteil unseres angesammelten Reichtums ist auf dem Rücken vieler schlecht bezahlter Arbeitskräfte im In- und Ausland erwirtschaftet. Durch Subventionen und eine gezielte Steuerpolitik erreichen wir eine maximale Ausbeutung ausländischer Bodenschätze. Ausbeutung ist Diebstahl; all den Dieben in unserem System sagt der MEISTER:

Wer ein Dieb ist, soll aufhören zu stehlen. Er soll seine Hände zu ehrlicher Arbeit gebrauchen und dann anderen, die in Not sind, großzügig geben. (Eph 4,28)

Ehrliche, fleißige Arbeit ist ein Ideal der Bibel, dem in einem gerechten System Versorgung und Glück verheißen ist. Neben der Ausbeutung kann aber selbstverständlich auch die Faulheit – sprich Arbeitsverweigerung – zu großem Elend führen. Dazu sagt die Bibel:

Nimm dir ein Beispiel an der Ameise, du Faulpelz! Lerne von ihr und werde weise! Obwohl sie keinen Anführer, Aufseher oder Herrscher hat, arbeitet sie trotzdem den ganzen Sommer über und sammelt Nahrung für den Winter. Aber du Faulpelz, wie lange willst du noch schlafen? Wann wachst du endlich auf?

Wenn du noch ein wenig länger schläfst – da ein kleines Nickerchen und dort eine kurze Ruhepause –, dann wird die Armut dich überfallen wie ein Wegelagerer und die Not über dich hereinbrechen wie ein bewaffneter Räuber. (Spr 6,6–11)

Faulheit kann ein Grund für Armut sein; selbst in einem Wirtschaftssystem, in dem sämtliche Ressourcen gerecht im Volk aufgeteilt worden sind, kann dieser Charak-

terzug dem System das Genick brechen. Auch im Neuen Testament heißt es daher:

Denn auch als wir noch bei euch waren, haben wir euch erklärt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. (2. Thess 3,10)

Dieser Vers ist einer der Verse, die oft für einen unbarmherzigen Umgang mit Armen missbraucht werden! Vielen mag hier in alter Stammtisch-Manier der „faule Hartz IVer“ einfallen. Bis hin in die Umgangssprache ist dieses Stigma, „Hartz IVer sind faule Säcke“, mit dem Wort „hartzten“ (faulenz) eingeflossen. Aber was ist eigentlich mit dem faulen Beamten, der einfach nur älter wird, um so in der Besoldungsstufe aufzusteigen; dem faulen Chef, der seine Leiharbeiter für sich schuftet lässt, nicht bereit ist, sich die Finger schmutzig zu machen, andere schwere Lasten tragen lässt und diese noch mit der Bemerkung verhöhnt, dass er ja schließlich die Verantwortung tragen würde; dem faulen Erben, der keinerlei produktiver Arbeit nachgeht, sondern stattdessen sein Vermögen dekadent und arrogant verprasst; dem faulen Aufsichtsratsvorsitzenden, der sich seinen vielleicht prominenten Namen gut bezahlen lässt, aber darüber hinaus keinen Finger wirklich krumm machen muss, um über die Runden zu kommen; dem faulen Anwalt, dem die Bezahlung wichtiger ist als das Schicksal seiner Mandanten? Was ist mit dem faulen Pfarrer, dem faulen Politiker etc.?

Über diese Menschen regt sich die Gesellschaft – abgesehen von den Politikern – kaum auf. Sind diese wirklich viel besser als die drei Kinder allein erziehende Mutter; der aus einer schwierigen Familie kommenden Ungelernte; der Migrant, der die Schule abgebrochen hatte, weil er im Unterricht eh nichts richtig mitbekommen hatte, da er von seinem Elternhaus her fast keine Deutschkenntnisse mitbekommen hat und jetzt Hartz IV bezieht. Oder was ist mit

dem, der sich mit zwei Jobs bei 50 Stunden die Woche über Wasser hält, aber trotzdem aufstocken muss? Im Übrigen ist es so, dass 1,383 Millionen Menschen, die Hartz IV beziehen, arbeiten, aber so genannte „Aufstocker“ sind – sprich ihr Einkommen reicht nicht zur Existenzsicherung!¹

Als Pastor kenne ich solche und solche Menschen, die von Hartz IV leben. Mancher von ihnen müsste sich tatsächlich mehr anstrengen. Aber als Seelsorger weiß ich: Wie soll das gehen, wenn der Mann/die Frau gar „kein Rückgrat“ mehr hat? Jahrzehnte – teilweise sogar schon seit der Zeit im Elternhaus – haben einige nichts anderes kennen gelernt, haben sich selbst als der „letzte Dreck“ empfunden und dies auch oft genug von anderen genau so gesagt bekommen. Sozialarbeiter und Psychologen wissen, wie sehr die Erfahrung, nicht gebraucht und nicht akzeptiert zu werden, einen Menschen niederdrücken kann und wie schwierig und langwierig es ist, solche Menschen wieder aufzurichten und für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Da sind – auch von frommer Seite – vorschnelle Sprüche wie: „Lieg uns nicht auf der Tasche, schämen würde ich mich, niemals will ich von Hartz IV leben, fauler Mensch etc.“ wenig hilfreich! Natürlich gibt es auch Menschen, die dieses System ganz kalkuliert ausnutzen, aber bevor wir mit unserem Schubladen-Denken und Talkshow-Argumenten Menschen kränken, sollten wir auch dazu bereit sein, einen zweiten Blick zu wagen und einmal genauer hin- oder besser zuzuhören, sonst versündigen wir uns schwer; denn zwischen faul Sein und niedergeschlagen Sein gibt es einen gewaltigen Unterschied! Jeden, der das nur schwer nachvollziehen kann, fordere ich dazu auf, einmal eine sehr günstige kleine Bildungserfahrung zu machen und bei der nächsten Fastenzeit anstelle auf Alkohol oder Süßig-

keiten zu verzichten, einmal vier Wochen lang vom Hartz-IV-Regelsatz zu leben. Armut ist nicht mit Faulheit gleichzusetzen!

Arbeit ist ein Segen, der die Versorgung und das positive Lebensgefühl sichern soll. Jede Arbeit soll nach dem Willen des MEISTERS stets gut bezahlt sein! Fielmann – Europas größter Optiker – hat sich Ende 2011 bei seinen Beschäftigten mit einer deutlichen Gehaltserhöhung für ihre gute Arbeit bedankt. Beifall von unserem System bekam er dafür nicht. Im Gegenteil. Analysten und Händler an unseren Aktienmärkten kritisierten die gestiegenen Personalkosten: Der Aktienkurs fiel um knapp sieben Prozent!

Gut bezahlte Arbeit wird in unserem antigöttlichen System nicht wertgeschätzt, im Gegenteil. Hungerlöhne oder besser Massenentlassungen sind vielen Menschen lieber. Unser System baut sich große Finanzpaläste auf dem Rücken geprellter und ausgebeuteter Arbeiter:

Es soll dem schlimm ergehen, der einen Palast baut mit schönen Obergemächern. Aber das Haus ist auf Ungerechtigkeit gebaut und auf Unrecht gegründet. Die Arbeiter werden ausgebeutet, indem sie gezwungen werden, unentgeltlich zu arbeiten, oder weil man ihnen nicht den vereinbarten Lohn zahlt.

(Jer 22,13)

Stichwort „Mini-Job“: Die Discounterkette Netto zeigt, wie sehr unser System ursprünglich gute Ideen pervertieren kann. Rund 30.000 Mini-Jobber sind hier beschäftigt, sprich die Hälfte aller Beschäftigten – alles angebliche „Aushilfen“. Eine Ersparnis, die sich für das Unternehmen lohnt, denn ein Minijobber bekommt nur den Lohn von 7,50 Euro, während andere Beschäftigte mindestens 9,00 Euro bekommen – damit spart das Unternehmen auf Kosten der Mitarbeiter (laut Verdi) 40 Millionen Euro.² Ursprünglich waren die so genannten Minijobs oder 400-Euro Jobs dabei als „Sprungbrett

in den Arbeitsmarkt“ 2003 eingeführt. Eine völlig misslungene Maßnahme! Rund siebenhalb Millionen Menschen in Deutschland arbeiten in diesem „Einstieg zum Arbeitsmarkt“. Doch auf ganz perverse Art und Weise nutzen oft viele Unternehmen diese Verhältnisse aus, um Sozialausgaben zu sparen und Löhne zu drücken. Annelie Buntenbach (DGB-Vorstandsmitglied) sagt in einem ARD Interview: „Um eben billiger – auch an Tarifverträgen vorbei – mit angeblichen Aushilfen reguläre Beschäftigung zu machen. Damit entgehen den Beschäftigten Löhne und die Sozialversicherung.“³ Der Spiegel rechnete vor, dass Deutschland in den letzten zehn Jahren 1,4 Millionen Vollzeitjobs verloren bzw. diese in Teilzeit- oder Minijobs umgewandelt hat: Immer mehr Teilzeitjobs, immer weniger Vollzeitstellen: Der deutsche Arbeitsmarkt driftet stark auseinander. Allein von Juni 1999 bis Juni 2008 nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um sechs Prozent auf 22,4 Millionen Menschen ab. Konkret heißt das: In Deutschland gibt es 1,4 Millionen Vollzeitstellen weniger als vor zehn Jahren [...]. Die Zeitung beruft sich auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei. Im gleichen Zeitraum wuchs dagegen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,3 Millionen auf fünf Millionen. Dies entspricht einem Plus von 36 Prozent. Auf dem Vormarsch sind auch Minijobs, deren Zahl allein in den vergangenen sechs Jahren um 29 Prozent auf über sieben Millionen hochschnellte.⁴

Eine große deutsche Gewerkschaft klagt daher zu Recht an: „Etwa sieben Millionen der rund 41 Millionen Erwerbstätigen sind Minijobber. Eine Million sind Leiharbeiter. Der immer größer werdende Niedriglohn-Sektor führt dazu, dass auch die durchschnittlichen Einkommen sinken. Im Bundesdurchschnitt über alle Branchen und Berufe hinweg gingen die durchschnittlichen Monatseinkommen real in den letzten zehn Jahren um 93 Euro zurück.

Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgerechnet. Dass das so ist, liegt vor allem an der Zunahme prekärer Beschäftigung [...]. Nicht wenige Unternehmen setzen Stammbeschäftigte vor die Tür und stellen sie als Leiharbeiter wieder ein. „Noch eindeutiger Belege kann es nicht geben: Wir brauchen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt“, fordert Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall [...]. Ein Beispiel für die Ungleichheit: In Nordrhein-Westfalen bekommt ein Leiharbeiter, der in der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt ist und über eine zweijährige Ausbildung verfügt, nach dem BZA/DGB-Tarif einen Stundenlohn von 9,84 Euro. Ein Festangestellter mit vergleichbaren Aufgaben verdient nach Tarif 14,45 Euro in der Stunde. Somit bekommt der ausgebildete Leiharbeiter etwa 32 Prozent weniger als sein fest angestellter Kollege. Noch größer sind die Unterschiede bei ungelerten Beschäftigten: Hier liegt der Stundenlohn in der Metall- und Elektrobranche NRW tariflich bei 7,79 Euro. Ein Festangestellter erhält hingegen für Tätigkeiten, die keine oder nur eine kurze Anlernzeit erfordern, einen Stundenlohn von 12,91 Euro. Das ist eine Differenz von 40 Prozent. „Wenn wir nicht wollen, dass Arbeit als wertvollster Rohstoff Deutschlands zur Ramschware verkommt, muss das Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ endlich umgesetzt werden. Wir brauchen eine faire Ordnung am Arbeitsmarkt. Das erreichen wir mit wirkungsvollen Gesetzen und Tarifregelungen“, begründet Berthold Huber die Forderung der IG Metall nach Equal Pay bei der Leiharbeit.“⁵

Neben der Leiharbeit gibt es ein weiteres perverses Instrument mancher Arbeitgeber, das die Kritik des MEISTERS auf sich zieht: Mit Werkverträgen kaufen sie nicht mehr Arbeitskräfte, sondern Dienstleistungen ein. Diese werden dann als Sachausgaben verbucht und entsprechend schlecht bezahlt. Sprich: man bezahlt jemanden nicht nach

Arbeitszeit, sondern nach Leistung, z.B. Regale einräumen, Vormontage einer Wagenarmatur etc.

„Diese wird dann von externen Dienstleistungsfirmen erledigt. Sie zahlen auch den Lohn für die Arbeiter – und müssen sich nicht an den Gehältern des Unternehmens orientieren. Unter Umständen werden dort dann dieselben Arbeiter wie vorher eingesetzt, nur zu deutlich schlechteren Konditionen: weniger Lohn, kein Kündigungsschutz, keine Informationspflicht des Unternehmens. Der Betriebsrat ist außen vor [...]. Wie viele Arbeitnehmer diese neue Form von Beschäftigung betrifft, ist noch unklar. Da die eingekauften Werke als Sachausgaben und nicht als Personalausgaben verbucht werden, werden auch keine Zahlen über diese Beschäftigungsverhältnisse erhoben. Die IG Metall befürchtet jedoch, dass die Zahl solcher Verträge deutlich zugenommen hat. Eine Befragung von 5000 Unternehmen ergab, dass etwa ein Drittel Werkverträge für Arbeiten einsetzt, die nicht zwingend durch externe Anbieter vollzogen werden müssen [...].“⁶

Einen ungerechten Lohn zu zahlen – und dass der eine, bei gleicher Qualifikation, für die gleiche Arbeit zwischen 32% und 40% weniger bekommt als der andere, ist ungerecht – bedeutet, sich eindeutig gegen die Gebote Gottes zu stellen und eines Tages dem Gericht zu verfallen:

Und ich werde kommen, um euch zu richten. Ich werde als Zeuge gegen die [...] auftreten und gegen diejenigen, die Arbeiter um ihren Lohn bringen und die Witwen, Waisen und Ausländer unterdrücken, denn sie haben keinen Respekt vor mir, spricht der allmächtige Herr. (Mal 3,5)

Die Frankfurter Allgemeine rechnet vor, dass eine Vollzeitstelle, die brutto weniger als 1200 Euro (Alleinstehende) oder 2050 Euro (Alleinverdiener mit zwei Kindern)

bringt, sich für viele Arbeitslose zumindest finanziell gar nicht lohnt.⁷ Die Forderung des MEISTERS, einen gerechten Lohn zu zahlen, gilt auch für kirchliche Berufe! Das Hungerlöhne hier und da in kirchlichen Einrichtungen mit dem Kirchenrecht geschützt sind und ihnen darüber hinaus sogar das Streikrecht verwehrt wird, ist ein Skandal! Der MEISTER fordert eindeutig dazu auf, kirchliche Tätigkeiten vernünftigt zu bezahlen:

Älteste, die leitend in der Gemeinde tätig sind und ihren Dienst gut versehen, haben doppelten Lohn verdient [...]. In den Heiligen Schriften heißt es: „Einem Rind, das zum Dreschen eingespannt wird, darfst du das Maul nicht zubinden.“ Es heißt auch: „Wer arbeitet, hat ein Anrecht auf seinen Lohn.“
(GNB; 1. Tim 5,17f)

Arbeit sollte laut dem Urteil des MEISTERS einen Menschen nicht entwürdigen, sondern ihm im Gegenteil Glück und Versorgung garantieren. Ein System, in dem die Ressourcen allen Menschen zur Verfügung stehen und gerecht verteilt sind, ist die Grundvoraussetzung für eine menschenwürdige Arbeit für alle Menschen.

Soll ein Mindestlohn her?

Soll die Würde der Arbeit durch einen Mindestlohn sichergestellt werden?

Mancher schiebt derartige Forderungen allzu schnell in eine politisch linke Ecke. Kampfbegriffe wie sozialistisch/kommunistische Forderungen werden ausgepackt. Tatsächlich hat Karl Marx eine Definition des Mindestlohnes gegeben, die bis heute in der Diskussion Gültigkeit hat. „Die [...] Mindestgrenze des Werts der Arbeitskraft wird gebildet durch den Wert einer Warenmasse, ohne deren tägliche Zufuhr der Träger der Arbeitskraft, der Mensch, seinen Lebensprozeß nicht erneuern kann, also durch den Wert der physisch unentbehrlichen Lebensmittel.“⁸

Nichts anderes forderte Margot Käßmann in der PHOENIX-Sendung IM DIALOG⁹: „Ein Lohn für einen Menschen, der heute in der Bundesrepublik Deutschland arbeitet, muss so aussehen, dass ein Arbeiter nicht auf Zusatzleistungen anderer Art angewiesen ist. Das ist keine parteipolitische Stellungnahme, sondern eine Stellungnahme aus christlicher Perspektive.“ Als dann zahlreiche Medien ihre Worte mit „Mindestlohn ist christlich“ zusammenfassten, war bei vielen das Geschrei groß. So etwas könnte man nicht ohne Weiteres behaupten. Dem stimme ich zu, es bedarf einer theologischen Fundierung dieser Behauptung. Wie ich bereits belegt habe, spricht sich die Bibel an vielen Stellen für einen gerechten und guten Lohn aus. Von daher sollte jede(r) Christ(in) zunächst einmal den Satz unterschreiben müssen, dass ein gerechter, guter Lohn dem christlichen Geist entspricht und im Umkehrschluss ein ungerechter, schlechter Lohn unchristlich sei. Wir wollen den MEISTER, Christus selbst, einmal zu Wort kommen lassen:

Denn das Himmelreich ist vergleichbar mit dem Besitzer eines großen Gutes, der früh am Morgen hinausging, um Arbeiter für seinen Weinberg einzustellen. Er vereinbarte mit ihnen den üblichen Tageslohn und schickte sie an die Arbeit. Um neun Uhr morgens ging er über den Marktplatz und sah einige Leute herumstehen, die keine Arbeit hatten. Er stellte auch sie ein und sagte ihnen, sie würden am Abend den ihnen zustehenden Lohn erhalten. Am Mittag und dann noch einmal nachmittags gegen drei Uhr tat er dasselbe. Um fünf Uhr abends ging er noch einmal in die Stadt und sah immer noch ein paar Leute herumstehen. Er fragte sie: „Warum habt ihr heute nicht gearbeitet?“ Sie antworteten: „Weil uns niemand angestellt hat.“ Da sagte der Guts-

besitzer zu ihnen: „Dann geht zu den anderen Arbeitern in meinem Weinberg.“

Am Abend schließlich beauftragte er seinen Verwalter, die Leute zu rufen und sie zu entlohnen. Er sollte mit den Arbeitern beginnen, die als Letzte eingestellt worden waren. Als die, die erst um fünf Uhr eingestellt worden waren, bezahlt wurden, erhielten sie alle einen vollen Tageslohn. Als die, die früher eingestellt worden waren, an der Reihe waren, dachten sie, dass sie mehr bekommen würden.

Aber auch sie erhielten einen Tagelohn. Als sie ihr Geld bekamen, beschwerten sie sich. „Diese Leute haben nur eine Stunde gearbeitet und doch bekommen sie genauso viel wie wir, die wir den ganzen Tag in der sengenden Hitze schwer gearbeitet haben.“ Einem von ihnen antwortete er:

„Mein Freund, ich war nicht ungerecht! Warst du nicht damit einverstanden, dass du den ganzen Tag für den üblichen Lohn arbeitest? Nimm dein Geld und gib dich zufrieden. Ich will aber diesem letzten Arbeiter genauso viel geben wie dir.“

(Mt 20,1–14)

Die Klage der Arbeiter, die im Gegensatz zu den anderen Arbeitern den ganzen Tag für ihr Geld gearbeitet hatten, scheint auf den ersten Blick verständlich, denn schließlich haben diese doch viel mehr gearbeitet. Die Übersetzung „Tageslohn“ ist ein wenig unglücklich. Im Grundtext heißt es hier dänarion (Denar od. Silbergroschen). Ein Denar war damals der Betrag, den eine Familie mit Kindern mindestens brauchte, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Der gottesfürchtige Besitzer des Weinguts – wenn wir so wollen, der Chef einer Firma oder Arbeitgeber im Allgemeinen – konnte gar nicht anders, als auch den übrigen Angestellten das Minimum-Auskommen – den Mindestlohn – zu zahlen, alles andere hätte gegen guten frommen Anstand und

Sitte verstoßen! Auch in unserem deutschen Gesetz kennen wir sittenwidrige Löhne oder den Lohnwucher, von dem die Juristen ab einem Stundenlohn, der $\frac{1}{3}$ unter dem Tariflohn liegt, sprechen. Aber diese juristische Auslegung vom Lohnwucher greift aus der Perspektive des MEISTERS viel zu kurz: Ein sittenwidriger Lohn ist ein Lohn, der nicht dazu ausreicht, den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

„Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben.“

Dieses Zitat stammt nicht etwa von einem weiteren Linken, sondern von Franklin D. Roosevelt, einem frommen Präsidenten¹⁰ einer Nation mit einem kapitalistischen Selbstverständnis. Anfang des 19. Jahrhunderts waren es nicht nur Linke, die einen Lohn einforderten, von dem die Arbeiter selber in Würde leben konnten. So konstatierte beispielsweise auch Papst Leo XIII.

„[...] so bleibt dennoch eine Forderung der natürlichen Gerechtigkeit bestehen – die nämlich, dass der Lohn nicht etwa so niedrig sei, dass er einem genügsamen, rechtschaffenen Arbeiter den Lebensunterhalt nicht abwirft. Diese schwerwiegende Forderung ist unabhängig von dem freien Willen der Vereinbarenden. Gesetzt, der Arbeiter beugt sich aus reiner Not oder um einem schlimmeren Zustande zu entgehen, den allzu harten Bedingungen, die ihm nun einmal vom Arbeitsherrn oder Unternehmer auferlegt werden, so heißt das Gewalt leiden, und die Gerechtigkeit erhebt gegen einen solchen Zwang Einspruch.“¹¹

Wenn wir den MEISTER ernst nehmen wollen und erst recht, wenn wir uns selbst als seine Nachfolger und Schüler verstehen, bleibt für uns nur die Wahl, für einen Lohn zu streiten, von dem jeder Arbeiter seinen

Lebensunterhalt selbstständig bestreiten kann, alles andere wäre unchristlich!

- 1 GEGEN-HARTZ; Immer mehr Hartz IV Aufstocker; URL: <http://www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/immer-mehr-hartz-iv-aufstocker-389343.php> (Stand: 13.05.2011)
- 2 Christoph Käppeler; Tagesschau.de; DGB will 400-Euro-Jobs abschaffen; URL: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/minijobs100.html> (Stand: 15.03.2012)
- 3 Christoph Käppeler; Tagesschau.de; DGB will 400-Euro-Jobs abschaffen; URL: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/minijobs100.html> (Stand: 15.03.2012)
- 4 SPIEGEL online; Zehn-Jahres-Vergleich; URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/zehn-jahres-vergleich-deutschland-hat-1-4-millionen-vollzeitjobs-verloren-a-667381.html> (Stand: 16.12.2009)
- 5 IG Metall; Prekäre Arbeit; URL: <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xml/prekaere-arbeit-9052.htm> (Stand: 16.11.2011)
- 6 Natascha Tschernoster; Tagesschau.de; Neues Billig-Lohn-Modell dank Werkverträgen; URL: <http://www.tagesschau.de/inland/werkvertraege100.html> (Stand: 29.02.2012)
- 7 Nico Fickinger; Frankfurter Allgemeine Zeitung; Hartz-IV-Aufstocker_Vollzeitstelle lohnt erst ab 2050 Euro; URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/hartz-iv-aufstocker-vollzeitstelle-lohnt-erst-ab-2050-euro-1515816.html> (Stand: 10.01.2008)
- 8 Karl Marx; Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dietz, Berlin; Auflage: 37. (Februar 2008)
- 9 Ausstrahlung am Freitag, 4. Mai 2012, 24.00 Uhr
- 10 Mitglied in der Episkopalkirche der Vereinigten Staaten von Amerika

11 Leo XIII; Enzyklika „Rerum Novarum“ (1891) Nr. 34 URL: <http://www.schulteschulenberg.de/rerum.htm> (Stand: 2012)

*Vgl. auch sein Internet-Forum zu seinem Buch „Die Systemkritik des Meisters“ <http://www.systemkritik-des-meisters.de>. Bibelzitate, Übersetzung von Samuel Diekmann

Diekmann, Samuel, ist verheiratet, hat drei Kinder, ist Pastor einer kleinen Kirchengemeinde in Hessen, Aktivist. Als ONE-Botschafter besuchte er Bundespräsident Christian Wulff im Schloss Bellevue



Samuel Diekmann

und traf sich hier unter anderem auch mit Bill Gates, um über die Bekämpfung der Armut in der dritten Welt zu diskutieren.

Er ist Mitinitiator der „Aktion-Eine-Schale-Reis“ (einer preisgekrönten und hundertfach kopierten Kampagne, die für das Thema Hunger und Armut sensibleren möchte).

Seine Predigt „Erlassjahr – ein Schuldschnitt muss her“ wurde in diesem Jahr mit dem vom Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG gestifteten Predigtpreis 2012 ausgezeichnet. Außerdem wird sein Gottesdienst-Konzept „Krötengottesdienst – was die Bibel den Banken zu sagen hat“ von attac Deutschland auf ihrer Homepage vorgestellt und beworben.

Diekmann ist 31 Jahre alt, ist ein – sonst vielfach als ultra-konservativ verschriener – sogenannter evangelikaler Pastor, sowie (linkes) SPD Mitglied. Trotzdem – oder gerade deshalb – hat er etwas zu sagen.

Schlecker ist kein Einzelfall*

Von Paul Schobel

Frau Schlecker ist keine Schlecker-Frau: Während die Gattin von Anton Schlecker angesichts der drohenden Pleite



Demonstration der Entlassenen

vom einstigen Drogerie-Giganten mit monatlich 60.000 Euro bedacht worden sein soll (die Staatsanwaltschaft ermittelte), stehen Zehntausende Verkäuferinnen auf der Straße. Ein Blick zurück im Zorn – und nach vorn. Gestatten Sie, dass ich mich erst mal ein wenig „fremdschäme“. Im schwäbischen „Musterländle“, aus dem ich komme, in dem ich arbeite und lebe, pflegt man mit „Arbeit“ anders umzugehen, als es der oberschwäbische Metzgermeister Anton Schlecker demonstrierte. Unternehmer schätzen ihre Schaffer. Ihnen und ihrer hochproduktiven Arbeit verdanken sie Wettbewerbsfähigkeit und persönlichen Wohlstand. Das darf dann auch mal etwas kosten, zum Beispiel eine solide Aus- und Weiterbildung und vor allem eine vergleichsweise gute Bezahlung.

Für die Heiligsprechung einer ganzen Gilde reicht's allerdings nicht: Auch hierzulande gibt es Ausreißer, Tarifflüchtlinge, Kapitalistenknechte, die ordentlich dazugelernt haben und sich schamlos aus der staatlich bereitgestellten Wühlkiste bedienen: prekäre Arbeit mit all ihren Schnäppchen wie Mini-Jobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung und Werkverträge als die absoluten Renner. Dass aber ein solch riesiges Handelsimperium wie Schlecker die „Arbeit“ dermaßen bedrückt und gedemütigt hat, erschüttert uns als Betriebsseelsorger nicht erst, seitdem dieser Laden krachend in sich zusammenfällt. Wir sind uns sicher: Einer der Gründe für den Zusammenbruch, wenn auch nicht der einzige, ist die jahrzehntelange Missachtung und Misshandlung der menschlichen Arbeit.

Ein Blick zurück im Zorn

Wer ehemals bei Schlecker einmal angeheuert hat, geriet unversehens unter Generalverdacht, sich mit langen Fingern betätigen zu wollen. Dementsprechend drastisch war die permanente Überwachung. Da lauerten schon mal Spitzel hinter den Regalen, Testkäufer überführten in schöner Regelmäßigkeit die Kassiererinnen der Nachlässigkeit, dann hagelte es Abmahnungen und Kündigungen. Über diesen Läden hing ständig eine Dunstglocke der Angst und der Verunsicherung. Viele Jahre lang gab es keine Telefone in diesen „Drogeriemärkten“, vor denen bekanntlich keine leer stehende Waschküche mehr sicher gewesen war. Später waren die Apparate im Notfall nur über verschlüsselte Codes nach draußen zu schalten. Es gab Tote und Verletzte, denn in Ganovenkreisen wurden diese „Sicherheitsstandards“ dankend angenommen. Schlecker bot Gangstern leichte Beute.

Dies alles sickerte im Lauf der Jahre langsam nach draußen. Auch war nicht mehr

zu verheimlichen, dass die Läden personell unterbesetzt und die Verkäuferinnen unterbezahlt waren. Tarifverträge? „Ein Absud aus Teufels Küche!“ Betriebsräte und Gewerkschaften? „Die operieren auf der Achse des Bösen.“ Gewerkschaftliche Betätigung war den Beschäftigten lange Zeit strikt untersagt. Mehr als einmal so geschehen: Wer im Gewerkschaftshaus gesichtet wurde, bekam die fristlose Kündigung! Eine wirkliche Großtat, die in die Sozialgeschichte eingehen sollte, dass es mutigen Schlecker-Frauen zusammen mit der Gewerkschaft nach und nach gelang, in vielen, bei Weitem nicht in allen Sektoren dieses Königreichs Betriebsräte zu wählen, sie unternehmensweit zu organisieren und miteinander zu vernetzen. Nur so konnten sie standhalten und langsam die Arbeitsbedingungen verbessern. Auf dem Klageweg wurde Anton Schlecker dann gezwungen, tarifliche Bezahlung einzuführen. Sie kam allerdings nur dort zum Tragen, wo Betriebsräte darum kämpften. Das alles aber kam viel zu spät. Bei großen Teilen der Kundschaft hatten sich die skandalösen Arbeitsbedingungen herumgesprochen. Schon in der Agonie, versuchte das Unternehmen nochmals einen Befreiungsschlag gegen die Beschäftigten: Teile der Stammbesetzungschaft sollten in eine eigene Verleihfirma ausgelagert und danach als Leiharbeitskräfte zum halben Preis am selben Arbeitsplatz weiterbe-



Ausverkauf beim früheren Giganten

schäftigt werden. Diese Unverfrorenheit führte bundesweit zu einem so heftigen Schluckauf, dass sogar im Deutschen Bundestag zum ersten Mal der Name Schlecker zu hören war. Aber das war's auch schon.

Was lernen wir daraus?

Wenn es ein solches Desaster wie den Niedergang dieses Drogerie-Imperiums mit Zehntausenden von Arbeitslosen kein weiteres Mal geben soll, müsste eigentlich das „Betriebssystem“ der kapitalistischen Wirtschaftsweise ausgetauscht oder zumindest „upgedatet“ werden. Einer der steilsten Leitsätze der katholischen Soziallehre müsste die Richtung bestimmen: „Arbeit hat Vorrang gegenüber dem Kapital.“

Eigentlich müssten, ausgelöst durch den Fall Schlecker, in den Zentralen der Arbeiter alle Alarmsirenen schrillen. Denn nun ist einmal mehr bewiesen: Wer die Arbeit bedrückt, demütigt, missbraucht, wird vom Markt abgestraft. Sage keiner, Schlecker sei ein Einzelfall. Fast alle Handelshäuser haben dieselben oder ähnliche Schikanen in ihrem Sortiment. Wird man denen auf die Finger klopfen? Wird endlich in die Tat umgesetzt, was man in Sonntagsreden gerne behauptet, dass nur „gute“ Arbeit gewinnbringend ist und es sich lohnt, in dieselbe zu investieren? Auf diesen Kurs müssten die Arbeitgeberverbände ihre Konsorten einschwören und jenen die Harke zeigen, die heute immer noch in ähnlicher oder gar noch schlimmerer Weise als bei Schlecker ihre Beschäftigten drangsalieren.

Ein solch katastrophaler Firmenzusammenbruch dürfte auch eine Bundesregierung nicht kaltlassen. Wo bleibt der Krisenstab? Man bräuchte längst ein wirksames Frühwarnsystem, um Arbeit vor Missbrauch zu schützen. In erster Linie um der betroffenen Menschen und ihrer Würde

willen, die bei solchen Arbeitsbedingungen auf der Strecke bleiben. Und wenn dies zu viel verlangt ist, dann halt in drei Teufels Namen aus ökonomischen Kalkül heraus: Moderne Sklavenhäuser bleiben auf lange Sicht am Markt ohne Chancen, sie gefährden den so gern beschworenen Standort Deutschland. Doch statt einen „Rettungsschirm“ für menschenwürdige Arbeit zu entwickeln, lässt man der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse weiterhin freien Lauf oder treibt sich gar noch voran. Sie gehört in all ihren Abarten quotiert und muss letztendlich ganz zurückgebaut werden. Sie führte zu einem gigantischen Werte-Zerfall der Erwerbsarbeit, wie ihn das skandalöse Niedriglohn-Segment demonstriert. Wann, wenn nicht jetzt, wird endlich ein gesetzlicher Mindestlohn das desolate Lohngefüge in unserem Land nach unten abdichten? Wir haben Arbeit zweiter Klasse nicht nötig.

Ein Konzern, geführt wie eine Würstchenbude

Der Fall Schlecker lässt aber auch deutlich erkennen, dass Teile des Unternehmensrechts in die Mottenkiste gehören. Ein Konzern in dieser Größenordnung kann nicht wie eine Würstchenbude geführt werden, auch wenn der Inhaber Metzgermeister ist. Die Rechtsform des „eingetragenen Kaufmanns“ (e. K.) ist wirksam zu begrenzen. Ein Unternehmen dieser Größenordnung muss daher in eine andere Rechtsform übergeführt werden. Das Schicksal Zehntausender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an das unternehmerische Geschick eines einzigen Menschen zu binden, der nirgendwo sein Geschäftsgebaren offen legen muss, geschweige denn Rechenschaft schuldig ist, grenzt an Wahnsinn. Umso mehr, als diese Rechtsform es erlaubt, über entsprechende Transfers das haftende Ka-



Kapital in Sicherheit

pital in Sicherheit zu bringen und es seiner Sozialpflichtigkeit zu entziehen.

Nicht zuletzt müssten auch die betriebliche und die Unternehmens-Mitbestimmung ausgebaut und fest verankert werden. Viel zu spät und im Kampf gegen ständige Widerwärtigkeiten seitens der Unternehmensleitung kam es bei Schlecker zu Betriebsratswahlen. Betriebsräte bilden bekanntermaßen einen Schutzwall um die arbeitenden Menschen, sorgen im Rahmen allerdings sehr bescheidener Möglichkeiten für gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Damit nicht genug: erwiesenermaßen sind starke und gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte und vor allem ihre Wirtschaftsausschüsse in der Lage, rechtzeitig wirtschaftliche Verwerfungen zu erkennen, um dann entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Im Falle Schlecker war die Belegschaft jahrzehntelang ohne Stimme und der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert. Als endlich eine gesetzliche Arbeitnehmervertretung zustande kam, war es schon zu spät. Solange die Einleitung einer Betriebsratswahl wie bislang ausschließlich an die Initiative einer Belegschaft gebunden ist, wird sich daran nichts ändern. Mit Hilfe „psychologischer Kriegsführung“ werden gegenwärtig in dieser Republik tausendfach Betriebsrats-

wahlen verhindert oder behindert, indem man die Arbeitenden einschüchtert und bedroht. Daher muss die Wahl eines Betriebsrats endlich verpflichtend geregelt werden, sonst bleibt Arbeit schutz- und rechtlos.

Inzwischen ist die Schlecker-Kette schon abgewickelt. Kein Ende aber, was die Demütigung der Beschäftigten betrifft: die FDP boykottierte eine Transfer- und Aufgangsgesellschaft. Damit stürzten die 26.000 ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von einem Tag auf den andern ungefedert in die Arbeitslosigkeit. Transfergesellschaften sind keine Wunderwaffen gegen die brutalen psychischen und materiellen Folgen der Arbeitslosigkeit, aber sie können deren Auswirkungen wenigstens dämpfen: Die Beschäftigten bleiben noch eine Zeit lang an Bord, sie können ihr kollegiales Miteinander bewahren und pflegen, und ihre Entgelte liegen oberhalb der Lohnersatzleistungen. Die Arbeit, die sie in diesen Gesellschaften verrichten müssen, ist traurig genug, nämlich ab- und aufzuräumen und dann das Licht auszumachen. Parallel dazu aber wird versucht, die Entlassenen beruflich weiterzuqualifizieren und sie vor allem in neue Arbeit zu vermitteln.

Den „Faktor Arbeit“ marktkonform machen

Dies alles schien den Gralshütern von „Marktwirtschaft pur“ obsolet. „Der Markt“, der universale Tausendsassa, „regelt alles von sich aus.“ Nun hat er den Fleiß, das Können, die Kreativität Tausender arbeitswilliger und arbeitsfähiger Menschen auf null heruntergeregelt. Dabei wäre es ja gerade marktkonform, den „Faktor Arbeit“, um einmal dieses schamlose Wort zu gebrauchen, den Erfordernissen des Marktes anzupassen, ihn also erneut „marktfähig“

zu machen. Diese schlichte Wahrheit begreift jedes Kind, die Marktideologen aber scheinen damit intellektuell überfordert. Von der sozialen und ethischen Verantwortung im Blick auf die Betroffenen ganz zu schweigen. Die sind nun um die letzte Hoffnung betrogen. Um wenigstens in Härtefällen ein wenig helfen und trösten zu können, hatten Verdi und kirchliche Initiativen ein Solidaritäts-Konto eröffnet.

Der Fall Schlecker sollte auch alle Beschäftigten im Einzelhandel (und darüber hinaus!) wachrütteln! Sie müssen sich regen! Die schon fast legendären Schlecker-Frauen haben bewiesen, dass man mit Mut und mit der Kraft der Solidarität starre Strukturen aufbrechen und sich Mitsprache und Mitgestaltung erkämpfen kann. Dazu bedarf es allerdings des Schutzes einer starken Organisation.

Bleibt zum Schluss noch der Appell an uns alle als Konsumentinnen und Konsumenten. Fast unbewusst hat sich kapitalistisches Denken in unsere Herzen und Hirne eingefressen. „Billig ist gut ...“ – ein Aberwitz, den heute viele schon verinnerlicht haben. „Geiz ist geil ...“ – ein eigentlich perverses Lustempfinden, als Parole jedoch gut genug, um für Billigheimer Stimmung zu machen.

Dass wir uns nicht missverstehen: das Preis-Leistungs-Verhältnis ist zweifelsohne ein wesentliches Kriterium für eine Kaufentscheidung. Es darf aber niemals nur

das einzige sein, sonst produzieren wir Unrecht. Wir müssen bewusster wahrnehmen, woher die Ware stammt, unter welchen ökologischen und sozialen Bedingungen sie erstellt worden ist und vor allem, wie sie hierzulande vermarktet wird. Die notorischen Schnäppchenjäger schießen unbedacht gute Arbeit waidwund. Wer über ausreichend Einkommen verfügt, muss sein Konsumverhalten ändern und beim Einkaufsbummel auch ethische Grundsätze beachten.

**Der Artikel ist auch erschienen in www.kontextwochenzeitung.de 2012/08.*

Paul Schobel, 1939 in Rottweil geboren, Studium der Theologie und Philosophie in Tübingen und Innsbruck. 1963 Priesterweihe, Vikarsjahre in Böblingen und Wasseralfingen.

Von 1966 bis 1972 Diözesankaplan der CAJ – Christliche Arbeiterjugend. 1973 bis 1993 Industriepfarrer im Raum Böblingen/Sindelfingen. Seit 1993 Leiter des Fachbereichs „Betriebsseelsorge“ in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.



Paul Schobel

Lehren aus der Schlecker-Pleite

Wie man Beschäftigte besser schützen kann

Bericht von der Fachtagung am 10. und 11. Mai 2013 in Bad Boll

Von Martin Schwarz

Die Vermittlung der insgesamt 35.000 früheren Schlecker-Beschäftigten ist nach Ansicht von Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz für die Bundesarbeitsagentur kaum zu bewältigen. „Großinsolvenzen sind für die Agentur ein nicht aushaltbarer Zustand, auf einen Schlag für so viele tausend Menschen in die Vermittlung zu gehen“, sagte Geiwitz. Für so einen Fall könne die Agentur zu Recht nicht die nötigen Kapazitäten vorhalten. Daher wäre eine Transfergesellschaft auch aus Sicht der Steuerzahler günstiger gewesen. Die Einrichtung einer Transfer-Gesellschaft für die Schlecker-Beschäftigten war im März 2012 am Widerstand der FDP gescheitert. Die bayerischen Liberalen hatten sich im Einvernehmen mit dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister und FDP-Chef Philipp Rösler dagegen gestemmt und sich gegen die CSU in letzter Minute durchgesetzt. Geiwitz betonte, dass es lediglich um eine Bürgschaft gehandelt hätte, die durch den Wert der ausländischen Schlecker-Filialen mehr als gesichert gewesen sei.

Schlecker-Gesamtbetriebsrätin Christel Hoffmann kamen die Tränen, als sie an die Ereignisse vor rund einem Jahr erinnerte: „Für mich und meine Kollegen war es das Schlimmste und ist es bis heute, dass uns die FDP zur politischen Bühne gemacht hat“, sagte Hoffmann.

Die Arbeitsrechtsexpertin und ehemalige

Bundesministerin Herta Däubler-Gmelin betonte, dass die Schlecker-Tragödie schon lange vor der wirtschaftlichen Schiefelage begonnen habe. Ebenso wie der Verdi-Verhandlungsführer Bernhard Franke vertrat sie die Überzeugung, Antons Schleckers Geschäftsmodell sei nicht überlebensfähig gewesen. Um eine nachhaltige Unternehmensentwicklung zu gewährleisten, seien mehr Transparenz und eine stärkere Mitbestimmungsrechte erforderlich.

Der Arbeitsmarktexperte Gernot Mühge vom Dortmunder Helex-Institut für Arbeit, Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik wandte sich gegen pauschale Kritik an Transfer-Gesellschaften. Empirische Untersuchungen bestätigten den großen Nutzen für Beschäftigte, sagte Mühge. Wünschenswert sei es jedoch, sie vom Sozialplan zu entkoppeln und zum Regelinstrument zu machen. Ein zermürbendes Verhandlungspoker, wie im Falle Schlecker, sei eine zusätzliche Belastung für die Beschäftigten. Mühge trat für eine umlagefinanzierte Lösung nach österreichischen oder schwedischen Vorbild ein.

Wolfram Leibe, Mitglied der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Arbeitsagentur, verwies auf die Vermittlungserfolge der Agentur: Bereits zwei Drittel der Entlassenen hätten eine neue Beschäftigung gefunden. Dabei sei es nachvollziehbar, dass Menschen zögerten, eine deutlich schlechter bezahlte Arbeit aufzunehmen. Stärkere Tarifbindung im Handel würde die Vermittlung erleichtern, so die Einschätzung Leibes. Außerdem wäre eine längere Bezugsdauer des Arbeits-

losengeldes hilfreich. Es sei oft mehr als ein Jahr nötig, um mit Betroffenen eine neue berufliche Perspektive zu erarbeiten.

Heftige Kritik an den jüngsten Veränderungen des Insolvenzrechts übte Rechtsanwältin Elke Lill, Mitglied im Schlecker-Gläubigerausschuss. Die Reformen erleichterten Einflussnahme und Korruption. Außerdem begünstigten sie internationale Großgläubiger, die mutmaßlich wenig Interesse am Erhalt lokaler Arbeitsplätze hätten, so die Insolvenzrechtsexpertin.

In der abschließenden Podiumsdiskussion betonte Karin Möhle, Bundesvorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen in der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), im Mittelpunkt von Insolvenzverfahren müssten die Perspektiven für die Beschäftigten stehen. Außerdem seien klare Spielregeln für mehr Transparenz und Mitbestimmung erforderlich, damit es erst gar nicht zur Pleite komme. „Wir müssen den Wert der Arbeit wieder in den Vordergrund stellen“, sagte die CDU-Sozialexpertin.

Für Katja Mast, stellvertretende Sprecherin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, war klar, dass der Bund Verantwortung für Insolvenzen dieser Größenordnung übernehmen müsse. In der Schlecker-Pleite hätten die bisherigen Instrumente nicht funktioniert.

Hans-Joachim Hauser, Ministerialrat im Finanz- und Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg bestätigte, dass die Verhandlungen mit 16 Bundesländern die Schlecker-Rettung erheblich erschwert hätten. Eine 50-prozentige Beteiligung des Bundes an einem Massenkredit, verbunden mit einer Bagatellgrenze für geringfügig betroffene Bundesländer, seien wünschenswert.

Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Bündnis 90/Grünen-Bundestagsfraktion forderte eine er-

weiterte Transfer-Umlage für Unternehmen. So könne der Übergang für Beschäftigte besser abgesichert werden. Außerdem solle es Beschäftigten erleichtert werden, ein Unternehmen in Form einer Genossenschaft weiterzuführen, regte die Bundestagsabgeordnete an. Grundlegend seien, so Müller-Gemmeke, klarere Zuständigkeiten und eine Korrektur des Insolvenzrechts, das die Interessen der Mitarbeitenden stärker berücksichtige.

Die baden-württembergische VERDI-Landesvorsitzenden Leni Breymaier forderte mehr Geschmeidigkeit von Politik und Behörden. Der Fall Schlecker zeige, dass es die große Lösung nicht gebe. „Ich möchte, dass wir die Frauen jetzt nicht vergessen“, ergänzte Breymaier mit Bezug auf das nachlassende öffentliche Interesse. Für viele beginne ein Jahr nach der Insolvenz jetzt der Hart IV-Bezug, erinnerte sie.

*Martin Schwarz
Geboren 1968 in
Albstadt-Ebingen
Studium der Evan-
gelischen Theologie
in Tübingen, Zürich
und Straßburg
1998–2001 Vikariat
in Stuttgart-Unter-
türkheim*



Martin Schwarz

*2001 Pfarrer z.A. in
Musberg (Leinfel-
den-Echterdingen)
2001–2003 Wirtschaftsvikariat Robert Bosch
GmbH, Stuttgart-Feuerbach
2003–2004 Pfarrer z.A. in Geislingen/Steige
2004–2010 Gemeindepfarrer in Blaubeuren-
Gerhausen
Seit 2010 Wirtschafts- und Sozialpfarrer in der
Prälatur Ulm
Vorsitzender des KDA Württemberg
Beauftragter für Handwerk und Kirche*

Ökologische Ökonomie

Von *Thomas Bonhoeffer*

Zeit

Die Biosphäre ist allmählich entstanden und wird natürlich irgendwie ein Ende nehmen. Die Menschheit ist allmählich entstanden und wird natürlich irgendwie ein Ende nehmen. In der europäischen Neuzeit begann das Anthropozän; und es steht zu erwarten, dass dieses der Anfang vom Ende der Biosphäre und damit der Menschheit ist.

Das ist zwar eine allgemein unerwünschte Aussicht. Es betrifft aber eine Zukunft, die zu fern ist, um eine relevante Anzahl von Menschen zu größeren persönlichen Opfern zu motivieren. (Je weiter entfernt eine Zukunft ist, desto unsicherer ist die Prognose; das Gegenwärtige hingegen ist sicher.) Will man gleichwohl jetzt schon persönliche Einschränkungen in Kauf nehmen, um düsteren Aussichten vorzubeugen, kann es doch nur um Zeitgewinn gehen.

Memetik

Die Größe des Gegenstandes der ökologischen Ökonomie und seiner Dynamik verlangt eine Mobilisierung gewaltiger Kräfte, zunächst die Überzeugung einer beträchtlichen Mehrheit der Menschheit von der hohen Wichtigkeit des Problems. Diese Mehrheit ist noch nicht gegeben. Daraus ergibt sich die Frage: Wie kann sich eine solche Überzeugung durchsetzen?

Eine Überzeugung ist ein Mem (Richard Dawkins). Für die Geschichte von Überzeugungen, überhaupt des geistigen Lebens, gelten ähnliche Gesetze wie für die Entwicklungsgeschichte des physischen Lebens.

Die Durchsetzung von Überzeugungen entspricht der Entstehung der Arten von Lebewesen.

Für die Entwicklung des Lebens spielt die spezifizierende und lokale Gliederung des Lebens eine Rolle. Soziale Tugenden, mit denen der Einzelne auf persönliche Vorteile verzichtet, können sich als Variante im Dasein halten und durchsetzen, wenn sie der betreffenden sozialen Einheit/Spezies einen evolutionären Vorteil gegenüber den anderen sozialen Einheiten verschaffen. In einer schwach gegliederten Globalgesellschaft jedoch entfällt dieser Selektionsvorteil; in unserer Weltwirtschaft mit ihrer Finanzwelt lohnt sich für den einzelnen Akteur krassester Egoismus! Nur kleine und relativ instabile (auch kriminelle) Einheiten (Familien und Freundeskreise) können da gegenhalten.

Die Memetik nun bildet mit der „Genetik“ ein höchst kompliziertes, spannungsvolles Verbundsystem, sowohl im Kollektiv wie im Einzelnen. Schulbeispiel ist der Idealismus und die eng damit verbundene Tragik. Schon immer galt die Jugend als idealistisch; „die Grünen“ begannen als Idealisten – die hoffnungsvolle Jugend einer Überfluggesellschaft.

Immerhin gehört die ökologische Angst seit 1972 zu unserer Kultur; die wissenschaftliche Studie des Club of Rome war ein kulturgeschichtlich wichtiges Ereignis. Sie wurde zwar auch wissenschaftlich kritisiert; aber sie entsprach einem realistischen, aufkommenden neuen Lebensgefühl.

Die Ökologie könnte mehr als ein Schäferspiel von Privilegierten werden. Aber soll sie zu einer ökologischen Wende der Erdgeschichte werden, müssten die Verdammten dieser Erde, die Mehrheit, Milli-

arden Menschen, mitziehen! Das ist nicht zu erwarten.

Man darf aber hoffen, dass die immer sinnenfälliger werdende Bedrohung doch zu höherer Opferbereitschaft führt.

Die öffentliche Meinung ist ein Machtfaktor, auch die öffentliche Moral, – obwohl diese immer auch durch Heuchelei unterlaufen wird.

In Staaten (und kriminellen Vereinigungen) wird, im Interesse des Kollektivs, Loyalität durch Angst gestärkt. Aber mit Strafen ist den moralischen Folgen von Masseneleid nicht beizukommen. Es gibt da immer Profitanten, die Verbrechen organisieren.

Reklame

Propaganda und Reklame sind Faktoren der Machtakkumulation. Sie strukturieren Egoismus nach Maßgabe der gegenwärtig herrschenden Machtverteilung.

Werbung ist ein ökonomisch wichtiger, aber oft ökologisch verheerender Wirtschaftszweig.

Informatik

Das Internet ist, nach kürzester Zeit fast unkontrollierten Wachstums, schon eine unverzichtbare und machtpolitisch wichtige Komponente unserer Zivilisation geworden. Dieser steile Aufstieg lässt einen sozioökonomisch katastrophalen Absturz befürchten.

Gewalt

Wo die Memetik aufhört, liegen die rohen Gewalten der Natur bloß. Staatlich ist Gewalt geordnet als Polizei nach innen und Militär nach außen. Die Staatsmacht beruht auf dem allgemein menschlichen Bedürfnis nach geordneter Kooperation.

Die Ordnung größerer Gesellschaften bedingt ungleiche Machtverteilung. So gibt es im Staat mächtigere Gruppen, Spitzen-

politiker und höhere Beamte, und umgekehrt Gruppen (Massen oder Wirtschaftsmächte), die im Staat und über den Staat Macht zu gewinnen suchen.

Das kann zu Konflikten führen, wo der Staat kriminalisiert wird. Da entsteht Widergesetzlichkeit gegen die Staatsgewalt, gewaltfreie und gewalttätige Obstruktion.

Wachstum ist eine Gewalt der lebendigen Natur. Das führt zwangsläufig zu Konflikten. Diese können oft versöhnlich memetisch abgefangen werden – was freilich eine natürliche Wachstumsbremse beseitigt. Für eine erfreuliche Entwicklung wird viel darauf ankommen, wieviel Wachstumsimpuls zu Kultur (dazu gehört konsensfähige Ungleichverteilung) sublimiert werden kann.

Wirtschaft

Die Perfektionierung der Arbeitsteilung ist für den Einzelnen als einen leib-seelischen Organismus schwer erträglich; die Organisation des individuellen Lebens wird weitestgehend in eine autopoietische ökonomische Mechanik ausgelagert.

Geld

Geld ist für alle Marktteilnehmer der zentrale, eindimensionale Wertmaßstab; aber das menschliche Leben ist vieldimensional, und die Menschen sind verschieden! In welchem Sinn ist dieses Vielerlei sinnvoll auf eine Dimension abzubilden?

Geld ist das zentrale Tauschmittel. Tauschmittel werden nicht unbegrenzt gebraucht. Durch das Tauschmittel Geld wird die Perfektionierung der Arbeitsteilung begünstigt.

Als Wertaufbewahrungsmittel dient Geld dem menschlichen Sicherheitsbedürfnis. Aber wenn alle mit dem zentralen Tauschmittel hauptsächlich ihre Sicherheit maximieren, verliert dieses an Wert, weil die kollektive Sicherheit so nicht zu maximieren, sondern nur zu untergraben ist.

Die Unsicherheit des Geldes gehört zum neuen Alltagswissen. So kauft man denn zu steigenden Preisen als noch sicherere Geldanlage Sachwerte (nicht Produktionsanlagen, sondern Kunst, Häuser, Boden), sozusagen als Supergeld – das allerdings demselben Wertverfallsmechanismus unterliegt.

Die finanzielle Unsicherheit ist wirtschaftlich, und die wirtschaftliche Unsicherheit ist gesellschaftlich begründet. Die Zentralität des Geldes muss soziokulturell relativiert werden! Damit werden auch die Rahmenbedingungen der Ökonomie verändert.

Schluss

Die Mächtigen stehen der Masse gegenüber. Wer viel Macht hat, gibt üblicherweise nur unter Druck einer Übermacht viel davon ab. Die soziale Ungleichheit wächst natürlicherweise exponentiell in Chaotik hinein; das soziale Gleichgewicht – und somit der Friede unter den (doch recht gleichen) Menschen – ist labil. Heute dient dem Frieden ein wirtschaftliches Wachstum, das natürlich hauptsächlich den Privilegierten zu Gute kommt, aber auch die Wünsche der Unterprivilegierten hinreichend befriedigt. Die kommenden Generationen können sich gegen unseren Raubbau an Bodenschätzen und Atmosphäre – zu unserm Glück – nicht wehren.

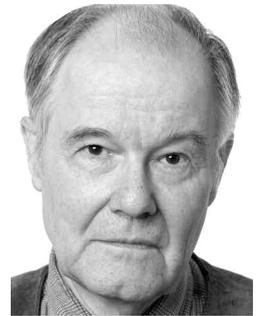
Nach geologischem Fachurteil ist die anthropogene Umweltschädigung erdgeschichtlich erheblich; für die Geschichte der Menschlichkeit, der Menschheit und des Lebens auf Erden ist sie katastrophenträchtig. Sie ist ein Naturprozess, den wir kaum modifizieren können. „Denn für die-

ses Leben ist der Mensch nicht klug genug; doch sein höh'eres Streben ist ein schöner Zug!“ (Brecht, Dreigroschenoper). Er wusste die Bibel zu schätzen!

Im Alten wie im Neuen Testament finden sich apokalyptische Stücke, an welche unsere heutigen Zukunftsängste erinnern. Die Bibel ist selbst ein „Zeichen und Wunder“, ein Buch trauernder Liebe, ein mitmenschlich verpflichtendes Dokument beirrend visionärer, irgendwie ansteckender Zuversicht.

„Dieweil die Ungerechtigkeit wird überhand nehmen, wird die Liebe in vielen erkalten. Wer aber beharrt bis ans Ende, der wird selig.“ (Mt 24, 12f.)

Prof. Dr. Thomas Bonhoeffer
1931 in Berlin geboren als Sohn von Klaus Bonhoeffer und seiner Ehefrau Emilie, geb. Delbrück, Studium in Tübingen, Heidelberg und Zürich, Promotion 1961 in Zürich bei Gerhard Ebeling, Erstes und 1962 Zweites Theologisches Examen in Berlin, Habilitation in Zürich, eigene, große Psychoanalyse, Wechsel von der Systematik zur praktischen Theologie, von 1968–2012 verheiratet und 1973–96 Professor für Pastoralpsychiatrie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. 1968 Lehrauftrag an der Theological School in Claremont/CAL und 1977/78 an der Theologischen Fakultät der Universität in Straßburg.



Thomas Bonhoeffer

Für eine andere Agrar- und Ernährungspolitik in Europa

Von Jens-Eberhard Jahn

Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Landwirtschaft ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist ist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit.“ Karl Marx, Das Kapital

Eine gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) gibt es seit 1957. Seitdem wurde sie mehrmals reformiert. In den 70er und 80er Jahren kam es zu erheblichen Überschüssen im Agrarsektor. Die daraus folgenden agrarpolitischen, handelspolitischen und fiskalischen Verwerfungen führten Anfang der 90er Jahre zur MacSharry-Reform, die erstmals Agrarumweltprogramme etablierte. Diese Reform ist wichtig, weil mit ihr der Wechsel von Preisgarantie zu Direktsubventionen gelang. 2003 wurde dann eine umfassende Agrarreform, bekannt als die „Luxemburger Beschlüsse“, beschlossen. Darin geht es, im Grunde genommen, um die Entkoppelung der Zahlungen von der Produktion. Mit dieser neoliberalen, auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten, Reform wendet sich die EU der Auszahlung einheitlicher, flächenbezogener Prämien auf Basis historischer Zahlungsansprüche zu.

Die Agrarförderung besteht aus so genannten „zwei Säulen“: Die Erste Säule bezeichnet die Direktzahlungen an die Betriebe, die Zweite Säule strukturelle Hilfen für Projekte zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume.

Die aktuellen agrarpolitischen Positionen der EU-Kommission

In den letzten Jahren wurde die Neuausrichtung der GAP für die kommende Förderperiode 2014-2020 diskutiert. Dadurch ist auch die GAP mit der Europa 2020 – Strategie verbunden. Die EU-Kommission wirbt für ihre Wachstums-Strategie mit drei Adjektiven: intelligent, nachhaltig und integrativ. „Intelligentes Wachstum“ bezieht sich auf die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft. „Nachhaltiges Wachstum“ zielt auf die Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. „Integratives Wachstum“ bezeichnet die Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt. Dazu gehört auch die Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials in ländlichen Gebieten.

In diesem Zusammenhang erklärte der EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloj, dass die GAP „umweltfreundlicher, gerechter, effizienter und wirkungsvoller“ gestaltet werden soll.

Während die Bundesregierung immer noch konsequent hinter dem neoliberalen Modell von 2003 steht, modifizierte die EU Kommission vorsichtig die Ausrichtung der GAP; dies geht vor allem in Richtung eines „Greening“ der ersten Säule, aber auch um Kappung der Zahlung für Großbetriebe. Mit vielen der Brüsseler Vorschläge sind weder Bauernverband noch Bundesregierung einverstanden. Nicht zuletzt, da ein beträchtlicher Teil der Gelder für die GAP aus Deutschland kommt, ist die agrar-

politische Diskussion hierzulande sehr wichtig.

In einem breiten von der EU angeregten Diskussionsprozess äußerten Verbände, NGOs und Bürgerinnen wie Bürger ihre Vorstellungen einer künftigen Agrarpolitik: Die GAP soll die Nahrungsmittelsicherheit in der EU sicherstellen. Außerdem soll sie die Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe in Europa, insbesondere in abgelegenen Gebieten, erhalten und die Bereitstellung vielfältiger öffentlicher Güter gewährleisten. Letzteres zielt auf Landschaftspflege und Umweltschutz, die ökologische Komponente, die von den Bürgern stets betont wird. Ausgehend von den Zielen der EU-Strategie und den Beiträgen der Bürgerinnen und Bürger formulierte die EU-Kommission drei Politikoptionen:

- Die erste Option befürwortete die Anpassungen und Verbesserungen der GAP in Bezug auf eine gerechtere Verteilung der Mittel zwischen den EU-Mitgliedsländern.
- Eine Alternative dazu war, die Chance für Reformen zu nutzen und die Politik nachhaltiger gestalten („Greening“).
- Die dritte Option vertrat eine grundlegendere Reform der GAP mit einem starken Fokus auf Umwelt- und Klimaziele, während die Einkommensstützung sowie die meisten marktbezogenen Maßnahmen schrittweise eingestellt würden.

Allen drei Optionen liegt die Gliederung der GAP in zwei Säulen zugrunde (mit unterschiedlicher Gewichtung zwischen den Säulen). Zwar sollten die EU-Haushaltsmittel für die GAP ab dem Jahr 2020 in einer Säule zusammengeführt werden, in der Übergangsperiode 2014–2020 soll jedoch die Zwei-Säulen-Struktur beibehalten werden. Nun sind bezüglich der Periode 2014–2020 die Messen bereits gelesen; die EU-Kommission konnte sich gegen die beharrenden Kräfte nicht zuletzt aus Deutsch-

land nur bedingt durchsetzen. Bei aller Sympathie für die grundsätzlich nicht falschen Vorschläge aus Brüssel kritisieren wir an der jetzigen EU-Agrarpolitik vor allem Folgendes: Die EU zahlt Unterstützungen pro landwirtschaftlich genutzter Fläche und unabhängig von der Art der dort verrichteten Arbeit.

Das ersatzlose Ende sämtlicher Marktregelungen (Pflanzrechte im Weinbau, Milchquote, Zuckerquote) ist besiegelt und führt zu weiterer Liberalisierung der Agrarmärkte bei völlig unterschiedlicher Stärke derjenigen, die auf dem Markt auftreten. Die Voraussetzungen für das „Greening“ (ökologische Vorrangflächen und eine dreiteilige Fruchtfolge mit Anteilen von je 5% bis 70%) gehen nicht weit genug. Es gibt keine ausreichenden Vorschläge, wie die EU einen größeren Selbstversorgungsgrad bei Proteinen für Futtermittel erreichen kann.

Wir brauchen eine ganz andere Agrarpolitik in Europa. Die europäische Agrar- und Ernährungspolitik des 21. Jahrhunderts muss eine Politik sein, die die Ernährungssouveränität in den Mittelpunkt stellt. Ernährungssouveränität bedeutet weder Autarkie noch anachronistische Abkehr vom Welthandel. Wir fordern jedoch neue Regeln für den Welthandel. Ernährungssouveränität heißt, dass alle Menschen auf der Erde über ihre eigene Agrarpolitik entscheiden können, im Einklang mit dem Respekt vor der Natur. Wir stehen für eine Agrarpolitik, die es Bäuerinnen und Bauern erlaubt, von ihrer Arbeit leben zu können. Die Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts muss den tierischen und pflanzlichen Gen-Pool bewahren, das Recht auf Nachbau und eigene Saatgutvermehrung schützen und die ökologische Landwirtschaft und Viehzucht zum Leitbild erklären. Ernährungssouveränität heißt, dass die Bäuerinnen und Bauern entscheiden, was sie anbauen, und die Verbraucherinnen und Ver-

braucher entscheiden, wie ihre Nahrungsmittel erzeugt werden.

Wir brauchen ein neues Agrarmodell! Ohne gentechnisch veränderte Organismen, mit starken regionalen Wirtschafts-, Rohstoff- und Wertschöpfungskreisläufen. Eine Landwirtschaft, die ihren Beitrag gegen den Klimawandel leistet und gesunde Nahrungsmittel produziert. Wir brauchen eine europäische Agrar- und Ernährungspolitik, die die EU vor spekulationsbedingter Volatilität (Maß für die Schwankung von Finanzmarktparametern wie Aktienkursen und Zinsen) der Agrarmärkte schützt, die Einkommen und Produktionsmittel der Bäuerinnen und Bauern garantiert und die Entwicklung hin zu einer weniger intensiven und umweltfreundlichen Landwirtschaft fördert.

Die Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre zeigen, dass das industrielle Agrarmodell nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher nach gesunden Lebensmitteln zu befriedigen. Die Europäische Linke steht für eine Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen verantwortliches und solidarisches Konsumverhalten und fairen Handel fördern und unterstützen Konzepte gegen Lebensmittelverschwendung und Ernteverluste.

Die GAP ermöglicht europäischen Nahrungsmittelproduzentinnen und -produzenten die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die EU-Zahlungen gehen dabei unabhängig von den Preisen an die Landwirtinnen und Landwirte. Steigen die Preise, so zahlen die Verbraucherinnen und Verbraucher doppelt: Einmal für die teureren Lebensmittel und ohnehin für die Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern aus Steuermitteln. Die Gesellschaft zahlt mehr und mehr die Folgekosten einer nicht nachhaltigen Produktionsweise, an der die Agrarindustrie doppelt verdient: Über den

Verkauf ihrer Produkte und ebenso über die Agrarsubventionen der EU. Es muss ein Ende haben mit der Externalisierung der Kosten. Transport muss höher besteuert werden, vor allem auch der ökologisch desaströse Transport per Flugzeug. Daher brauchen wir endlich auch eine Kerosinsteuer. Denn auch mit den indirekten Exportsubventionen muss Schluss sein. Exporte subventionierter Nahrungsmittel zerstören die regionalen und lokalen Märkte im globalen Süden. Statt globalen Handel wollen wir regionale Wertschöpfungsketten stärken: Regionale Produkte sollen den Vorzug haben in öffentlichen Einrichtungen wie Schulkantinen, Altersheimen oder Krankenhäusern. Die Europäische Linke steht für Wochenmarkt statt Weltmarkt.

Wir haben solidarisch die ganze Erde im Blick. Unsere Forderungen beziehen daher auch übereuropäische Organisationen wie die WTO (World Trade Organization) und die FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) mit ein. Unsere agrarpolitischen Konzepte der Europäischen Linken beziehen sich allerdings auf die EU.

Wir fordern ein Ende der Ersten Säule der GAP nach 2020. Die Entkoppelung der Zahlungen von der Produktion hat in vielen Bereichen großen Schaden angerichtet. Die Europäische Linke lehnt diese Art neoliberaler Agrarpolitik entschieden ab. Die GAP-Mittel dürfen nicht mit der Gießkanne pro Hektar ausgegeben werden, sondern sollen in ökologisch und sozial nachhaltig wirtschaftende Betriebe investiert werden. Natürlich sollen auch soziale, kulturelle und ökologische Projekte in ländlichen Räumen mit GAP-Mitteln unterstützt werden, so wie es ja heute bereits im Rahmen der Zweiten Säule geschieht. Wir wünschen uns lebendige und lebenswerte ländliche Räume auch in den Peripherien der EU. Die zweite Säule der GAP, der ELER-Fonds (Europäischer Landwirtschafts-

fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums), und der Regionalfonds EFRE (Europäische Fonds für regionale Entwicklung) sind aufeinander abzustimmen, um auch den Menschen in strukturschwachen Gebieten kulturelle, soziale und wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Wir wollen gute Arbeit in der Agrarwirtschaft und eine ökologisch nachhaltige und tiergerechte Agrarwirtschaft. Und Nahrungsmittel dürfen keine Ware sein. Im Einzelnen heißt das für uns: Gegen Nahrungsmittelspekulation. Es mag umstritten sein, wie groß der Einfluss der Spekulationen auf die Volatilität der Agrarmärkte ist – wir sind der Meinung, mit Nahrungsmitteln darf nicht spekuliert werden. Dies verbietet sich aus sozialen und ethischen Gründen. Wir müssen die Politik der WTO ändern. Der Agrarsektor gehört aus der WTO-Ver Vereinbarung ausgeklammert. Insbesondere die Doha-Runde (Aufträge der WTO-Staaten auf der 4. Konferenz von Doha 2001) lehnen wir ab. Freihandelsabkommen gehören auf den Prüfstand. Die Bedingungen, die Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) an die Agrarwirtschaft der Länder des Südens stellen, lehnen wir ab.

Für gute Arbeit in der Agrarwirtschaft

Nur eine sozial nachhaltige Landwirtschaft darf öffentliche Gelder erhalten. Die GAP-Mittel dürfen nur für die Unterstützung einer bäuerlichen Landwirtschaft und deren sozial-ökologischen Umbau verwendet werden. Bei der Kappung der Direktzahlungen muss die in den Betrieben erbrachte Arbeitskraft berücksichtigt werden. Daher darf die Kappung bei Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften nicht wirksam werden. Bodenreformen können ein wichtiger Schritt hin zu mehr Ernährungssouveränität sein. Sie können helfen,

das Recht auf Nahrung umzusetzen. Die EU muss Mindestpreise für die Erzeugerinnen und Erzeuger festlegen und Höchstpreise für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Arbeitsrechtliche Bestimmungen und Mindestlöhne müssen auch in der Landwirtschaft durchgesetzt werden. Die Arbeitsbedingungen von Saisonarbeiterinnen und -arbeitern sowie Arbeitskräften in Schlachthöfen sind oft unerträglich. Die Europäische Linke setzt sich hier für europaweit verbindliche Sozialstandards ein.

Für eine tiergerechte Landwirtschaft

Tierschutz muss zentraler Bestandteil der GAP werden. Investitionen dürfen nur dann unterstützt werden, wenn sie zu einem Mehr an Tierwohl führen. Die EU braucht eine Tierschutzverordnung. Tierhaltung und Tiertransporte bedürfen strikteren Regeln und größerer demokratischer Kontrolle. Die Begrenzung von Tiertransporten innerhalb der EU auf vier Stunden hätte nicht nur ein Mehr an Tierwohl zur Folge. Eine solche Maßnahme würde auch die Wertschöpfung innerhalb der Regionen stärken durch ein dezentrales Netz von Schlachthöfen und Fleisch verarbeitenden Betrieben.

Nach jüdischer oder muslimischer Tradition korrektes Schächten ist für die Tiere nicht belastender als die derzeitigen Praktiken in Schlachthöfen. Wir treten daher für eine Legalisierung des Schächten in der gesamten EU ein. Gleichzeitig möchten wir mit den Vertreterinnen und Vertretern der betreffenden Religionsgemeinschaften in einen Dialog über die Möglichkeiten reversibler Betäubung vor der Tötung treten. Wir lehnen Patente auf Tiere, Pflanzen und anderes Leben ab.

Für eine ökologisch nachhaltige Agrarwirtschaft

Linke Politik fordert entschiedene Maß-

nahmen gegen die Versiegelung der Böden. Natürlich können Menschen nicht leben ohne in die Natur einzugreifen. Aber diese Eingriffe dürfen die Natur nicht nur instrumentalisieren, sie müssen die Natur vielmehr respektieren.

Nur eine ökologische nachhaltige Landwirtschaft darf öffentliche Gelder erhalten. Die Europäische Linke steht für eine Landwirtschaft, die frei ist von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Importe von GVO müssen unterbunden werden. Die Agrogentechnologie ist eine Risikotechnologie. Ihre Folgen für Mensch und Natur sind ebenso unvorhersehbar wie unwiderlich, wenn GVO erst mal freigesetzt sind. Bisherige Studien zeigen, dass ökonomische Vorteile der GVO nur kurzfristig wirken und ökologisch große Nachteile zu erwarten sind. Außerdem begeben sich die Bäuerinnen und Bauern, die auf Gentechnik setzen, noch stärker als ohnehin in die Abhängigkeit der Saatgutkonzerne.

Intensive Landwirtschaft kann schwerwiegende Nachteile für Natur und Umwelt haben: Der hohe Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger führt zum Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser. In den ausgeräumten Landschaften ohne Feldrandbiotope werden selbst frühere Allerwelts-Arten wie Feldhase, Rebhuhn und Feldlerche immer seltener. Und so wie die Natur werden auch die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe von der Agrarindustrie verdrängt.

Wir wollen eine bodengebundene Tierhaltung: Das heißt, dass das Futter lokal erzeugt und Mist und Gülle lokal genutzt werden. Durch den Import von Futtermitteln importiert die EU indirekt Fläche in der Größenordnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche Frankreichs, die dadurch in anderen Ländern nicht zur Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehen.

Das lehnen wir entschieden ab, zumal diese Futtermittel in den Herkunftsländern oft unter ökologisch und sozial desaströsen Bedingungen produziert werden.

Die Fischereipolitik der EU muss den Erhalt und die Erneuerung der Fischbestände in den europäischen Meeren im Fokus haben. Dies ist nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen dringend geboten. Fisch muss zudem nach dem Fang, nicht erst bei der Anlandung, gewogen werden. Nur so kann der artenschutzwidrige Beifang vermindert werden. Die EU muss die handwerkliche Fischerei vor der industriellen Fischerei privilegieren. Denn die handwerkliche Fischerei stellt eine wichtige Ressource für die Entwicklung und Lebensqualität in den europäischen Küstenregionen dar.

Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Agrarforschungsmittel für die ökologische Landwirtschaft. Die europäischen Forschungs- und Zulassungseinrichtungen zum Beispiel für Pestizide, Gentech-Pflanzen oder Nanotechnologie müssen transparenter werden und besser demokratisch kontrollierbar sein. Dies gilt beispielweise für die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), welcher seit etlichen Jahren von kritischen Organisationen mangelhafte Zulassungsverfahren und intransparente vorgeworfen werden.

Die Subsistenzwirtschaft muss in Europa Zukunft haben. Wir unterstützen auch moderne Formen der Subsistenzwirtschaft wie etwa „Urban Gardening“. Die Subsistenzwirtschaft kann allerdings nicht als ökonomisch nachhaltiges Modell für eine Ernährungs- und Agrarpolitik des 21. Jahrhunderts stehen. Zusammenschlüsse von agrarischen Erzeugerinnen und Erzeugern können helfen, kleineren Betrieben das ökonomische Überleben zu sichern. Genossenschaftliche Zusammenschlüsse ermöglichen solidari-

ches Wirtschaften. Wir wollen Hindernisse für diese Eigentumsformen abbauen und treten für eine größtmögliche Streuung des Eigentums an Grund und Boden ein.

Eine europäische Agrar- und Ernährungspolitik des 21. Jahrhunderts wird sich vom Gedanken stetigen ökonomischen Wachstums und stetiger Intensivierung verabschieden müssen. Im Zentrum steht dabei für uns die Ernährungssouveränität als Kern einer neuen europäischen Agrarpolitik. Neue Konzepte nachhaltigen Wirtschaftens sind gefragt, und nicht auf alle Fragen gibt es einfache Antworten. Daher wollen mit allen Akteurinnen und Akteuren, agrarwirtschaftlichen Erzeugerinnen und Erzeugern ebenso wie mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, mit Gewerkschaften, NGO's, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Kräften in einen Dialog treten. Dieser Artikel ist ein Angebot dazu.

Jens-Eberhard Jahn, geboren 1967 in Berlin, ist

Historiker, Sprach- und Literaturwissenschaftler. Zahlreiche Forschungen und Publikationen zu Sprache und Ethnizität, Sprachkontakt und Sprachsoziologie vor allem an der nördlichen Adria; 1990–2002 freiberuflicher Dozent in der Erwachsenenbildung; ab 2002 intensive Beschäftigung mit Gesellschaftspolitik; Vorträge und Publikationen zum Bedingungslosen Grundeinkommen; ab 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter von Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE; thematische Schwerpunkte: Agrarpolitik, ländliche Räume, Tierschutz, Bedingungsloses Grundeinkommen, Postwachstumsökonomie; vielfältige publizistische Tätigkeiten. J.-E. hat drei Kinder und lebt und arbeitet in Leipzig und Berlin.



Jens-Eberhard Jahn

Christian Herwartz zum 70. Geburtstag

Exerzitien auf der Straße

Von Gerd Büntzly

Wenn irgendein Mensch mit vollem Recht sowohl Christ wie Sozialist genannt werden kann, dann ist es Christian Herwartz. Er ist Jesuitenpater, war Arbeiterpriester und lebt seit vielen Jahren in einer Kommune in Kreuzberg, nahe dem Cottbusser Platz, der schon mehrfach in den Schlagzeilen war, wenn von den schwierigsten und gefährlichsten Orten der Republik die Rede war. (Wer hinfährt, findet das dann alles gar nicht so schlimm.)

Meine Freundschaft mit Christian beginnt Ende der 60-er Jahre: Wir waren gemeinsam

im Noviziat der Gesellschaft Jesu. Er, sieben Jahre älter als ich, war schon sehr viel gefestigter in dem, was er wollte, als wir übrigen, und er konnte mir in meiner eigenen Entwicklung viel helfen. Er machte mich mit Arbeiterpriestern in Toulouse und in Tarragona/Spanien bekannt. Meine Entwicklung führte mich schließlich aus dem Orden heraus, aber wir blieben in Kontakt. Wenige Jahre nach dem Mauerbau war ich mal wieder in Berlin und suchte ihn in seiner Kommunität, aber er war nicht dort, sondern demonstrierte mit den gerade vom Mauerstreifen vertriebenen Obdachlosen am Roten Rathaus gegen die

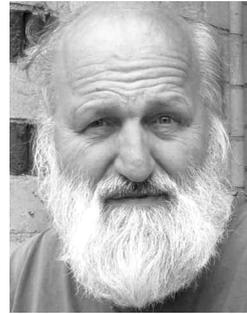
Zerstörung von Natur und Leben durch die kapitalistischen Profitinteressen.

Christian hatte als sozial engagierter Mensch lange Zeit mit vielen Widerständen im eigenen Orden zu kämpfen. Dabei gab es Unterstützung von ganz oben, nämlich Anweisungen des damaligen Generaloberen, Pedro Arrupe, der gerade zu unserer Noviziatszeit gewählt worden war, und Beschlüsse der damaligen Generalkongregation des Ordens. Arrupe forderte die Mitglieder der Gesellschaft Jesu auf, sich verstärkt den Armen und Ausgegrenzten zu widmen. Viele Jesuiten jedoch, die sehr erfolgreich auf den verschiedensten Tätigkeitsfeldern wirkten – u. a. in Hochschulen, im Fernsehen, in Internatsschulen, bei der Organisation von Seminaren für Manager – setzten lieber auf die Mittel- und Oberschicht.

Christian nahm im Laufe der Jahre immer wieder die Gelegenheit wahr, seine Erfahrungen aus seinem Arbeitsleben oder seinen Begegnungen mit anderen Menschen zu Papier zu bringen. Ein von ihm herausgegebenes Buch ist mir in bester Erinnerung geblieben, nämlich „Gastfreundschaft. 25 Jahre Wohngemeinschaft Naunynstraße“² von 2004. Christian hat viele Menschen gebeten, ihre Erfahrungen mit seiner Wohngemeinschaft zu Papier zu bringen, die immer offen war für alle. Auch ich habe einmal dort übernachtet. Inzwischen sind schon wieder fast zehn Jahre vergangen, und die Wohngemeinschaft existiert immer noch. In diesem Jahr kam ich einmal samstags zum Frühstück da. Dieses Frühstück ist als offener Treff gedacht. Ich geriet sofort in Kontakt zu einem jungen Mann aus dem Elsass, der mir erzählte, er habe gerade sein Philosophiestudium abgebrochen, da ihm dieses auf seine Fragen überhaupt keine Antwort gegeben habe. Wir tauschten uns so intensiv aus, dass ich Christian nur am Rande als Gastgeber wahrnahm – und er war offenbar

zufrieden festzustellen, dass seine Gäste miteinander im Austausch waren.

Im Sommer 2000 machte Christian eine Entdeckung, die wohl noch lange über ihn hinaus wirken wird: die so genannten „Exerziten auf der Straße.“ Exerziten oder geistliche Übungen gibt es auch im evangelischen Bereich, manchmal werden sie Einkehrtage oder Rüsttage genannt. Doch geht ihre moderne Form wesentlich auf den Einfluss des Ordensgründers Ignatius von Loyola (1491–1556) zurück. Dieser nutzte eine Zeit des Siechtums, um die verborgenen Antriebe seiner Seele zu erforschen. Vielleicht war er der erste, der dem Abendland ein Konzept des Unbe-



Christian Herwartz

wussten geschenkt hat. Sein Buch der geistlichen Übungen nennt als Grund für einen Rückzug aus dem Alltag entweder eine wichtige Entscheidung, die im Leben ansteht, oder auch die Frage, in welcher Weise ein Vermögen am besten für ein gutes Werk verwendet werden soll. Ignatius kennt selbstverständlich auch die rationale Durchdringung solcher Probleme, aber er weiß, dass das nicht ausreicht. Daher empfiehlt er, sich an der Oberfläche des Bewusstseins mit Episoden aus der Bibel zu beschäftigen, die er liebevoll ausmalt, damit sie ganz lebhaft vor Augen stehen, ja sogar „gespürt und geschmeckt“ werden sollen. Zwischendurch soll man im Lichte dieser Betrachtungen aber auf die Neigungen des Unbewussten in Bezug auf die aufgeworfene Frage achten. In seinem Tagebuch – auch das eine ungemein moderne Form – lesen wir, wie er seine ei-

gene Methode beispielhaft anwendet auf die Frage, ob die Mitglieder des in Gründung befindlichen Ordens Armut geloben sollen oder nicht.

Die so genannten „Großen Exerzitien“, die sehr genau nach den Anweisungen des Exerzitienbüchleins gegeben werden, dauern für Ordensmitglieder vier Wochen. Daneben werden in Tagungshäusern sowohl im katholischen wie auch im evangelischen Raum schon immer Einkehrtage für alle Gläubigen angeboten, längere oder kürzere, über zehn Tage oder nur ein Wochenende. Herwartz wurde nun von einem Mitbruder angefragt, ob er solche Exerzitien auch mitten in Berlin machen könne, er wollte in der gastfreundlichen Wohngemeinschaft übernachten. Christian beschreibt selbst³, welchen Widerstand er anfänglich gegen diese Idee entwickelte, die sich dann aber als sehr fruchtbar herausstellen sollte.

Ziel dieser Tage ist sicherlich oft auch eine Klärung der eigenen Lebenssituation: Wo stehe ich? Wo will ich hin? Christian hängt die Messlatte aber höher: Für ihn geht es primär darum, den Einbruch Gottes in das eigene Leben zuzulassen. Die Teilnehmer(innen) sollen sich zehn Tage lang auf die Situation der Straße einlassen. Sie übernachten ganz primitiv, ohne Komfort. Sie bereiten sich ihre Mahlzeiten selbst zu. Tagsüber geht jede(r) allein oder in kleinen Gruppen los. Die Empfehlung lautet, Orte aufzusuchen, die man sonst eher meiden würde. Das kann je nach individueller Voraussetzung sein: Eine Suppenküche, eine Moschee, ein Gefängnis, ein Ort, an dem sich Obdachlose treffen, der Straßenstrich ... Ziel ist das Durchbrechen eigener Vorurteile und die Entdeckung Gottes im armen, verachteten Menschen. Die Teilnehmer(innen) sollen sich aber auch nicht überfordern, sondern ihrem eigenen Gefühl vertrauen. Wer sich in einer ruhigen Umgebung wohl

fühlt, etwa in einer Kirche, liegt ebenfalls richtig. Es gibt keine Schweigepflicht. Abends wird ein Gottesdienst angeboten, der aber ein freies Angebot ist. Alle kommen danach zu einem Austausch über die Erfahrungen des Tages zusammen, der von den Exerzitienbegleitern moderiert wird.

Die Erfahrungsberichte, die z. T. auch im Internet nachgelesen werden können⁴, zeugen gelegentlich von großer Tiefe des Erlebens und der Selbstwahrnehmung. Gängige Verhaltensmuster und Einstellungen werden völlig auf den Kopf gestellt. Die obdachlose Frau, die auf einer Parkbank sitzt, erweist sich auf einmal nicht als Mitleid heischende Elendsgestalt, sondern geradezu als Meisterin, die der Suchenden den Weg weist. Ein Wort wie „Inkulturation“ wird umgedreht: nicht der Andere, (Türkendeutsche ...) muss „inkulturiert“ werden, nein, Christian beschreibt, dass er selbst mit der Zeit in Berlin „inkulturiert“ wird.⁵ Eine zentrale Metapher für die gesuchte Erfahrung bei Straßenexerzitien ist die Erzählung vom brennenden Dornbusch (Exodus, 3. Kapitel), die Herwartz an den Beginn der Tage stellt. Für ihn ist die Neugier des Moses wichtig, mit der er sich dem Dornbusch nähert, und dann seine Aufmerksamkeit, als er spürt: Hier ist etwas Besonderes, dieses ist heiliges Land. Er soll sich die Schuhe ausziehen, wird er geheißt. Das bedeutet: Er soll alle Vorbehalte fallen lassen und sich ganz der großen Erfahrung aussetzen. Manche Teilnehmer des Kurses nehmen das wörtlich, laufen barfuß und nehmen die Reaktionen der Umwelt darauf wieder zum Anlass für ihre Meditation. Am Schluss des Kurses steht eine Fußwaschung, wie Jesus sie seinen Jüngern hat angedeihen lassen. Und nach dem Ende des Kurses gibt es die Gelegenheit, die gemachten Erfahrungen weiterzugeben, Interessierten davon zu erzählen.

„Stell dir vor, jetzt wird schon eine Dissertation über mich geschrieben“, berichtete Christian mir bei einer Begegnung im Juni dieses Jahres. „Und eine zweite ist in Arbeit.“ Die Autorin, Susanne Szemerédy, konfrontiert das Konzept der Exerziten auf der Straße mit der Philosophie von Emmanuel Levinasvi, einem Denker, der in den vergangenen Jahren steigende Aufmerksamkeit erfährt, z. B. von der Feministin Judith Butler. Szemerédy findet in den verschiedenen Traditionen der katholischen Mönchsorden Elemente des von Herwartz gelebten Konzeptes wieder: Benediktinisch ist für sie vor allem die große Bedeutung der Gastfreundschaft bei Herwartz, franziskanisch die Hinwendung zu den Armen und Verachteten, deren Würde gewahrt bleibt. Levinas hebt vor allem das menschliche Gesicht als den Inbegriff des Verletzlichen hervor. Auch für ihn bedeutet Gottese Erfahrung, sich vorbehaltlos auf den anderen einzulassen. Der Ausdruck „Geisel des Anderen“ stammt von ihm. Nur wenn ich den Anderen ganz sein lasse, wie er ist, wenn ich ihn nicht auf mich selbst zurückführe, manipulierte und beherrsche ich ihn nicht. Szemerédy kritisiert am bisherigen Konzept der Exerziten auf der Straße aber auch, dass es zu stark in christlicher Terminologie stehe und wünscht sich auch für Mitglieder anderer Religionen oder für Atheisten einen Zugang dazu.

Ein weiteres Feld des Engagements von Ch. Herwartz soll wenigstens erwähnt werden: Die Gruppe „Ordensleute gegen Ausgrenzung“. Diese Gruppe kämpft für die Rechte von Asylsuchenden und Papierlosen und organisiert u. a. seit 1995 vierteljährlich eine Gebets- und Mahnwache vor dem Abschiebegefängnis in Berlin-Köpenick. Im Januar 2013 erhielt Ch. Herwartz den „Ökumenepreis des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg“ (ÖRBB). Damit wurde sein

„Einsatz für die Armen und Marginalisierten“ in der Hauptstadt geehrt.

Wahrscheinlich hat Christian seinen Geburtstag als Gastgeber – er ist geboren am 16. 4. 1943 – im Kreise seiner vielen Freunde gefeiert. Ich wünsche ihm alles erdenklich Gute.

- 1 zitiert in Christian Herwartz: *Auf nackten Sohlen, Exerziten auf der Straße*. Würzburg 2006, S. 15 f.
- 2 Christian Herwartz (Hrsg.): *Gastfreundschaft. 25 Jahre Wohngemeinschaft Naunynstraße*. Berlin 2004.
- 3 Christian Herwartz: *Auf nackten Sohlen*, S. 37 f. Unter dem Titel „*Brennende Gegenwart*“ hat Herwartz 2011 noch ein zweites Büchlein über das Konzept der Exerziten auf der Straße geschrieben, ebenfalls im Echter-Verlag Würzburg. Sein erstes Buch zum Thema ist inzwischen ins Spanische übersetzt worden und im Verlag Sal Terrae herausgekommen.
- 4 www.con-spiration.de/exerziten
- 5 Christian Herwartz: *Auf nackten Sohlen*, S. 18.
- 6 Susanne Szemerédy: *Vom Gastgeber zur Geisel des Anderen. Religiöse Erfahrung bei Exerziten auf der Straße*. München 2012, 357 S.

Gerd Büntzly, Jahrgang 1949, Studium der Philosophie, Theologie, Spanisch, Französisch und Deutsch (M.A.), Staatl. gepr. Musiklehrer. Übersetzungen aus dem Englischen, Französischen, Spanischen, Publikationen zu Gewaltfreier Aktion und Homosexualität.



Gerd Büntzly

Die Kana-Suppenküche in Dortmund

Protest und Gastfreundschaft

Von Bernd Büscher

Am 17. Oktober 2013, dem von der UNO verkündeten Welttag zur Überwindung großer Armut, lud die Dortmunder Kana-Gemeinschaft ein zu einem „Kreuzweg der Armut“ durch die Stadt. Die Teilnehmenden hielten an signifikanten



Kreuzweg der Armut

Orten wie dem Mahnmal für die während der Nazi-Herrschaft deportierten Sinti und Roma, dem Lokal der Straßenzeitung BODO, der Reinoldikirche oder der Deutschen Bank, um der Ungerechtigkeit, der Ausgrenzung und Armut zu gedenken. Zum Abschluss, am Dortmunder Rathaus, übergaben sie eine gemeinsam von Kana und anderen Initiativen unterzeichnete Erklärung an den Rat der Stadt, mit der sie gegen geplante Kürzungen bei Sozialeinrichtungen protestierten.

Der nächste Tag in der Kana-Suppenküche in der Dortmunder Nordstadt: ein Team von 10 Freiwilligen ist seit dem frühen Morgen damit beschäftigt, eine warme Mahlzeit für die Gäste zu bereiten. Kartoffeln müssen

geschält, Fleisch geschnitten, Linsen gekocht werden. Gespendetes Brot und Kuchen werden von Bäckereien abgeholt oder gebracht, die Tische mit Körben und Kaffeekannen gedeckt. Ab 12 Uhr kommen die Gäste, knapp über 300 an diesem Tag. Sie werden an den Tischen bedient, müssen nichts bezahlen, sich nicht ausweisen, können nachbekommen, so viel sie wollen. Obdachlose, Drogensüchtige, Hartz-IV-Empfänger, Armutsemigranten, aber auch Menschen aus der Nachbarschaft. Hier sind alle willkommen; das Prinzip, auf dem die Arbeit in der Suppenküche aufgebaut ist, lautet „Gastfreundschaft“.

„Wenn ich ein Wort wählen sollte, an das die Hoffnung geknüpft ist, so wäre es Gastfreundschaft“, schreibt Ivan Illich in seinem letzten Buch „In den Flüssen nördlich der Zukunft“. In einer Gesellschaft, in der der ursprüngliche Impuls der Barmherzigkeit gegenüber dem leidenden Mitmenschen (wie er im Gleichnis vom barmherzigen Samariter beschrieben wird), im Bemühen um Effektivität der Hilfe in Institutionen der Wohlfahrtsindustrie verschwindet – Illich zitiert das lateinische Sprichwort *corruptio optimi pessima*, „die Korruption des Besten ist das Schlimmste“ –, fehlen Orte der Gastfreundschaft, an denen Menschen einfach willkommen sind und nicht therapeutisch oder pädagogisch als „Fall“ behandelt werden.

Kana versteht sich deshalb auch nicht als soziale Einrichtung, sondern als teilende Gemeinschaft. Die Hochzeit von Kana aus dem Johannes-Evangelium ist das Bild für das kommende Gottesreich, in dem alle gleichberechtigt an einem Tisch sitzen. Ein Zustand, der in der Suppenküche sicherlich

nicht erreicht werden kann (dort gibt es eben Gebende und Empfangende), für die Kana-Mitglieder aber eine andauernde Her-



Suppenküche am Rathaus

ausforderung, sich auch für strukturellen Wandel einzusetzen: Nicht die Armen sollen verändert werden, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen, die Armut erzeugen.

Peter Maurin, der Mitbegründer der hauptsächlich in den USA beheimateten christlich-anarchistischen Bewegung des „Catholic Worker“ (zu deren kleinen europäischen Netzwerk Kana gehört), sah die „Häuser der Gastfreundschaft“ der Bewegung in der Tradition frühchristlicher Hospize, insbesondere jener, die die irischen Wandermönche während der Zeit der Völkerwanderung in ganz Europa errichtet und damit die Praxis der christlichen Fürsorge lebendig erhalten haben, inmitten der fallenden Trümmer des römischen Imperiums. „Und was von den irischen Missionaren nach dem Fall des römischen Imperiums unternommen wurde, kann heute unternommen werden, während des Zerfalls der modernen Imperien, und danach“, so Maurin.

So versteht Kana den simplen Akt der Gastfreundschaft – außer der Suppenküche gibt es eine Schlafsack-Ausgabe und ein

Grabfeld für verstorbene Wohnungslose – auch schon als Teil des Widerstands gegen ein System der kapitalistischen Verwertung, das Menschen stigmatisiert und ausschließt. Es ist deshalb folgerichtig, dass neben der praktischen Arbeit die Mitglieder von Kana auch immer wieder versuchen, „Stimme der Stummen“ zu sein und soziale Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Gewalt öffentlich kritisieren. Seit der Gründung von Kana im Jahr 1991 haben sie an vielfältigen gewaltfreien Aktionen teilgenommen oder sie selbst initiiert.

Gastfreundschaft und Protest werden einmal im Jahr in besonderer Weise sichtbar, wenn die Suppenküche vor das Dortmunder Rathaus verlegt wird. Es ist inzwischen ein großes Fest, mit Musik, gemeinsamen Essen und Trinken. Aber im Kern geht es an diesem Tag darum, den Verantwortlichen der Stadt vor Augen zu führen, dass es hier Menschen gibt, die auf die Unterstützung von Suppenküchen und ähnlichen Hilfseinrichtungen angewiesen sind. Bedenken, dass sich die Armen „vorgeführt“ vorkommen könnten, haben sich schnell verflüchtigt. Die Gäste von Kana haben den Tag auch zu dem ihren gemacht. Andere Aktionen dienten dem Protest gegen die Bedingungen in den städtischen Übernachtungsstellen und für niedrigschwellige Übernachtungsmöglichkeiten in kalten Winternächten, gegen die Vertreibung von „Randgruppen“ von städtischen Plätzen und Straßen oder für die Einrichtung öffentlicher Toiletten. Monatlich findet eine Mahnwache vor der Deutschen Bank unter dem Motto „Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen“ statt.

Kana lebt ausschließlich von den Spenden Einzelner, es werden keine Zuschüsse staatlicher, städtischer oder auch kirchlicher Stellen angenommen. Diese Unabhängigkeit ist eine Grundvoraussetzung dafür, den Armen und Ausgeschlossenen Hilfe anbie-

ten zu können und gleichzeitig die Strukturen anzuklagen, die Armut erst erzeugen – für die gemeinsame Praxis von Gastfreundschaft und Protest.

Literatur:

Illich, Ivan: In den Flüssen nördlich der Zukunft: Letzte Gespräche mit David Cayley, München 2006; Maurin, Peter: Easy Essays, Chicago 1977

www.kana-suppenkueche.de

Bernd Büscher, geb. 1956, Diplom-Pädagoge, arbeitet im Bereich Kinder- und Jugendarbeit der Evangelischen Noah-Kirchengemeinde Dortmund, Mitglied der Kana-Gemeinschaft in Dortmund.



Bernd Büscher

Jaffa, im Sommer 2013

Das Peres Center for Peace in Israel

*„In des Gerechten Haus ist großes Gut“
(Spr. 15,6a)*

Von *Alois Schwarz*

Ein sonniger Morgen, eine leichte, die Hitze des frühen Tages lindernde Brise und der freundliche Gruß „schalom“ erwarten uns in einem Büro- und Tagungsgebäude aus Glas und Beton. Das Peres Center for Peace (PCP), 1996 als gemeinnützige Organisation gegründet, ist die herausragende und innovative Friedensinitiative in Israel. Schimon Peres, Präsident des Staates Israel und Friedensnobelpreisträger, ist der Vater der Initiative. Seit 2009 ist das Zentrum in Jaffa beheimatet, in einer Umgebung, in die sich nur selten Touristen verirren. Die Nachbarn des Zentrums sind zumeist Araber, arm, sozialen Spannungen ausgesetzt. „Hier sind wir genau richtig, hier werden wir gebraucht, und wir sehen Veränderungen“, erklärt Natalie Kandov, bevor sie uns die Büros zeigt, den Haupt- und Ehrenamtlichen vorstellt und die Arbeit des Zentrums erklärt. Aber zuerst will sie uns einen Raum zeigen, der an das Schimon

Peres Archiv und die Bibliothek für Konfliktforschung anschließt. Ein bis zum 3. Stock offener fensterloser Raum, der mit einem Glasdach abschließt. Bis unters Dach raue, unebene Wände, die „zum Klettern einladen“, wie ein Besucher bemerkt. Natalie schmunzelt bei dem Gedanken und erklärt



Peres Center for Peace

die Sinnbildlichkeit dieses Raumes: „Der Weg zum Frieden ist steinig und schwer, aber er lohnt sich. Wir sehen das Licht des Friedens in greifbarer Nähe.“ „Ist Frieden überhaupt noch möglich?“, fragt ein Journalist. Natalie gibt ein Wort mit auf den

Weg: „Schimon Peres hat es ganz einfach ausgedrückt: Menschen schaffen Frieden, nicht Strukturen. Wir wollen Raum für Begegnungen schaffen, unsere Verschiedenheit akzeptieren, Vorurteilen entgegenwirken und aktiv für Gerechtigkeit eintreten da, wo Ungerechtigkeit und Benachteiligung Menschen trifft.“

Jugend ist ein großes Gut

Aus bescheidenen Anfängen wuchs ein starkes Friedenswerk, das mittlerweile weit über Israels Grenzen hinaus Anerkennung findet. 20% der ca. 8 Millionen Staatsbürger Israels sind Araber. Sie bekennen sich überwiegend zum Islam. Die israelische Gesellschaft tut sich schwer, die arabische Minderheit zu integrieren. Misstrauen und Ablehnung sind die Folge. Hier setzt das PCP an, mischt sich ein, zeigt Wege, dass ein Miteinander möglich ist. Pragmatisch und mit kleinen Schritten wird Zukunft gebaut. Im Stadtteil Ajami, einem sozialen Brennpunkt Jaffas, kümmern sich Volontäre des PCP um Straßenkinder und herumlungernde Jugendliche. Sie helfen bei den Hausaufgaben, wecken Begeisterung für Sport und Spiel, rüsten die Jugendlichen mit Fotoapparaten aus und schicken sie in die Umgebung, ihre Stadt im Bild festzuhalten. Musikgruppen entstehen, Theaterstücke werden einstudiert und aufgeführt. Wer gemeinsam musiziert, liest, schreibt, hat keine Zeit zum Steine Werfen. Die Entdeckung und Wertschätzung sportlicher und künstlerischer Interessen über ethnische und religiöse Grenzen hinweg hat in diesem Stadtteil für Entspannung und Deeskalation gesorgt. Die Mitarbeiter sind nicht nur in der Stadtteilarbeit gefragt, sondern mittlerweile leisten sie über die Grenzen hinaus Friedenserziehung in Gaza und im Westjordanland unter der Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Experten aller politischen Richtungen

behaupten seit Jahren, dass friedliche Koexistenz in diesen Gebieten nicht möglich sei. Die politische Situation sei verfahren. Die Siedlungs- und Ausgrenzungspolitik Israels ist harsch, deshalb bleibt friedliche Koexistenz ein Wunschtraum der Idealisten. Das PCP zusammen mit israelischen und palästinensischen Partnern lässt das nicht gelten. Über 60.000 palästinensische und israelische Kinder haben bisher in den Friedensprogrammen für Schulen teilgenommen. Dabei wurden Kontakte geknüpft, der Umgang mit sozialen Medien eingeübt, die Sprachen Hebräisch und Arabisch gleichwertig angewandt. Mittlerweile gibt es zwölf Peace Computer Centers in Israel und den palästinensischen Gebieten. Jugend kommuniziert mittels technology mit- und untereinander. Sie teilen ihre Freude, schließen Freundschaften und durchbrechen damit die Dialogunfähigkeit, welche sie aus der Welt der Erwachsenen nur zu gut kennen. Palästinensische Schauspieler unterrichten an israelischen Schulen, leiten workshops in israelischen Bildungseinrichtungen, halten Lesungen in Seniorenwohnheimen und helfen Vorurteile abzubauen.

Menschenwürde ist ein großes Gut

In Gaza und im Westjordanland liegt die medizinische Versorgung im Argen. Das PCP hat über 8000 palästinensischen Kindern Behandlung in israelischen Krankenhäusern ermöglicht. Auch hier kann das Zentrum eine Erfolgsgeschichte vorweisen. Das internship programme für angehende Ärzte aus dem Gazagebiet an israelischen Krankenhäusern wollte die israelische Regierung verhindern. Das Finanzamt setzte die Gemeinnützigkeit des PCP kurzerhand außer Kraft, so dass Spenden für diese Arbeit steuerlich nicht mehr absetzbar sind. Die Leitung des PCP entschied trotz der schwierigen finanziellen Benachteiligung,

die daraus resultierte, an diesem Projekt festzuhalten. Sie ließ sich weder beirren noch von amtlicher Seite einschüchtern.

Im Laufe der Zeit wuchs dem PCP weitere Verantwortung zu in der Bewusstseinsbildung für die Umwelt und den Umgang mit den Ressourcen Wasser und Land. Was offizielle politische Gremien nicht zustande bringen, schaffen die Mitarbeiter des PCP. Sie holen Experten aus Ägypten, Israel, Jordanien und dem Westjordanland an einen Tisch, die es tatsächlich schaffen, gemeinsame grenzüberschreitende Projekte in der Landwirtschaft, behutsame Bewässerung und Vermarktung der Erzeugnisse auf den Weg zu bringen. Ein schmackhaftes Produkt dieser gemeinsamen Anstrengung versprechen 2,6 Millionen Erdbeerpflanzen, die im Westjordanland und in Gaza als Teil des „Erdbeeren-für-den-Frieden-Projekts“ vielen Gärtnern und Kleinbauern sichere Erträge einbringt.

Einen wichtigen Beitrag sieht das Zentrum in der Rechtsberatung israelischer Araber. Allein über einhundert Bewohner Jaffas konnten dank der kostenlosen Beratung ihren Anspruch auf Schulweg- und Lernmittelfreiheit für ihre Kinder sowie Zugang zu den Dienstleistungen der kommunalen Stadtwerke, wie Abwasserentsorgung und sauberes Trinkwasser, geltend machen. Ein Betroffener meldete sich zu Wort: „Das PCP half mir und meinen Kindern öffentliche Dienstleistungen zu erhalten, von denen ich nicht einmal wusste, dass es sie gibt.“

Frieden ist ein großes Gut

Mit einem gewissen Stolz und zuversichtlichem Ausblick blicken die Mitarbeiter des PCP in die Zukunft. Heute arbeiten unter ihrer Leitung etwa 100 Nichtregierungsorganisationen, die sich zum Palästinisch-Israelischen Friedensforum zusammenschlossen. Sie sind aktiv in der Jugendarbeit, Ge-

sundheit, Bildung, Wirtschaft, Arbeit mit Senioren, Künstlern, Forschern, Religionsgemeinschaften und haben dabei vieles erreicht.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass kirchliche Pilgergruppen, die in Israel unterwegs sind, das Peres Center for Peace nicht auf ihrem Besuchsprogramm stehen haben. Besucher sind herzlich willkommen. Gesprächspartner aus Politik, Kunst, Wirtschaft beantworten gerne Fragen. Abseits der Pilgerströme und religiöser Nostalgie, kann der Christ und die Christin hier Frieden entdecken – verletzlich, unauffällig, nüchtern wie Glas und Beton des Centers, aber dennoch kraftvoll, menschenfreundlich, fröhlich, vielsprachig, jung, alt, ein Mosaik hiesiger Menschen, die zusammenwachsen, weil sie zusammengehören wollen.

Es ist spät geworden, viel haben wir gehört und erfahren. Palästinensische und israelische Fotokünstler zeigen ihre Werke und sprechen über ihr Projekt: Framing Reality, was sinngemäß übersetzt bedeutet: eingerahmte Wirklichkeit. Fotos sprechen mehr als Worte. Aber hier ist man nicht auf Negativ Schlagzeilen aus, sondern auf Gesten des Friedens in unruhigen Zeiten. Eine palästinensische Mutter in den besetzten Gebieten erhält eine Hibiskusblüte von einem jungen israelischen Soldaten. Ein zaghaftes Lächeln auf beiden Gesichtern. In der Altstadt Jerusalem: ein palästinensischer Süßwaren-Händler reicht einem weinenden jüdischen Jungen eine Dattel, erstaunte Gesichter der Erwachsenen. Diese Bilder schaffen es nicht in die Nachrichten. „Vielleicht ist das sogar besser“, meint einer der Künstler, „denn man muss sich Zeit für Friedensbilder nehmen, sie wirken lassen. Vorurteile abbauen braucht Zeit. Frieden braucht Zeit.“

Ich laufe zurück nach Tel Aviv, durch Jaffa, entlang der Beaches. In meinem Hotel angekommen erzähle ich Ludmilla, der

freundlichen, erst kürzlich aus Russland eingewanderten Empfangsdame an der Rezeption, von meinem abendlichen Spaziergang und der Schönheit des arabischen Jaffa. Staunend, beinahe ungläubig schaut sie mich an. Das sei doch viel zu gefährlich. Eine unsichere Gegend sei das. Gewaltbereite Menschen lebten dort. Der Künstler hat recht: Vorurteile abzubauen, braucht Zeit. Frieden braucht Zeit.

Website: www.peres-center.org

*Alois Schwarz,
Jahrgang 1954,
Studium der
Theologie in Saskatoon,
Halifax und
Winnipeg, Kanada.
Verschiedene
Lehrämter im Ausland.
Seit 2009
Pfarrer in Nördlingen,
Missionsbeauftragter*



Alois Schwarz

Städte der Zuflucht

Freiheit des Wortes und der Kreativität

Von Peter Ripken

Verfolgt, bedroht, drangsaliert – in vielen Ländern müssen Autoren um ihr Leben fürchten, wenn sie ihren Beruf kritisch ausüben. Das internationale Netzwerk „Städte der Zuflucht“ steht verfolgten Autoren bei.

Das Programm „Städte der Zuflucht“ begann 1995 als Projekt des Internationalen Schriftstellerparlaments (IPW). Verschiedene administrative Schwierigkeiten und die Auflösung der Internationalen Schriftstellerparlaments machten 2006 einen neuen Start nötig.

Seitdem wird das Programm vom International Network of Cities of Refuge (ICORN) mit Hauptsitz im norwegischen Stavanger koordiniert. Die Initiative wurde von Anfang an vom Europarat und vom Europäischen Parlament anerkannt. Zu den „Städten der Zuflucht“, die sich dem Netzwerk angeschlossen haben, gehören unter anderem Amsterdam, Barcelona, Brüssel, Paris, Oslo, Mexiko Stadt, Norwich, Reykjavik, Stockholm, Frankfurt, Hannover,

Krakow, Ljubljana und die Region Toskana sowie eine ganze Reihe von Städten in Norwegen, Schweden und Dänemark.

Anlässlich der 50. Frankfurter Buchmesse beschloss 1998 der Aufsichtsrat der Buchmesse, dieses Programm mitzutragen und so das Engagement des Unternehmens für die Freiheit des Wortes zu verdeutlichen. Frankfurt wurde so, nach Beschluss des Stadtparlaments, „Stadt der Zuflucht“. Das Projektmanagement für das Programm wurde vom Kulturamt der Stadt und der Frankfurter Buchmesse der gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika e.V. (litprom) im Hause der Frankfurter Buchmesse übertragen.

In der politischen Sozialisation vieler Menschen, die prägende Erfahrungen in den 60er Jahren gemacht haben, war nicht nur Meinungsfreiheit sehr wichtig, sondern auch die Einsicht, mit Meinungen und Worten sei es allein nicht getan, man müsse auch praktisch etwas tun. Als Salman Rushdie als damaliger Präsident des Internationalen Schriftstellerparlaments Mitte der

Neunzigerjahre dazu aufrief, Städte in Europa sollten verfolgten Autoren Zuflucht gewähren, war das für einige Menschen in der Kulturpolitik in Städten, so auch in Frankfurt am Main, eine überzeugende Idee, für die zu engagieren es sich lohnte. Als Deutsche haben wir da auch eine Art Bringschuld: Die wichtigsten deutschen Autoren fanden zwischen 1933 und 1945 Zuflucht in anderen Ländern, beispielsweise in den USA oder Mexiko.

Wie sieht Zuflucht konkret aus, was heißt das, dass eine Stadt Autoren Zuflucht gewährt?

In der Regel gewährt eine Stadt ein monatliches Stipendium, stellt eine Wohnung und schließt eine Krankenversicherung ab. Wichtiger aber ist: Der Autor/die Autorin muss Gelegenheit haben, am kulturellen Leben der Stadt teilzuhaben, sei es durch Lesungen, Begegnungen mit anderen Autoren oder auch Veröffentlichungsmöglichkeiten. Nicht als Verfolgte wollen die Autoren wahrgenommen werden, sondern eben als Autoren, als Schreibende, mit ihren Texten. Ziel des Programms ist es mithin, dass die Autoren fern der Heimat das tun können, was sie tun wollen und sollen, nämlich schreiben.

Generelles Problem dabei ist: Was machen die bedrohten Autoren, nachdem das Stipendium abgelaufen ist? Wird ihnen weiter Schutz im Exil gewährt? Oder können sie wieder in ihre Heimat zurückkehren?

Normalerweise bleiben verfolgte Autoren zwei Jahre in einer Stadt. Leider ist es

sehr häufig, dass sie danach nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Daher kümmert sich das Netzwerk auch um sie, wenn das erste Stipendium vorbei ist, und bemüht sich um weitere Stipendien oder Arbeitsmöglichkeiten. Das ist im Übrigen einer der Gründe, warum ein großes Netzwerk nötig ist. Der PEN Deutschland (poets essayists novelists) hat richtig er-



ICORN-Netzwerk-Treffen Krakau, Mai 2013, Jagiellonen-Universität. Vortrag Professor Timothy Garton Ash

kannt, dass ein Programm für Autoren im Exil notwendig ist, das mittlerweile sieben Stipendien vorsieht, zudem Aufenthaltszeiten in deutschen Städten von bis zu 3 Jahren vorsieht. In Skandinavien haben die Autoren durch das Programm Flüchtlingsstatus, sie können also bleiben und

sich um Tätigkeiten bemühen, die ihren Unterhalt sichern. Oft tun sie etwas, was nicht direkt mit ihrer schriftstellerischen Arbeit zu tun hat, sie unterrichten z.B. ihre Muttersprache oder aber Literatur aus ihrer Region. Denn von schriftstellerischer Arbeit können viele Autorinnen und Autoren nicht leben, sie müssen sich also durch andere Arbeit ernähren.

In anderen Ländern Europas, auch in Deutschland, ist der Aufenthalt zumeist an ein Stipendium gebunden. Wir lehnen es aber ab, verfolgte Autoren, die bei uns Zuflucht gefunden haben, in ein Asylverfahren zu zwingen. Denn es geht um Freiheit des Wortes, also auch der Kreativität, damit die Schriftsteller, die in ihrer Heimat verfolgt oder drangsaliert sind, wenigstens bei uns ungehindert schreiben können. Es

geht also nicht um Asyl oder etwa Flucht aus wirtschaftlichen Gründen.

Oft bleiben die Autorinnen und Autoren, wenn sie in einem fremden Land leben, ihrer Heimat sehr eng verbunden. Sie stellen sich dabei wichtige Fragen: Was bewirken sie in ihrer Heimat? Haben sie dort Einfluss oder geraten sie in Vergessenheit?

Gerade in Zeiten von Facebook und anderen Möglichkeiten des Internet gilt: Vergessen wird keiner, aber mit dem Einfluss ist es oft schwierig. Der Autor Chenjerai Hove aus Simbabwe, der bereits seit 2001 zuerst in Frankreich, dann in Norwegen lebt, war auch im Exil wichtiger Kolumnist einer kritischen Wochenzeitung seiner Heimat, die dann verboten wurde. Auch Horacio Castellanos Moya aus El Salvador, der von 2004 bis 2006 in Frankfurt Zuflucht gefunden hatte und endlich ungehindert von Morddrohungen literarisch arbeiten konnte, ist mittlerweile als einer der wichtigen lateinamerikanischen Autoren anerkannt. Er kann mit seinen Romanen auch in El Salvador nicht mehr ignoriert werden.

Freilich ist die Situation anderer Autoren eher prekär. Autoren aus dem Irak z.B. orientieren sich eher an ihren neuen „Heimatländern“, auch wenn sie das Internet als Veröffentlichungsmöglichkeit nutzen. Das Internet macht möglich, woran vor zehn Jahren noch niemand gedacht hat: Ein Autor mag zwar im Exil leben, doch in der Heimat kann er so durchaus präsent sein.

Das Netzwerk der Städte der Zuflucht ist noch eine junge internationale Organisation. Es ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Aber es wird wachsen müssen, weil es eine steigende Zahl von gefährdeten

Autoren in vielen Ländern gibt, die darauf warten, dass eine Stadt sie aufnimmt. Die Warteliste umfasst momentan mehr als 40 Einzelschicksale, deren Situation vom PEN International geprüft worden ist. ICORN ist in Kontakt mit zahlreichen Städten in Europa, Lateinamerika und Südosteuropa, damit diese Städte bald verfolgte Autoren aufnehmen können. Dabei helfen immer wieder Autorinnen und Autoren, die sich im PEN engagieren, um sich für verfolgte Schriftsteller einzusetzen.

LINK extern: <http://www.icorn.org>

Peter Ripken, 1942 im polnischen Bielsko-Biala geboren, studierte Soziologie, Publizistik und vergleichende Literaturwissenschaft und arbeitete in der Entwicklungsarbeit u. a. in Afrika. Er war Mitgründer der



Peter Ripken

deutschen Anti-Apartheid-Bewegung, Leiter der Informationsstelle Südliches Afrika (issa) und als Journalist für verschiedene Medien tätig, unter anderem in der Afrika-Redaktion der Deutschen Welle in Köln. Von 1987 bis 2007 war er Direktor der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika (litprom) in Frankfurt. Von 2007 bis 2009 betreute u. a. für die Frankfurter Buchmesse das Internationale Zentrum. Peter Ripken ist seit 1997 für „Städte der Zuflucht“ aktiv und wurde im April 2009 in Barcelona zum Vorstandsvorsitzenden des Netzwerks gewählt.

Bolivians verschwundene Kinder: Ein dunkler Schatten

Von Jürgen Schübelin

Mit ihrer dilettantisch-devoten Unterwerfungsgeste gegenüber der US-Administration und der Verweigerung der Überflugrechte für die Maschine des bolivianischen Staatspräsidenten auf der Rückreise von Moskau nach La Paz, verhalten die Regierungen Frankreichs, Italiens, Spaniens und Portugals Anfang Juli dem für 13 Stunden spektakulär in Wien gestrandeten Evo Morales nicht nur zu ungewohnter internationaler Aufmerksamkeit, sondern auch zu einem neuerlichen Popularitätsschub im eigenen Land. Der durch den Verdacht, dass sich der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden an Bord der bolivianischen Präsidentenmaschine befinden könnte, ausgelöste diplomatische Eklat trug dazu bei, dem zuletzt durch eine Reihe interner Konflikte – aber auch durch wachsende Unzufriedenheit an der eigenen Basis – angekratzten Image der MAS-Regierung (Movimiento al Socialismo - Bewegung zum Sozialismus) neuen Glanz zu verleihen. Dabei hatte sich in Bolivien in den zurückliegenden Jahren vieles zum Besseren entwickelt: Die Anzahl von Kindern, die unter Armut und extremer Armut leiden, ist heute niedriger als zu Beginn der Regierungszeit von Evo Morales. Seitdem der Staat die Erdgas-Produktion in die eigenen Hände nahm und etwa Bergbauunternehmen sehr viel angemessener besteuert, stiegen die Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Soziales und Infrastruktur deutlich. Kinderrechte haben in Bolivien seit 2008 Verfassungsrang. Sämtliche Komponenten des UN-Kinderrechte- und Kin-

desschutz-Systems wurden vom Parlament in La Paz ratifiziert. Aber es gibt dunkle Flecken: In dem immer noch ärmsten Land auf dem südamerikanischen Kontinent breitet sich wie ein Krebsgeschwür ein neues Problem aus, das von seiner Dimension her selbst Experten den Atem verschlägt: Die Entführung und der Handel mit Kindern – vor allem mit dem Ziel ihrer sexuellen Versklavung.



Bild eines verschwundenen Mädchens am Flughafen

Man muss schon genau hinsehen, sonst übersieht man sie: Kleine, zum Teil handgeschriebene Hinweise auf Busbahnhöfen an die Wand geklebt, eine schlechte schwarz-weiß Fotokopie an einer der Außentüren des Flughafens El Alto, ein unscharfes Gesicht – heraus vergrößert aus dem Foto einer Schulklasse – an der Pinnwand einer Nichtregierungsorganisation: Die verlorenen Kinder Bolivians haben es schwer, sich im Bewusstsein ihrer Mitmenschen zu halten. 239 Mädchen und Jungen sind 2012 in La Paz spurlos verschwunden, 226 waren es in der mittlerweile zweitgrößten Stadt Bolivians, El Alto,

245 in Santa Cruz und 161 in Cochabamba: „Das sind aber nur die offiziellen Zahlen der Polizei – und auch nur die der vier größten Städte“, sagt Susana Aillón, Psychologin bei der Fundación La Paz und eine der tiefen bolivianischen Kennerinnen in Sachen *trata* – organisiertem Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen oder Sklavenarbeit ähnlichen Ausbeutung der Opfer. „Wir alle wissen, das ist nur die Spitze des Eisbergs.“

Die 14-jährige Viviana aus dem distrito 1 der inzwischen mit 1,1 Millionen Einwohnern am schnellsten wachsenden Metropole Boliviens, El Alto – auf 4150 Meter Höhe – ist seit einem Monat verschwunden. Auf dem winzigen Foto, das ihre Mutter in der verzweifelten Hoffnung, dass irgendjemand ihr Kind gesehen hat, überall in El Alto in

Chance mehr, sie jemals zurückholen zu können.“

Bolivien hat sich – von der weltweiten Öffentlichkeit so gut wie unbemerkt – innerhalb weniger Jahre zu einem der wichtigsten lateinamerikanischen „Exportländer“ von Kindern entwickelt. Es sind nicht mehr junge Frauen, die – wie noch vor einigen Jahren – die Hauptzielgruppe für Menschenhändlerbanden bilden, erläutert Susana Aillón; mittlerweile geht es um Kinder und zwar vor allem Mädchen ab dem Alter von fünf Jahren, für die es einen internationalen Markt mit einer offenbar unstillbaren Nachfrage gibt. Marianela Paco, Parlamentarierin und Mitglied im Menschenrechts-Ausschuss des bolivianischen Abgeordnetenhauses, schockte 2012 die Fachöffentlichkeit mit Daten aus einer Polizeistatistik, nach der sich in den vergangenen zehn Jahren die Zahlen von durch kriminellen Organisationen aus Bolivien verschleppten Kindern und Jugendlichen praktisch verdoppelt haben.

Für das Fundación La Paz-Team hat sich das Alptraum-Thema *trata* innerhalb von kurzer Zeit zu einem unfreiwilligen – und extrem gefährlichen – Arbeitsschwerpunkt entwickelt: Denn ursprünglich konzentrierte sich die 1996 aus der katholischen Erzdiözese

La Paz heraus gegründete und dabei von Anfang an von Kinderschutz unterstützte Stiftung auf das pädagogische und sozialarbeiterische Engagement mit Straßenkindern in der bolivianischen Hauptstadt. Modellprojekte wie Sarantañani, ein in drei Stufen gegliedertes Rehabilitationsangebot für Jungen, die teilweise jahrelang auf der Straße gelebt hatten, oder Oqharikuna, das



Blick auf La Paz – höchstgelegene Hauptstadt der Welt

Geschäften und bei Nichtregierungsorganisationen verteilt, schaut das Mädchen ernst und stolz. Um den Hals trägt sie eine Schärpe, offenbar von einer Veranstaltung in der Schule. „Es kommt in solchen Fällen auf jeden Tag an“, weiß Susana Aillón aus ihrer langjährigen Erfahrung; „werden die Kinder erst einmal über die Grenze geschafft, gibt es praktisch keine



Sarantañani – Zentrum für Jungen, ehemalige Straßenkinder

Pendant für Mädchen und junge Frauen, setzten mit ihren anspruchsvollen Strategien und klug durchdachten Konzepten internationale Standards. „Doch die Problematik der Kinder, die früher tagsüber auf den Straßen und Plätzen von La Paz gelebt und nachts unter Brücken geschlafen haben, ist heute eine andere“, erklärt Raúl Velasco, der für Sarantañani verantwortliche Pädagoge.

Denn auch in der bolivianischen Hauptstadt hat – wie in fast allen lateinamerikanischen Metropolen – in den zurückliegenden Jahren ein atemberaubender Gentrifizierungs-Prozess stattgefunden. Die Stadtregierung investierte erhebliche Mittel, um Plätze und Grünanlagen zu schaffen. Immobilienspekulanten und Großinvestoren filetierten und veränderten das Stadtbild von La Paz rasant. Die Preise für Wohnungen explodierten. Zehntausende der ärmeren Bewohner verloren ihre Domizile und wurden an die Peripherie der Stadt – vor allem nach El Alto – verdrängt. Und es verschwanden alte, unbewohnte Häuser, Bauruinen und Schlafplätze unter Brücken, die den Kindern Unterschlupf bieten konnten. Die brutale Repression der Polizei tat ihr Übriges, um die Kinder zumindest die Nächte nicht mehr auf den Straßen verbringen zu lassen.

Dafür entstanden ganz neue Geschäftsmodelle, sogenannte telos (abgekürzt von Hotelitos), Billigabsteigen, extrem prekär, extrem schmutzig, in die sich Gruppen von Kindern nachts einmieten können. Das Geld dafür müssen sie tagsüber verdienen, als boceadores, Ausrufer und Begleiter der winzigen Kleinbusse, über die der größte Teil des öffentlichen Personennahverkehrs in La Paz abgewickelt wird, als Lastenträger, Autowäscher, Parkplatzwächter, durch Diebstähle und sexuelle Dienstleistungen. „Die Kinder sind durch die telos viel verwundbarer geworden“, ist sich Raúl Velasco sicher. „Hier sind sie unsichtbar – und absolut schutzlos Allem ausgeliefert, was man sich an Entsetzlichem vorstellen kann“: Drogenhändlern auf der Suche nach neuen Dealern und neuen Kunden, enthemmter Gewalt und sexuellem Missbrauch durch Erwachsene oder ältere Jugendliche, aber auch den in La Paz und El Alto entstandenen Jugendgangs, die nach dem Vorbild der mittelamerikanischen maras mittlerweile ganze Viertel terrorisieren und – ganz oben in dieser perversen Hierarchie – eben jenen kriminellen Organisationen, die sich mit trata, mit Menschenhandel – präziser gesagt – mit Kinderhandel beschäftigen.

Normalerweise werden Kinder dabei nicht einfach von der Straße weg entführt, erläutert der Fundación La Paz-Direktor und Psychologe Dr. Jorge Domic. In den meisten Fällen, die sich rekonstruieren ließen, wurde das „Verschwinden“ der Kinder sorgfältig geplant und beginnt mit einem perfiden Prozess der schleichenden Korruption. Kleine Geschenke am Anfang: Eine Cola, ein Besuch in einem Fast-Food-Restaurant, ein Lippenstift, Süßigkeiten. Teilweise sind es Frauen, die sich das Vertrauen der Kinder erschleichen. Dann kommt die Einladung, mal einen Ausflug

zu machen, in einem schicken Auto mitzufahren. Und eines Tages sind die Kinder weg. „Meiner Freundin wurde eine Stelle in einem Restaurant angeboten“, berichtet eines der Mädchen gegenüber Straßensozialarbeitern der Fundación La Paz. Wo? Keine Ahnung. Seit wann? Keine Ahnung. Mit wem ist sie weggegangen? Keine Ahnung ...

„Diese Kinder haben niemand, der ihr Verschwinden anzeigt. Und ...“, fügt Susana Aillón voller Bitterkeit hinzu, „... es gibt auch niemanden, der sich für ihr Verschwinden interessieren würde“. Was danach folgt, hat das Netzwerk der bolivianischen Organisationen, die sich mit trata beschäftigt (Observatorio de la trata), wie bei einem gigantischen Puzzle Stück um Stück, Indiz um Indiz, zusammen zu setzen versucht: Natürlich gibt es zunächst einmal so etwas wie einen bolivianischen Binnenmarkt, auf dem aber auch Kriminelle aus Peru, Kolumbien und anderen lateinamerikanischen Ländern mitmischen, mit einer wachsenden Nachfrage nach Kindern, die kommerzieller sexueller Gewalt unterworfen werden. Weil im Land immer größere Geldmengen zirkulieren, die durch die klandestine Kokain-Produktion und den Drogenhandel erwirtschaftet werden, wächst auch die Nachfrage nach Kindern als Sexualobjekten. Einhalt gebietet den Tätern dabei so wie gut wie niemand. Denn diese kriminellen Strukturen sind in der Lage, staatliche Institutionen nach Belieben zu unterwandern, Polizisten, Militärs, Zollbeamte, Staatsanwälte, Richter, Abgeordnete und Regierungsbeamte zu bestechen. Ganze zehn Festnahmen gab es im vergangenen Jahr in Bolivien wegen Menschenhandel. Aber in keinem einzigen Fall kam es, wie das nationale Netzwerk gegen trata dokumentiert, zu einer Anklage oder gar einer Verurteilung.

„Ein ganz besonderes Problem stellen

auch die Lastwagenrouten quer durch Bolivien dar“, erläutert Susana Aillón. „Dort, wo Lastwagenfahrer Rast machen, gibt es Alkohol, Koka und kommerzielle sexuelle Gewalt gegen Kinder“. Der mächtige Verband der Lastwagenfahrer und -Besitzer Boliviens zeigte sich bislang völlig resistent gegenüber jeder Art von Versuch, mit den Organisationen aus dem Netzwerk gegen trata ins Gespräch zu kommen.

Doch ein Großteil der verschwundenen Kinder wird von ihren Peinigern über kurz oder lang ins Ausland geschafft. Die Routen führen über Brasilien, Argentinien, Paraguay, Peru und Chile. Allein über 700 km erstreckt sich die „grüne“ Grenze zu Paraguay – quer durch den Chaco – praktisch von nichts und niemanden zu kontrollieren. Oder der Grenzfluss Río Bermejo zwischen Bolivien und Argentinien: Hier sprechen die Einheimischen von Espaldas Mojadas, nassen Schultern, wenn Kinder von Schleußerbanden mit Hilfe von Gummireifen ans andere Ufer geschafft werden. Es geht auch einfacher: „Die Grenze zu Brasilien in Cobija, im tropischen Departament Pando, ist auch über ganz normale Straßen praktisch ohne jede Kontrolle und jegliche Registrierung zu passieren“, erläutert Susana Aillón; „wir befürchten, dass auf dieser Route ein großer Teil der verschwundenen Kinder nach Brasilien verschleppt wird.“ Teilweise ist im Nachbarland dann Endstation: In Bordellen, bei Pädophilen-Ringen oder bei „Einzelkunden“, so Jorge Domic, „die sich ein Kind bestellen, indem sie auf einschlägige Anzeigen, wie ‚Biete 30 Kilogramm Frischfleisch‘ reagieren.“

Immerhin: Ende Juli unterzeichnete ein Richter Haftbefehle für drei Justizangestellte aus Puerto Suárez, dem Grenzposten an der Haupttroute hinüber in den brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul und von dort weiter nach São Paulo und

Rio de Janeiro. Sie stehen unter dem dringenden Verdacht, die Verschleppung von über 60 Kindern und Jugendlichen mit dem Ziel der sexuellen Versklavung mitermöglichst zu haben. Der Polizei gelang es jedoch lediglich, drei der Mädchen noch auf bolivianischem Territorium zu befreien.

Aber dokumentiert sind auch Fälle, in denen sich die Spur in Europa, den Golfstaaten – oder gar China – verliert. Transportiert werden die Kinder, so die Recherchen des bolivianischen Anti-Menschenhandels-Netzwerkes, oftmals in den Frachträumen der Flugzeuge, eingeschlafert, unter Drogen und Narkose gesetzt, in Containern und größeren Gepäckstücken versteckt. „Wir mussten lernen, dass sich immer wieder auch Ärzte für diese Geschäfte hergeben“, berichtet Susana Aillón, „und wir wissen natürlich auch, dass Kinder teilweise deswegen nach Europa geschafft werden, um ihnen ihre Organe zu stehlen.“

Bei alledem geht es um gigantische Gewinne für die kriminellen Netzwerke, die hinter den Entführungen stehen: Die Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) errechnete Ende 2012, dass mit der trata allein in Lateinamerika jährlich 6,6 Milliarden US-Dollar verdient werden. Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, habe sich, so Experten des Staatenbündnisses, zum drittprofitabelsten Geschäftsfeld weltweit entwickelt.

Ganz selten finden einzelne Mädchen und Jungen einen Weg zurück. Janneth Pérez, ebenfalls Psychologin und Programmleiterin der Organisationen Maya Paya Kimsa, die sich in El Alto seit über zehn Jahren sehr erfolgreich in der Sozialarbeit mit Kindern, die auf Straßen und Plätzen leben, engagiert, schildert das Schicksal eines Mädchens aus diesem Projekt, das nach Brasilien verschleppt wurde und dann nach langen Zeit plötzlich wieder in Maya

Paya Kimsa auftauchte – schwerkrank: „Sie war nur noch eine Schatten ihrer selbst. In einem Bordell hatte man sie so oft vergewaltigt, dass sie sich eine schwere Unterleibsinfektion holte, die nie behandelt wurde und deswegen Magen und Darm erfasst hatte.“ In diesem Fall kam jede Hilfe zu spät: Obwohl Janneth und ihr Team alles versuchten, um doch noch eine Krankenhausbehandlung zu organisieren, starb das Mädchen nach wenigen Wochen an ihrer Sepsis.

Gibt es für Nichtregierungs-Organisationen angesichts dieses ungleichen Kampfes überhaupt eine Chance, etwas für die betroffenen Kinder und Jugendlichen erreichen zu können? Susana Aillón sieht das ganz nüchtern: „Trata ist in Bolivien ein gesellschaftliches Problem.“ Kriminelle, mafiose Organisationen haben dann, wenn ihre Opfer nicht gerade aus der Oberschicht oder aus der neuen politischen Elite kommen, wenig zu befürchten. Deshalb geht es der Fundación La Paz darum, zunächst einmal eine möglichst breite Öffentlichkeit zu informieren, aufzurütteln, zur Gegenwehr zu bewegen. Im Rahmen eines gemeinsam mit Kindernothilfe entwickelten Projektes, das auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt wird, trainieren Psychologen und Sozialarbeiter Kinder aus Risikogruppen systematisch darin, wie sie die Gefahr, Opfer von Verschleppungen zu werden, rechtzeitig erkennen können. Geübt wird aber auch, den Peinigern wieder zu entkommen, sobald sich dafür auch nur die kleinste Chance bietet.

In drei therapeutischen Zentren arbeiten die Fundación La Paz-Teams mit Kindern, die bereits Opfer von sexueller Gewalt in allen ihren Ausformungen geworden sind. Hier geht es vor allem darum, hoch traumatisierte, verletzte Kinder zu stabilisieren,

ihnen espacios seguros, sichere Räume und einen Weg zurück zum eigenen Selbstwertgefühl anzubieten. In den Therapien wird ganz viel getanzt, mit der Methode des Psycho-Dramas gearbeitet und versucht, wo irgend möglich, familiäre Unterstützungssysteme zu identifizieren und einzubeziehen: „Das ist wie eine ganz mühsame Wiederaufbauarbeit – nach der vorausgegangenen, fast völligen Zerstörung“, beschreibt Gisela Campo, die Projektverantwortliche dieses Teils der Fundación La Paz-Arbeit, ihre Aufgabe. Und dann gibt es noch RIBUTRA – el rincón del buen trato, den Ort des Guten-Miteinander-Umgehens. RIBUTRA ist das erfolgreiche, seit Jahren erprobte Gewalt-Präventionsprojekt der Fundación La Paz mit Kindern und Jugendlichen, das mittlerweile Tausende von Mädchen und Jungen aus der bolivianischen Hauptstadt kennen – und das in dieser David-gegen-Goliath-Auseinandersetzung gegen die kommerzielle sexuelle Gewalt und das Krebsgeschwür der trata eine unverzichtbare Rolle spielt.

Zu den ganz wichtigen Erfolgen des Fundación La Paz-Teams gehört, gemeinsam mit den anderen Netzwerkpartnern erreicht zu haben, dass es in Bolivien jetzt endlich ein nationales Gesetz gegen trata und Menschenhandel gibt. Anfang dieses Jahres wurden nun auch die Ausführungsbestimmungen zu dieser Ley 263 verabschiedet. Susana Aillón und ihre Mitstreiter haben sogar durchgesetzt, dass sich das Parlament der Anden-Staaten mit Sitz in Bogotá, Kolumbien, erstmals mit der Problematik der verschwundenen Kinder beschäftigte. Und im Rahmen des Fundación La Paz-Kinder-nothilfe-BMZ-Projektes wird es zusammen mit den bolivianischen Schulbehörden eine Überarbeitung aller Lehrpläne mit dem Ziel, trata und Menschenhandel, aber auch das Problem der sexuellen Gewalt gegen

Kinder ausführlich im Unterricht zu bearbeiten, geben. „Wir wissen, dass wir immer noch am Anfang dieser Auseinandersetzung stehen“, sagt Susana Aillón, „aber wir werden von Monat zu Monat mehr, die sich mit diesen Verbrechen gegen Kindern einfach nicht mehr abfinden.“

Darüber, dass sie von ihren ärgsten Feinden nicht gebührend wahrgenommen werden, können sich Susana Aillón und ihre Kollegen von der Fundación La Paz nicht beschweren: Ihr jüngstes Buch mit einer Untersuchung über kommerzielle sexuelle Gewalt und den Menschenhandel mit Kindern als Opfer – *Existimos Sin Existir* (Wir existieren, ohne zu sein) – war noch nicht aus der Druckerpresse, als sich im Sitz der Fundación elegant gekleidete Individuen vorstellten, die unbedingt die Publikation, die zu diesem Zeit noch nirgendwo öffentlich angekündigt war, kaufen wollten. Und aus dem bolivianischen Innenministerium erreichte Jorge Domic zeitgleich das Schreiben eines ranghohen Beamten, der die Fundación in harschem Ton aufforderte, alle ihre Quellen und Kontakte rund um die Recherchen zu diesem Buch offen zu legen und eben diesem Beamten zugänglich zu machen. „Als wir uns diskret im Ministerium erkundigten, wie wir mit dieser Aufforderung umgehen sollten“, erinnert sich Domic, „rieten uns mehrere Mitarbeiter, die unsere Arbeit kennen, dringend, diesem Mann nichts, aber auch gar nichts von unseren Informationen preiszugeben.“

Zum Weiterlesen:

- Susana Aillón Soria (2013). *Existimos sin Existir – Investigaciones y Ensayos sobre la Trata de Personas, especialmente Violencia Sexual Comercial*. La Paz.
- Fundación La Paz eds. (2011). *Para transformar este Mundo Sórdido – Sistematización de la Experiencia Socioeducativa de*

Trabajo con Niños, Niñas y Adolescentes en Situación de Violencia Sexual Comercial. La Paz.

- <http://traficodepessoas.org/site/2012/12/04/bolivia-observatorio-de-trata-de-personas>

Jürgen Schübelin

ist 57 Jahre alt, von Beruf Sozialwissenschaftler (M.A.) und außerdem gelernter Tageszeitungsredakteur (Badische Zeitung, Freiburg). Er hat 12 Jahre lang in Lateinamerika als Entwicklungshelfer für EIRENE, Brot für die Welt und die AGEH gearbeitet, war nach seiner

Rückkehr nach Deutschland anderthalb Jahre als Redakteur beim „überblick“ in Hamburg tätig, ehe ihn die Kindernothilfe im Oktober 1999 zu ihrem Lateinamerika- und Karibik-Referatsleiter berief. Mitglied beim BRSD ist er ebenfalls seit 1999 – und lebt mit seiner Familie in Duisburg.



Jürgen Schübelin

Bericht über die Frühjahrstagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins

QUO VADIS, Evangelische Kirche?

Von Renate Witzlau

Während die Medien sich tagelang ausführlich mit dem neuen Papst und der katholischen Kirche beschäftigten, fand 15.–17. März 2013 in Erfurt die Frühjahrstagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) statt unter dem Thema: Dietrich Bonhoeffers Kirchen- und Gemeindeverständnis und die Restauration in der Kirche.

Wie sich die Evangelische Kirche in den nächsten Jahren weiterentwickeln sollte, ist unter Christen umstritten. Handelt es sich bei der nachlassenden Bindung der Menschen an ihre Kirche wirklich nur um eine vorübergehende Störung, wie das bereits Karl Barth 1934 sehr kritisch hinterfragte?

Diesem Problemereich stellten sich am Wochenende etwa 50 Teilnehmer unter der Leitung von Pfarrer Dr. Karl Martin und Pfarrerin Barbara Wirsen Steetskamp, die dazu kompetente Referenten engagiert hat-

ten wie z.B. Professor Dr. Eberhard Mechels sowie den Pfarrer und Neutestamentler Jisk Steetskamp. Der Tagungsort für dieses aktuelle Thema war mehr als angemessen: die altehrwürdigen Mauern des Augustinerklosters in Erfurt, wo Martin Luther seine Klosterjahre verbracht hatte und um Klarheit rang.

In einer Zeit der Rationalisierungsmaßnahmen, in der auf Druck kirchlicher Behörden kleinere Gemeinden häufig gegen ihren Willen aufgelöst und zusammengelegt werden, stellt sich die Frage, inwiefern unsere Kirche noch „Christus verwirklicht“, lebendiger „Leib Christi“ ist, wie es das Neue Testament formuliert. Passt sich unsere Kirche nicht zu sehr dem Zeitgeist an, bei dem Effektivität, Erfolgsbilanzen und finanzielle Absicherung zum Leitbild gehören? Dr. Michels stellte fest, dass die Ökonomisierung aller Lebensbereiche letztlich auch die Religion entwertet – sie wird zur Privatsache.

Ist nicht auch das Impulspapier der Ev. Kirche Deutschlands (EKD) „Kirche der Freiheit“ (2006), das Orientierung geben wollte, als eher hilfloser Versuch zu bewerten, diese Säkularisierungstendenzen und die wachsende Entfremdung der evangelischen Christen zu ihrer „Amts“-Kirche mit dem positiven Begriff „Freiheit“ zu bezeichnen, fragten sich die Teilnehmer. Pluralismus und Beliebigkeit als Chance? Frömmigkeit des Einzelnen statt gelebter Gemeinschaft?

Die packenden Referate und Diskussionen über das Kirchen- und Gemeindeverständnis Bonhoeffers und über die Vielfalt der Vorstellungen von Gemeinde, wie sie im Neuen Testament deutlich werden, machten klar: Das Verhältnis von Gemeinde und Kirche bedeutet nach biblischem Verständnis nicht: hier bestimmende Amtskirche, da untergeordnete Einzelgemeinden. Christus ist als Gemeinde existierend, wie es Bonhoeffer formuliert. Kirche existiert also nur als lebendige Gemeinde, und diese Gemeinde ist eine konkrete Gemeinschaft von Menschen. Als „Leib Christi“ verwirklicht sie Christus im „Beten und Tun des Gerechten“ (Bonhoeffer), d.h. im Dienen, im Dasein für Andere, im Zuhören, Stärken, Trösten, Wertschätzen, in Not Unterstützen, auch gemeinsam Feiern und Trauern. Kann das eine privilegierte Kirche leisten, die als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ gilt? Hat sich die Evangelische Kirche nach 1945 nicht mit ihren Restaurations- und Zentralisierungstendenzen einer wichtigen Neubesinnung verweigert, wie sie bereits Bonhoeffer skizziert hatte, und so zu einer wachsenden Entfremdung ihrer Mitglieder beigetragen?

Basis der Kirche sind die konkreten Gemeinden. Das war Konsens. Worin geht nun Gemeinde auf? Sicherlich nicht nur im oft schwach besuchten sonntäglichen

Gottesdienst, war das Resümee der Gruppe. Die Mitte der Gemeinde ist nicht beliebig – wenn Christus die Mitte ist, dann ist, neben der Verkündigung, die Sorge für Benachteiligte, das Dienen, zentral: diakonisches Handeln. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist aber per Verordnung von oben machbar und planbar. Die Kirche sollte sich nicht vorrangig als religiöse Dienstleistungs-Organisation verstehen, sondern dem Anpassungsdruck von Staat und Gesellschaft widerstehen. Den Christen täte mehr Demut gut, die mit Gottes Gegenwart rechnet, wo immer Menschen sich in Liebe anderen Menschen öffnen und zuwenden.

Ein Höhepunkt der Tagung war am Samstagabend in der Michaeliskirche die äußerst eindrucksvolle Darbietung eines Theaterstücks von Jackson Ho und Brigitte Hübner aus Berlin, das unter dem Titel: „Glaube-Liebe-Widerstand-Zivilcourage“ das Ringen Bonhoeffers um Wahrheit, Glaubenstreue und Widerstand angesichts von Folter- und Todesdrohungen seiner Feinde in Szene setzte.

Fazit: Die Erfahrung von gelingender Gemeinde war in dieser Tagung konkret spürbar: gute Gespräche, das Ringen um Klarheit und um positive Ansätze für die konkrete Arbeit vor Ort: Offenheit, Zuhören, Wertschätzung und das Gefühl der Verbundenheit im Glauben, das sich am Schluss auch in einem Gottesdienst im Kapitelsaal des Augustinerklosters manifestierte. Der Bonhoeffer-Verein hat mit dieser Tagung wichtige Impulse zu einer Stärkung der Gemeinden gegeben und die Notwendigkeit eines veränderten Kirchenbegriffs und einer Neuorientierung der EKD betont.

Homepage des Vereins:
www.dietrich-bonhoeffer-verein.de

Renate Witzlau,
geb. 1950 in Frankfurt,
verheiratet mit Armin Witzlau, Pfarrer i.R.,
2 Kinder.
Studium der ev. Theologie und Romanistik
in Frankfurt und Marburg.
Unterrichtet seitdem an Gymnasien Franzö-
sisch und Religion.
In den letzten 10 Jahren regelmäßige Organi-
sation von Schulgottesdiensten und Menschen-

rechtsveranstaltungen
in der Schule.
War als Pfarrfrau 20
Jahre aktiv in der
Gemeindearbeit in
Rodgau.
Aktives Mitglied von
Amnesty, Mitarbei-
terin des Dietrich-
Bonhoeffer-Vereins.



Renate Witzlau

August Bleier (1882–1958) – Pazifist und Religiöser Sozialist

Von Karlheinz Lipp

In der Zeit der Weimarer Republik zählte Bleier zu den wichtigen Vertretern des Pazifismus und Religiösen Sozialismus und unterschied sich damit deutlich von vielen anderen Geistlichen Deutschlands.

Werdegang

Bleier stammte aus einer Pfarrersfamilie und studierte Evangelische Theologie in Halle/Saale, Tübingen sowie Bonn. Nach seiner beruflichen Tätigkeit in Gemeinden des Rheinlands wirkte er von 1915 bis 1953 als Pfarrer an der Trinitatiskirche in Berlin-Charlottenburg. Anfang 1918 trat Bleier der Losen Vereinigung evangelischer Friedensfreunde und Ende dieses Jahres der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei bei. Im Jahre 1920 schloss sich Bleier der SPD an. Von 1920 bis 1923 leitete der Geistliche die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft. Der Demokrat, Pazifist, Religiöser Sozialist und Antifaschist stieß in seiner Gemeinde auf reaktionäre Gegner, die ihn – allerdings vergeblich –

aus dem Amt zu drängen versuchten, besonders nach 1933. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs leitete Bleier von 1946 bis 1952 den Wiederaufbau von Trinitatis.

Pazifist

Bereits im Oktober 1917 unterzeichnete Bleier den Friedensaufruf seines damaligen Kollegen Karl Aner. Diese friedentheologische Resolution erregte weit über Berlin hinaus großes Aufsehen. In der Zeit der Weimarer Republik sprach sich Bleier gegen die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und für die Kriegsdienstverweigerung aus. Der Friedenspfarrer kritisierte die religiöse Verherrlichung von Gewalt, Krieg und Militarismus. Hass und Rache müssten – so Bleier – durch Liebe und Versöhnung überwunden, die Todesstrafe abgeschafft werden. Im Dezember 1919 unterzeichnete er eine Resolution, die eine deutliche Reduzierung der Reichswehr forderte und vor einem Putsch monarchistischer Frontsoldaten warnte – eine prophetische Warnung angesichts des Kapp-Putschs vom März 1920.

Im Jahre 1922 verurteilte Bleier die Ermordung des jüdischen Außenministers Walter Rathenau durch Rechtsradikale. Im gleichen Jahr unterzeichnete er einen Aufruf der Französischen und Deutschen Liga für Menschenrechte zur Verständigung und Aussöhnung. Der Pazifist wollte dem Revanchismus entgegentreten, indem er auf die Zerstörungen während des Ersten Weltkriegs in Belgien (ein neutrales Land) und Frankreich durch die deutsche Armee hinwies. Deutschland habe eine moralische Pflicht zur Wiedergutmachung.

Besonders die Ursachen und Folgen des preußisch-deutschen Militarismus sollten analysiert werden. „Diesem Ungeist den Krieg zu erklären, ihn zu geißeln in scharfen Worten und ihm Widerstand entgegenzusetzen durch die Tat, ist nationale Pflicht, Liebe zum und im besten Sinne Dienst am Volke, ganz im Sinne der großen Propheten Alt-Israels, die darin ihre prophetische Aufgabe erblickten, gegenüber allem Siegestaumel, nationalistischem Dünkel ihre warnende Stimme zu erheben, trotzdem sie deshalb als Landesverräter gebrandmarkt und des Landes verwiesen (Amos) oder gekreuzigt wurden (Jesus).“ (Bleier, Die neue Gesellschaft, S. 14)

Am 19. August 1926 wurde die Gruppe Revolutionärer Pazifisten gegründet, die ganz auf Kurt Hiller zugeschnitten war. An der konstituierenden Sitzung nahmen u.a. Kurt Tucholsky, Helene Stöcker und August Bleier teil. Zentrale Aspekte dieser Friedensorganisation umfassten u.a.: Allgemeine Abrüstung und Abschaffung jeglicher Militärverbände, Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht, Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Ursache von Kriegen durch eine soziale Revolution.

Religiöser Sozialist

Zum einjährigen Jubiläum der Novem-

berrevolution formulierte der Charlottenburger Pfarrer seine religiös-sozialistische Position: „Denn echte christliche Religion ist revolutionär, umwälzend [...] darum Revolution gegen die Lüge, daß das Privateigentum als solches heilig sei, daß das Geld an sich ein Segen sei, daß Macht vor Recht gehe, Kampf gegen die mammonistische Gesinnung, den Privatprofit, die Knechtung der Menschen unter das Geld, unter die Verhältnisse [...]

Laßt Euch nicht wieder von dem gottlosen Kriegs-, Haß- und Revanchegeist erfüllen, der Sedanfeiern und Schlachtstage religiös zu weihen wagt. Maschinengewehre und Handgranaten segnet. Vereinigt Euch mit uns zu einem Friedenssonntag, wo der Protest erklingt gegen Gewalt und Rohheit und das Weihnachtsevangelium 'Friede auf Erden' alle, die guten Willens sind, fortreißt in revolutionärer, religiöser Leidenschaft!

Das ist das Eine. Das Andere aber ist dies: Tretet auf gegen die verwüstende Propaganda des Rassenhasses! Seid Revolutionäre auch gegen den Rassenhaß! Wer Antisemit ist, kann kein Christ sein!“ (Neuwerk, 1919/20, S. 543f.)

Bleiers Jesus-Bild ist typisch für die religiös-sozialistische Bewegung. Jesus „stand gegen die Reichen, auf Seiten der Armen. [...] Er sah vor sich die Masse all der Unglücklichen, die erstickten im Geldsystem, in dem Moloch, der alles frißt, der die Menschen zu unersättlichen Bestien macht, daß sie nur noch Raffgier kennen, daß sie nur noch sich selbst durchsetzen, auch wenn es über Berge von Leichen geht, auch wenn sich an ihr Glück das Blut und die Angstschreie der Ausgeplünderten hefteten, und deshalb sein Haß gegen diese Ordnung [...]“ (Bleier, Die neue Gesellschaft, S. 8.)

Für den Charlottenburger Pfarrer sind Religion und Sozialismus untrennbar ver-

bunden: „Je sozialistischer die Religion wirkt, je mehr der Sozialismus Religion wird, um so stärker, um so tiefer wird die neue Kultur. Echte Religion ist Sozialismus, Kampf gegen Kapitalismus, gegen die Knechtung des Menschen durch das Geld, den Besitz; Hunger nach Menschlichkeit, Erlösung vom Menschenmord des Krieges; Lebensgemeinschaft freier Menschen und freier Zuneigung, in Vertrauen, Solidarität, gegenseitiger Hilfe, Verbrüderung aller Menschen guten Willens in allen Völkern und Rassen.“ (Sozialistische Monatshefte, Jg. 1922, S. 178)

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden

Im Jahre 1921 wurde die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden (VdF) gegründet, die ganz auf Bleier zugeschnitten war. Die VdF kritisierte den Krieg als Mittel der Politik und das Gebaren militaristischer Theologen. Ab dem 2. März 1922 gehörte die VdF dem Deutschen Friedenskartell an. Die Bedeutung innerhalb dieses pazifistischen Dachverbandes muss eher als gering angesehen werden.

Ab 1925 war die VdF stark im Gemeindegemeinderat von Trinitatis vertreten. Durch Kartellverträge und Doppelmitgliedschaften gehörten VdF und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands eng zusammen.

Von 1926 bis 1933 erschien elfmal im Jahr *Der Weltfriede*. Organ der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden, redigiert von Bleier. Diese Zeitschrift, die wenige Seiten im DIN A4 Format umfasste, publizierte u.a. Passagen aus sozialistischen und pazifistischen Organen. Abdrucke aus konservativen Presseorganen dienten Bleier zur Demaskierung militaristischer Strukturen in der Kirche und Gesellschaft. Stets hatte der Friedenspfarrer die internationale Dimension des Pazifismus im Blick. So pu-

blierte er Friedensstimmen aus England und Frankreich sowie von Gandhi.

Feierstunden

Mit den „Feierstunden“ gestaltete Bleier von 1922 bis 1933 eine spezifische, religiös-sozialistische Form des Gottesdienstes. Diese fanden meistens am Sonntag um 18 Uhr statt, waren auf Themen bezogen und erfuhr eine besondere musikalische Umrahmung. Mitunter mussten diese Feierstunden wegen Überfüllung außerhalb der Kirche übertragen werden. Bei einer Solidaritätsaktion Bleiers für den revolutionären Schriftsteller Ernst Toller kamen ca. 1.500 Menschen aus ganz Berlin. Zu Bleiers Konfirmandenunterricht wurden auch Kinder aus anderen Berliner Kirchengemeinden angemeldet.

Im Sinne einer sozialistischen Lebensgestaltung propagierte Bleier eine vegetarische Ernährung und warnte deutlich vor den Gefahren des Alkohols.

Nationalsozialismus

Mit dem Aufstieg der NSDAP kritisierte Bleier die Anfälligkeit großer Teile des Protestantismus für diese Partei. Das Jahr 1932 und die Kirchenwahlen der Altpreußischen Union standen für den religiös-sozialistischen Pfarrer im Zeichen der Abwehr des deutschen Faschismus. An der Trinitatiskirche errangen die Deutschen Christen 42,2 %, die Liberalen errangen 30,9 % und die Gruppe Bleier kam auf 26,7 %. Am 8. März 1933 hielt die VdF ihre letzte Jahresversammlung ab. Der für den 14. März geplante Vortrag Bleiers über Christentum und Marxismus (Anlass war der 50. Todestag von Karl Marx) wurde wegen der neuen politischen Lage abgesetzt. Stattdessen referierte Bleier über die Malerin Paula Modersohn-Becker. Diese Veranstaltung, die 80–100 Personen anzog, wurde von der SA aufgelöst.

Im März und April fanden bei Bleier mehrere Hausdurchsuchungen statt. Am 31. März veranstaltete der Pfarrer die letzte Feierstunde. Im April erschien die letzte Nummer von *Der Weltfriede* und am 19. Juni erfolgte die Zwangsauflösung der religiös-sozialistischen Gruppe Bleier in der Trinitatisgemeinde.

Die eingereichten Beschwerden von konservativer Seite gegen Bleier, die es schon in der Weimarer Republik gab, wurden durch die Deutschen Christen fortgesetzt. Dieser Druck blieb nicht folgenlos. In seinem Bericht vom 26. Mai 1933 an das Konsistorium versicherte Bleier, sich nun verstärkt um die Seelsorge zu kümmern und kritisierte den Marxismus der SPD. Auf Drängen von Bleiers Frau Marie, einer überzeugten Nationalsozialistin, musste der Sohn Hans 1937 der NSDAP beitreten. Die Ehe wurde im Februar 1946 geschieden.

Seiner Kritik am Antisemitismus des NS-Staates blieb Bleier auch während des Zweiten Weltkrieges treu. So beerdigte er am 30. Januar 1940 und am 14. März 1942 zwei jüdische Menschen. Auf einer Pfarrkonferenz am 24. September 1941 sagte Bleier, dass jüdische Personen ohne Einschränkungen an Gottesdiensten teilnehmen könnten.

August Bleier starb am 12. Januar 1958, sein Tod fand in der Berliner Presse ein breites Echo.

In unserer Zeitschrift *CuS* 1/2008, S. 55–60, erschien der Artikel von Ulrich Peter „Ein Christ soll Sozialist sein!“ zum 50. Todestag August Bleiers am 12. Januar 2008.

Quellen und Literatur:

Bleier, August: *Die neue Gesellschaft*. Charlottenburg 1924

Lipp, Karlheinz: *Berliner Friedenspfarrer und der Erste Weltkrieg*. Ein Lesebuch. Freiburg i. Br. 2013

Ders.: *Religiöser Sozialismus und Pazifismus*. *Der Friedenskampf des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik*. Pfaffenweiler 1995

Ders.: *August Bleier*. In: *Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten*. Ein Lexikon. Hg. von Manfred Asendorf und Rolf von Bockel. Stuttgart, Weimar 1997, S. 58f.

Manrique, Matthias: *Trinitatis im Wandel der Zeit 1896–1961*. Berlin 1992

Neuwerk 1919/20

Peter, Ulrich: *Der 'Bund der religiösen Sozialisten' in Berlin von 1919 bis 1933*. Frankfurt a. M. 1995

Sozialistische Monatshefte 1922

Wolfes, Matthias: *August Hermann Johannes Bleier*. In: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, Band XVIII, Herzberg 2001, Sp. 180–190

Dr. Karlheinz Lipp,
Studium der
Geschichte und
Evang. Theologie,
Studierrat an einer
Berliner Sekundar-
schule,
seit 1995 Mitglied
im Arbeitskreis
Historische Friedens-
forschung.



Karlheinz Lipp

REZENSIONEN

Arbeitsbedingungen in französischen Atomreaktoren

*Elisabeth Filhol: Der Reaktor.
Hamburg: Edition Nautilus,
2011. ISBN 978-3-89401-740-8*

Von *Dietlinde Haug*

Über die Gefahren der Atomkraft wurde in CuS ja vor allem durch Beiträge von Winfried Eisenberg schon mehrfach berichtet. Ich wurde durch den Verein „Ausgestrahlt“ auf ein neueres Buch aufmerksam, das einen anderen Aspekt der Atomproblematik behandelt, über den ich bisher weniger nachgedacht hatte, nämlich die Arbeitsbedingungen der Atomarbeiter.

Es handelt sich um eine Übersetzung aus dem Französischen; der Verlag gibt im Klappentext an, dass die Autorin studierte Ökonomin sei und als Wirtschaftsberaterin u. a. für Betriebsräte gearbeitet habe.

Das Buch firmiert als Roman (lt. Titelblatt); es handelt sich aber eher um Erinnerungen und Überlegungen eines Technikers in der Atom-Industrie, eine lineare Romanhandlung fehlt. Bei der Lektüre werden dem Leser die Arbeitsbedingungen in den französischen Atomkraftwerken deutlich. Diese sind durchaus erschütternd; sie entsprechen offen-

sichtlich in keiner Weise der doch sehr verantwortungsvollen Aufgabe, die den Arbeitskräften obliegt. Sie erhalten zu großen Teilen nur befristete Arbeitsverträge und ziehen durchs Land von Atomkraftwerk zu Atomkraftwerk – in Frankreich gibt es deren ja 58! Übernachtet wird in billigen Hotels, zumeist aber auf Campingplätzen in gemieteten Wohnwagen, die sich (aus Ersparnisgründen) oft auch mehrere Arbeiter/Techniker teilen. Erzählt wird in der Ich-Form; der Leser erhält intimen Einblick in die doch sehr belastende Lebenssituation dieser Menschen, z.B. wie man damit umgeht, dass einem bei der Arbeit niemals ein Fehler unterlaufen darf und dass diese natürlich eben doch passieren ...

Der Ich-Erzähler beginnt seine Überlegungen damit, dass er vom Suizid seines besten Freundes berichtet. Da die gegebenen Arbeitsbedingungen das Entstehen und Pflegen von Freundschaften sehr erschweren und die Einsamkeit befördern, war auch dieses noch eine eher distanzierte Beziehung. Dieser Freund hielt einmal die Belastung des immer maschinenmäßig exakt Arbeiten Müssens nicht mehr



aus und verweigerte die Arbeit – seine Arbeit musste dann von Kollegen übernommen werden, mit der Konsequenz, dass diese dann einer höheren Strahlen-Dosis als eigentlich vorgesehen ausgesetzt waren... Auf weitere Details der Handlung will ich nicht eingehen.

Die Sprache ist sachlich-nüchtern gehalten, die Inhalte spre-

chen ja für sich. Die Übersetzung liest sich gut, so als wäre das Buch von vorneherein auf deutsch geschrieben, wie man es sich von einer Übersetzung wünscht. Da ich aber das französische Original nicht zur Verfügung habe, kann ich die beiden Ausgaben nicht vergleichen.

Zusammenfassend: Lektüre sehr empfohlen!

Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt

Wolfgang Gern/Franz Segbers (Hg.), Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt. Erfahrungen aus der Hartz IV-Welt, Verlag VSA 2009, Hamburg, ISBN 978-3-89965-386-1

Von Doris Gerlach

Grundlage dieses Buches bilden Berichte aus der „Hartz IV-Welt“ von einer Studententagung der Diakonie in Hessen und Nassau am 18.12.2008.

Die beteiligten Beratungsstellen der Diakonie in Hessen und Nassau baten dringlich um Veröffentlichung ihrer Ergebnisse in der Beratung von Menschen im ALG II-Bezug.

Franz Segbers, Referatsleitung Arbeit, Ethik und Sozialpolitik im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau und apl. Professor für Sozialethik, Philipps-Universität Marburg,

bereitet uns Lesende durch die Beschreibung einer Veränderung des Sozialstaates auf das Thema des Buches vor.

Doch vorab: Zum 01.01.2005 wurden die bisherigen Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Menschen ab 15 Jahren umgewandelt in den Anspruch auf Arbeitslosengeld-II-Leistungen. Begründet wurde diese Zusammenlegung mit der Hilfe aus einer Hand. Das Instrumentarium dazu lautete Fordern und Fördern.

Grundrechtsansprüche auf ein Existenzminimum wurden damit an Bedingungen geknüpft.

Mit Bedingungen sind gemeint: die Einhaltung von Terminen, die Teilnahme an Maßnahmen, der Nachweis von Bewerbungen und die Aufnahme jedweder Arbeit unabhängig vom Verdienst und



Wolfgang Gern/f

Als Kun als Bett

Erfahrungen aus



die Erfüllung der Mitwirkungspflicht.

Verstöße gegen die Bedingungen werden mit Sanktionen geahndet, Sanktionen, die die Höhe der Existenzminimum-Zahlungen mindern.

Von diesen Sanktionen sind alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft betroffen.

Die Leistungen des ALG II setzen sich zusammen aus der Regelleistung und den Kosten der Unterkunft (Grundmiete, Nebenkosten und Heizkosten).

Bei mehrfachen Verstößen gegen die Bedingungen werden auch die Unterkunftskosten gemindert bzw. eingestellt.

ALG II wird auch Bedarfsgemeinschaften gewährt, die durch Erzielung eines Einkommens nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt damit sicher zu stellen.

Die Autor(inn)en und ihre Untersuchungen samt Berichten aus der Perspektive der Betroffenen: Wolfgang Gern/Franz Segbers: Berichte von der Großbaustelle Hartz IV; Franz Segbers: Mit Hartz IV in einen anderen Sozialstaat; Sonja Linke: „Da gehe ich nicht mehr hin“; Stefan Gillich: „Ich sitze in meiner kalten Wohnung, weil ich Heizung sparen muss ...“ Renate Lang: „Das macht mich regelrecht müde“; Sylvia Kreußer: „Ich kann gut mit Geld umgehen, denn ich habe nur sehr wenig davon“; Günther Salz: Erfahrungen in der Zone der Ver-

wunderbarkeit; Helga Spindler: Kleine Schritte verändern den Sozialstaat; Thomas Posern/Franz Segbers: Zum Menschenbild von Hartz IV; Aufruf für ein Sanktionsmoratorium. In ihren Beiträgen werden die Erfahrungen in den Beratungsstellen zu den Auswirkungen von Hartz IV für die Menschen auch durch Fallbeispiele dargestellt ebenso wie die damit verbundenen Herausforderungen an die Beratenden.

Dabei wird die Belastung der Betroffenen vor allem durch die unzureichende Höhe der Regelleistung, die Situation am Wohnungsmarkt und am Arbeitsmarkt beschrieben.

Ein kurzer Einblick in die Arbeitsbedingungen bei den Leistungsbehörden lässt Zusammenhänge zu der zunehmenden Rechtsunsicherheit bei den ALG-II-Beziehenden erkennen.

Der Titel des Buches gewinnt mit den geschilderten Erfahrungen der Betroffenen beim Umgang mit den Leistungsbehörden ein Verstehen.

Dieses Verstehen ist umso wichtiger, da es sich in der Gesellschaft zunehmend verliert. Deutlich zeigen die Beiträge die Gründe für diese Veränderung.

Sehr deutlich vermitteln die Beiträge von Franz Segbers, Helga Spindler und Thomas Posern die Absichten der Veränderung des Sozialstaates

und das Menschenbild von Hartz IV.

Ein sozial aktiver Sozialstaat wurde in einen aktivierenden Sozialstaat verändert. Nicht mehr die Veränderung der Verhältnisse, sondern die Veränderung des Verhaltens der

Bürgerinnen und Bürger ergibt sich daraus.

Dieses Buch ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Würde des Menschen und deren Beschädigung und fordert auf, sozial aktiv für die Würde einzustehen.

BUNDESNACHRICHTEN

21.–23. Juni 2013 in Bregenz/Österreich Bodensee-Konferenz der religiös-sozialistischen Organisationen im deutschsprachigen Raum

Von Reinhard Gaede

Der Bodensee als Treffpunkt für die deutschsprechenden Gruppen – das war die Idee, die wir beim Treffen des Vorstands ausbrüteten. Die Freude war groß, als Dr. Matthias Lauer, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS) nach Bregenz einlud und die Tagung zusammen mit Herbert Pruner, Landesvertreter von ACUS/Vorarlberg vorbereitete.

16 Personen hatten sich dann angemeldet. BRSD: Reinhard & Ingelore Gaede, Thorsten de Jong, Alois Schwarz, Christof Lingelbach & Nina Becker, Elmar Klink, Andreas Ebert. ACUS: Matthias Lauer, Herbert Pruner, Gottfried Grantits. Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz (RESOS): Hanna Göt-

te, Hans Walder. Freundinnen und Freunde der NEUEN WEGE: Peter Spinatsch-Heumann. ILRS: Johan van Worum & Ineke.

„Glaubwürdig Christ(in) und Sozialist(in) sein in einer kapitalistischen Welt“ – unter diesem Thema wollten wir unsere Erfahrungen in und mit Parteien und Kirchen bzw. Religionsgesellschaften und unsere Perspektiven und Erwartungen miteinander ins Gespräch bringen. Besonderes Augenmerk werden wir auf konkrete Alternativen im und zum kapitalistischen Wirtschaftssystem legen.“ So stand es im Einladungsschreiben.

Ingelore und ich nutzten die Gelegenheit, auf der Reise die schönen Städtchen Überlingen und Lindau besser kennen zu lernen. Im Jugendgästehaus JUFA, einem 4-Sterne-Hotel, ehemals Textil-Fabrik,





kamen wir preiswert und komfortabel genug unter und hatten nur einen kurzen Weg zum See und zu Innenstadt. Der Kulturabend diente dazu, uns kennen zu lernen. Matthias Lauer zeigte den Film „Die verrückte Welt der Ute Bock“. Der Verein „Flüchtlingsprojekt Ute Bock“, der auch mit der Homepage www.fraubock.at präsent ist, sammelt Sachspenden, betreibt einen webshop, wirbt für eine humane Flüchtlingspolitik und hat die Unterstützung vieler Künstler mit der Aktion „10 Jahre Bock auf Kultur“. Der Erholung und Geselligkeit dienten zwei Spaziergänge, einmal zum See, wo wir die Vorbereitungen für die Bregenzer Festspiele für die Aufführung der Oper „Die Zauberflöte“ von Wolfgang Amadeus Mozart sahen.

Besonders eindrucksvoll war der „Gedenkweg Widerstand und Verfolgung 1938-1945 in Bregenz“. Die Gedenktafel Seekapelle enthält Namen jener 16 Bregenzer(innen), die in dieser Zeit ihr Leben verloren. Einzelne Tafeln dieses vorbildlichen Gedenkwegs zeigen das Bild und den Lebensweg der Menschen, die durch Widerspruch oder Widerstand gegen die Nazis umkamen.

Unsere thematischen Aussagen wurden in einer Presseerklärung festgehalten.

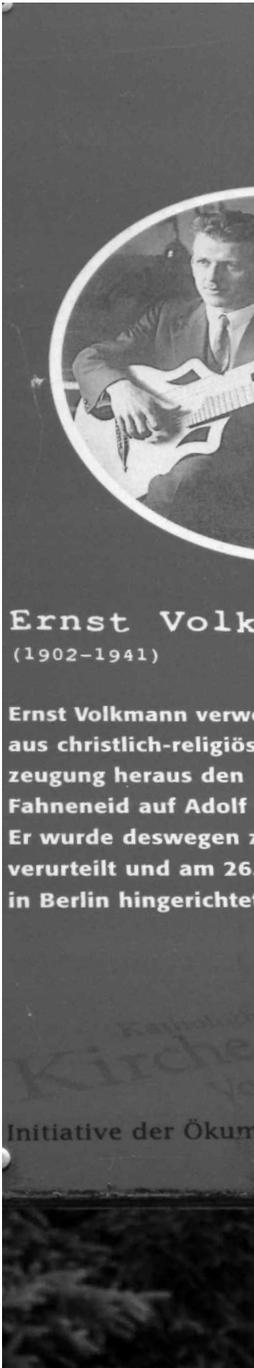
Über die Geschichte und Situation unserer drei Bewegun-

gen haben wir uns gegenseitig informiert. Die Geschichte der religiösen Sozialisten in Österreich ist eng mit der Person des „kleinen Otto Bauer“ verbunden, nicht mit seinem Namensvetter, dem sozialdemokratischen Politiker und Austromarxisten Dr. Otto Bauer (1881–1938) zu verwechseln. „Der kleine Otto Bauer“ wurde am 16. April 1897 als Sohn einer Arbeiterfamilie in Wien-Ottakring geboren. Marco Rosso, der an einem Forschungsprojekt der Universität Innsbruck arbeitet, schreibt: „Otto Bauer gründete im Jahre 1926 den BRS. Aufgrund der neuen Richtlinien der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), die am Parteitag zu Linz im November desselben Jahres verabschiedet wurden (Linzener Programm), konnte der BRS bereits im Jänner 1927 als parteiinterne Kulturorganisation seine Tätigkeiten aufnehmen. Die religiösen Sozialisten verstanden sich als interkonfessionelle und interreligiöse Gruppierung, dessen Hauptanliegen die Befreiung des Proletariats im Geiste der Reich-Gottes-Botschaft war. Von dieser Gesinnung heraus wurde der Arbeiterbewegung eine epochale Rolle zugeschrieben: »Wir haben im Sozialismus ein verweltlichtes christliches Erbe wiedererkannt. Konnte er für uns auch niemals das Reich bedeuten, so spürten wir in ihm Kräfte des Reiches wirk-

sam.“ ... Als allmählich die politische Situation in Österreich zu eskalieren drohte und infolge des Bürgerkrieges im Februar 1934 die Sozialdemokratie aufgehoben und verboten wurde, engagierte sich der „kleine“ Otto Bauer fortan unter den Decknamen „Herbst“ und „Weis“ im Untergrund in der illegalen Partei der Revolutionären Sozialisten Österreichs. Wenige Wochen nach der Annexion Österreichs an das Deutsche Reich flüchtete Bauer mit seiner Familie am Abend des 7. April 1938 ins Exil. Die ersten Exilsjahre verbrachte die Familie Bauer in Zürich, bis sie schließlich 1940 in die Vereinigten Staaten emigrierte und von diesem Zeitpunkt an ihre alte Heimat Österreich nur mehr urlaubsbedingt aufsuchten. Otto Bauer verstarb 1986 während eines Kuraufenthaltes in den Osttiroler Bergen. ... Zwischen 1927 und 1934 entstanden zahlreiche Artikel, die Bauer in der Zeitschrift der religiösen Sozialisten Österreichs, dem „Menschheitskämpfer“, veröffentlichte. Der „Menschheitskämpfer“ erschien zuerst monatlich, dann zweiwöchentlich, und wurde von Otto Bauer fast im Alleingang herausgebracht. (<http://www.uibk.ac.at/systheol/ottobauer/projekt>). Ergänzend schreibt er mir: „Wir arbeiten an der Veröffentlichung des Nachlasses von Otto Bauer (1897–1986) unter besonderer

Rücksicht religionspolitologischer und apokalyptischer Aspekte in seinem Denken. Sein Schaffen lässt sich in drei Perioden unterteilen: 1. Phase: 1927 (Gründung des Bundes) bis 1934 (Auflösung und Verbot der Sozialdemokratie) 2. Phase: 1934 bis 1938 (Bauer war Mitglied der illegalen Partei der Revolutionären Sozialisten Österreichs) 3. Phase: ab 1938 (Exil: Schweiz-Frankreich und Emigration in die USA). Die Schriften der ersten Phase sind in der Zeitschrift des BRS „Menschheitskämpfer“ enthalten. Hier geht er hauptsächlich auf grundsätzliche Positionen der damaligen Zeit ein: Verhältnis von Sozialismus und Religion (der BRS war primär von Katholiken getragen, was ja die Sache etwas komplizierter macht, weil die Amtskirche im Spiel war); Arbeiterfrage und Klassenkampf; Weltwirtschaftskrise; Kapitalismuskritik; Kritik am Faschismus und Nationalsozialismus; Quadragesimo anno). Die Kontakte zu Deutschland sind sehr wichtig: er war mit Heinrich Mertens befreundet und zwei Jahre Mitherausgeber der Roten Blätter. Ebenso wichtig ist seine Freundschaft zu Leonhard Ragaz. Die zweite Phase ist hauptsächlich anhand von Interviews aus der Nachkriegszeit dokumentiert. In diesen Schriften erzählt Bauer die Geschichte des BRS und der Untergrundorganisation.





Die dritte Phase intensiviert Bauer gewissermaßen sein prophetisches, messianisches, apokalyptisches und eschatologisches Denken. In der Exilszeit entstehen diverse Schriften, die u. a. folgende Themen zum Inhalt haben: Revision und Neubegründung des Sozialismus angesichts des Scheiterns der sozialistischen Bewegung; Reflexionen über das Christentum: Insitutionskritik und Vertiefung in einem mystisch-prophetischen Denken; Problematik der Atombombe

und der daraus folgenden Selbsterstörung der Menschheit; Spezifische Reflexionen über: Kalten Krieg, Israel-Palästina-Konflikt, Nietzsche, Kierkegaard, Jesus und Kairos, christlich-sozialistische Bewegung der Nachkriegszeit, Befreiungstheologie etc.“

Mit vielen neuen Eindrücken, mit Dank an unsere Gastgeber und in Hoffnung auf ein Wiedersehen und weiteren regen Austausch führen wir nach Hause.

Presseerklärung

Erste internationale Bodensee-Konferenz der religiösen Sozialist(inn)en

Vom 21.–23.06. 2013 fand in Bregenz erstmals eine gemeinsame internationale Bodensee-Konferenz der religiös-sozialistischen Organisationen im deutschsprachigen Raum statt. Unter dem Leittitel „Glaubwürdige Christ(in) und Sozialist(in) sein in einer kapitalistischen Welt“ tauschten 16 Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen ACUS (Österreich), BRSD (Deutschland) und RESOS (deutschsprachige Schweiz) sowie des Trägervereins der schweizerischen Zeitschrift „NEUE WEGE“ ihre Erfahrungen und politischen Ansätze aus und berieten über gemeinsame Perspektiven für das Engagement religiöser Sozialistinnen und Sozialisten in poli-

tischen Parteien, Kirchen und der Zivilgesellschaft. Die Leitung hatte Matthias Lauer, Bundesvorsitzender von ACUS und Delegierter zur Internationalen Liga Religiöser Sozialist(inn)en (ILRS).

Der Landesvorsitzende der SPÖ Vorarlberg, LAbg. Michael Ritsch und SPÖ-Landesgeschäftsführer Ing. Reinhold Einwallner begrüßten die Teilnehmer(innen) im Jugendgästehaus Bregenz und standen am Samstag zur Diskussion über die besonderen Anliegen und Fragestellungen christlich geprägter Sozialist(inn)en zur Verfügung.

Die Konferenz erinnerte an das reichhaltige praktische, politische und theologische Erbe

von Christ(inn)en, die aufgrund ihres Glaubens zu einer sozialistischen Zielorientierung gefunden haben und sich daraus in Gewerkschaften, der Friedensbewegung und besonders sozialdemokratischen Organisationen bewusst und kritisch engagieren.

Johan van Workum, Treasurer (Schatzmeister) der International League of Religious Socialists (ILRS), dem weltweiten Dachverband der religiösen Sozialist(inn)en, bezeichnete die Auseinandersetzung mit konservativen und fundamentalistischen religiösen Strömungen einerseits und zugleich einem zunehmend militant auftretenden „säkularen Extremismus“ andererseits als besondere Herausforderung für fortschrittlich gesonnene Menschen in Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die wirklichen Trennungslinien verliefen heute nicht zwischen den Religionen, sondern zwischen rückschrittlichen und zukunftsorientierten Kräften innerhalb der einzelnen Gemeinschaften und den Versuchen, Religion ganz aus dem öffentlichen Leben zu verbannen.

Die Vorträge und Diskussionen der Konferenz mahnten insbesondere die Verantwortung zu glaubwürdigem sozialen Engagement in Kirchen und Parteien an und betonten, dass ohne einen wahrnehmbaren Bruch mit der überkommenen neoliberalen Politik po-

sitive Schritte und Veränderungen im Interesse der arbeitenden Menschen und finanziell schlechter Gestellten nicht möglich sind. Besonderen Wert legten die Teilnehmer(innen) auf politische Forderungen, die von den religiös-sozialistischen Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz derzeit vorrangig aufgeworfen werden:

1. eine strikte Absage an Austeritäts- und Belastungspolitik zulasten von Arbeitnehmer(inne)n und Erwerbslosen, stattdessen Vorrang für qualifizierte, Existenzsichernde Beschäftigung und Schutz vor Lohndumping und Altersarmut durch bedarfsgerechte Mindestlöhne.
2. die Wiedergewinnung und Stärkung genossenschaftlicher Eigentums- und Verteilungsformen und den Schutz und Ausbau öffentlichen Eigentums.
3. eine strenge Regulierung des Finanzsektors zum Schutz vor weiterer Spekulation, insbesondere durch Einführung eines authentischen Trennbankensystems nach dem bewährten Glass-Steagall-Standard (Trennung zwischen dem Einlagen- und Kreditgeschäft und dem Wertpapiergeschäft) und Schritte hin zu einer demokratischen Kontrolle der Finanzwirtschaft.
4. das besondere Engagement für Flüchtlinge, Wohnungs-





lose und sozial Schwache im Sinne der politischen Garantie gleicher Rechte und gleichem Zugang zu Erwerbsarbeit, Versorgung, Bildung und Gesundheit für alle Einwohner(innen) der beteiligten Länder.

Die Teilnehmer(innen) schritten einen Gedenkweg für die

Opfer des Nationalsozialismus in Bregenz ab unter Führung von Herbert Pruner, Landesvertreter von ACUS Vorarlberg.

Die Teilnehmer(innen) vereinbarten eine Folgekonferenz in drei Jahren als Fortsetzung der in Bregenz begonnenen besonderen Zusammenarbeit.

Genossenschaften – Ökonomie der Solidarität. Chancen und Grenzen.

Mitgliedertagung im Martin-Niemöller-Haus der Ev. Kirche von Hessen-Nassau, in Schmitten-Arnoldshain vom 7.-8. September 2013

Von Reinhard Gaede

1 8 Mitglieder hatten den Weg nach Arnoldshain gefunden. Sieben, die krank geworden waren, mussten wir vermissen. In dem großen, schönen Haus waren wir rings von Wald und Wiese umgeben. Als Thema der Tagung hatten wir gewählt: „Genossenschaften – Ökonomie der Solidarität. Chancen und Grenzen“. Bei gemeinsamem Mittagessen, Kaffee und Tee auf der sonnigen Terrasse konnten alle ins Gespräch kommen.

Jörg Arolf Wittig vom Vorstand Oikocredit/Förderkreis Hessen-Pfalz hielt sein Referat „Existenzsicherung im Senegal“. 1975 wurde Oikocredit, da-

mals unter dem Namen „Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft“, rechtswirksam als Genossenschaft in den Niederlanden eingetragen. Gründungsmitglied war der Ökumenische Rat der Kirchen. Den neuen Namen Oikocredit gibt es seit 1999. Mit dem Ziel weltweiter Gerechtigkeit will Oikocredit sozial verantwortlich investieren, zurzeit in 70 Ländern mit 854 Projekt-Partnern, Oikocredit vergibt Darlehen und Kapitalbeteiligungen an Partnerorganisationen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Das Kapital stellen die Mitglieder der Genossenschaft: in Förderkreisen organisierte Privatpersonen, Institutionen wie Kirchen, Partnerorganisationen und andere. Schwerpunkte sind Mikrofinanz, Landwirtschaft und Fairer Handel. Jörg Arolf Wittig konnte nach seinen Erfahrungen zahlreiche Beispiele nennen, wie Genossenschaften,

Händlerinnen, Handwerker, Obst- und Gemüsebauern durch Kredite eine Starthilfe bekamen. Arbeitsplätze entstanden, Ausbildung von Angehörigen wurde ermöglicht, faire Preise wurden erzielt. Ausbeutung wurde verhindert, Unternehmen bekamen eine Perspektive. Ein Beispiel: Er hat unter anderem eine neue Mangofabrik besucht, die von Oikocredit finanziert wurde. Sie wird von etwa 3500 Bauern beliefert, von denen noch vor ein paar Jahren, jeder für sich alleine gekämpft hat. Jetzt, gemeinsam, sind sie als Genossenschaft nicht nur an der Fabrik beteiligt, sie haben durch die Verarbeitungsmöglichkeit zahlungskräftigere Abnehmer gefunden und dadurch ihren Gewinn um ein Vielfaches gesteigert. Hilfe zur Selbsthilfe nennt J. A. Wittig das Prinzip der Mikrokredite. Der BRSD ist selbst Mitglied bei Oikocredit, und wir hatten schon früher berichtet. Wir freuten uns, dass unser Referent, dem wir herzlich dankten, noch den Tag über bleiben konnte.

Caterina Metje, unsere zweite Referentin, hat ein Buch mit Zeichnungen von Findus geschrieben: „Kleine Geschichte der Genossenschaften. Beispiele aus der Kooperativbewegung“, Unrast Verlag 2013. Genossenschaften definiert sie als gemeinsames Wirtschaften von Menschen, üblich

schon im Altertum. Bauern hatten die Allmende gemeinsam, Handwerker kooperierten in Zünften, Vereine brachten Geld für den Bau von Deichen zusammen usw.

Eine Galerie von Pionieren der Genossenschaften wurde uns vorgestellt: Robert Owen (1751–1858), Charles Fourier (1772–1837), Jean-Baptist André Godin (1817–1888), „die ehrlichen Pioniere von Rochdale“ (gegründet 21. Dezember 1844), der christliche Sozialist Philippe Buchez (1796–1865), Henri de Saint-Simon (1760–18), Louis Blanc (1811–1881), Victor Aimé Huber (1800–1869), Hermann Schulze Delitzsch (1808–1863), Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888), Ferdinand Lassalle (1825–1864). Wir sprachen über Konsum-, Produktivgenossenschaften, Wohngenossenschaften, die Kibbuzim in Israel, die Kollektive der spanischen Anarchisten, die große Genossenschaft Mondragon in Spanien oder Migros in der Schweiz. Zurzeit entstehen nach dem Ausstieg aus der Atomenergie und der Energiewende ständig neue Energiegenossenschaften, die natürliche Energien nutzen. Seit der Zeit der Neubelebung des BRSD 1976 haben wir uns oft auf die Frühsozialisten und ihre Wirtschaftsform der Genossenschaften bezogen und gesellschaftliche Leitziele





weiterentwickelt. Wir dankten für das anregende Referat.

Das dritte Referat hielt *Bernd Meier-Stromfeldt*, Geschäftsführer der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten. Nachdem die uns freundlich verbundene Basisgemeinde in CuS schon früher vorgestellt war (CuS 4/2011, 1/2012), konnten wir ihre Entwicklung noch einmal genauer verfolgen. Die Basisgemeinde ist 1973 in der Johannes-Kirchengemeinde in Kornwestheim (bei Stuttgart) aus einem ökumenischen Gesprächskreis entstanden. Begründer war Pfarrer Gerhard Weber. Nach Kündigung ihrer Berufe und ihrer Wohnungen sind 15 Erwachsene und 8 Kinder im Januar 1983 von Kornwestheim nach Wulfshagenerhütten bei Kiel umgezogen. 1990 ist in Berlin, inmitten eines sozialen und politischen Brennpunktes die Basisgemeinde Prenzlauer Berg entstanden. 1995 hat die Basisgemeinde in der Westukraine eine Gemeinschaft mit landwirtschaftlichem Betrieb gegründet und nach 15 Jahren an eine freikirchliche Gemeinschaft von Ukrainern übergeben. Ein altes 300 Jahre altes Gutshaus und ein ehemaliges Kinderheim wurden umgebaut für Wohngruppen und Werkstatt. Eine alte Scheune wurde zu einer modernen Holzwerkstatt mit 25 Arbeitsplätzen ausgebaut, an denen auch Menschen aus der Region mitarbeiten. Hier

werden hochwertige Spiel- und Bewegungsgeräte für Kindergärten, Schulen und therapeutische Einrichtungen hergestellt. Der Vertrieb erfolgt in ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland. Die Arbeitsbereiche sind: Hausmeisterei, Kinderbetreuung, Wäscherei, Kleiderkammer, Hauswirtschaft (mit zentralem Einkauf), Finanzbüro Schulwesen. In einer Kinderhaus-Gemeinschaft wachsen Kinder fast wie Geschwister auf. Das Selbstverständnis: „Die Basisgemeinde ist eine generationsübergreifende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. ... Nach dem Vorbild der ersten Christen leben wir in Gütergemeinschaft. Gemeinsam wollen wir den Weg der Nachfolge Jesu gehen. Ein Kennzeichen dieser neuen Lebenskultur des Friedens ist, dass wir miteinander teilen; dass wir aus unserer Kultur des Raubens, des Privatbesitzes umkehren in die Lebenskultur des Miteinanders, des Schenkens und des Sich-Verschenkens. ... Aus dem Friedenspapier von Gerhard Weber.“ So steht es auf der Homepage (www.basisgemeinde.de).

Durch dieses eindrucksvolle Referat, für das wir vielmals danken, haben wir eine Lebensgemeinschaft kennen gelernt, die zugleich Wohn-, Produktions-Konsumgenossenschaft ist, zugleich aber eine ökumenische Gemeinde ist.

Die gesellige Zeit dauerte bei manchen bis spät in die Nacht. Nach dem Frühstück versammelten wir uns zum Gespräch über der Tageslese Matth. 6, 24–34. In der Mitgliederversammlung konnte der Vorstand über zufrieden

stellende Finanzen und eine sich ausbreitende Wirksamkeit berichten. Als neue Vorstandsmitglieder wurden *Jürgen Gorenflo* und *Fokke Bohlsen* hinzugewählt. Revisoren sind *Dietlinde Haug* und *Jakob Labidi*.

Pressemitteilung

Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“, 14. September 2013

Als starkes Signal werteten die Initiatoren die heutigen Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen insgesamt mehr als 15.000 Menschen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straßen gegangen sind. Zu den Demonstrationen aufgerufen hatte das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ von Attac, Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen. Die äußerst breite Zustimmung in der Bevölkerung stelle für die Politik eine Verpflichtung zu einem steuerpolitischen Kurswechsel dar.

Die zentrale Demonstration fand in Bochum statt, wo sich insgesamt mehr als 12.000 Menschen an einem Sternmarsch beteiligten. Zeitgleich bildeten in Berlin Tausende eine Umfairteilkette im Regierungsviertel.

Auch in anderen Städten – darunter etwa Saarbrücken und Regensburg – fanden heute Umfairteilen-Veranstaltungen statt.

„Wir haben die Verteilungsfrage und die Finanzierung sozialer Infrastruktur erfolgreich auf die politische Agenda gesetzt. Innerhalb weniger Monate bildeten sich mehr als 60 lokale Bündnisse in Deutschland, die mit über 250 Veranstaltungen und Demonstrationen erreichten, dass die Forderung nach einer gerechten Steuerpolitik als Mittel der fairen Verteilung in die Öffentlichkeit kam. Das ist ein Riesen-Erfolg“, sagte Helge Bauer vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, wertete den heutigen Tag ebenfalls als beeindruckende Bestätigung: „Dem Bündnis ist es im Laufe der Kampagne gelungen, eine ganz breite Zu-





stimmung zu unseren Forderungen zu erlangen. Wenn sich drei Viertel der Wahlberechtigten für eine solidarische Steuerpolitik zu Gunsten des Erhalts unseres Sozialstaates aussprechen, ist das ein ganz starkes Signal. Alle Parteien stehen in der Pflicht, diesem überwältigenden Mehrheitswillen Rechnung zu tragen.“

Konkret fordert das Bündnis eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung des Gemeinwesens und notwendiger Reformen. „Wichtige Bereiche wie Bildung und Pflege sind dauerhaft unterfinanziert. Wir brauchen deshalb dringend zusätzliche Investitionen in die gesellschaftliche und soziale Zukunft Deutschlands.“

Da ist es ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn Millionäre und Milliardäre, deren Vermögen im Zuge der Finanzkrise mit dem Geld der Steuerzahler gerettet wurden, jetzt einen stärkeren Beitrag leisten“, sagte Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Özlem Alev Demirel, Bundesvorsitzende von DIDE, bilanzierte für die Migrantennorganisationen, die zahlreich zu der Demonstration mobilisiert haben: „Die Schere zwischen Arm und Reich klapft in Deutschland immer weiter auseinander. Nicht zuletzt die Po-

litik der Steuergeschenke und Rettungspakete an Reiche, Konzerne und Banken auf der einen Seite und Sozialkürzungen und Lohndumping auf der anderen Seite haben dazu beigetragen, dass wir eine geradezu perverse Reichumsverteilung in diesem Land haben. Um diesen Trend umzukehren, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Menschen einzufordern, waren wir heute lautstark und kreativ auf der Straße.“

Dem parteipolitisch unabhängigen Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ gehören auf Bundesebene 24 Organisationen an: vom globalisierungskritischen Attac- und dem Online-Netzwerk Campact, Gewerkschaften wie Verdi und GEW, Sozialverbänden wie Paritätischer Wohlfahrtsverband, SoVD und Sozialverband VdK über die Katholische Arbeitnehmerbewegung, MigrantInnenverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen bis hin zu den Naturfreunden Deutschlands und der Initiative Vermögenger für eine Vermögensabgabe.

Zu den unterstützenden Organisationen gehört auch der BRSD.

Für Rückfragen:

Gwendolyn Stilling, Tel. 0 30/24 63 63 05, 01 73/9 98 69 94,

pr@paritaet.org

Frauке Distelrath, Tel. 0 69/90 02 81-42, 01 51/61 41 02 68, presse@attac.de

Bilder und Fotos

Reinhard Gaede.....	1, 68–74
Nikolaus und Anne Schneider, priv.	9
Udo Fleige	9, 11, 13–15
Jules El-Khatib	15, 17
Samuel Diekmann, priv.	25
Paul Schobel	25, 26, 28, 29
Uwe Walter	31
Thomas Bonhoeffer, priv.	34
Jens-Eberhard Jahn, priv.	40
Gerd Büntzly	40, 43
Kana Suppenküche, Bernd Büscher	44–46
Alois Schwarz	46, 49
Peter Ripken	50, 51
Kindernothilfe, Jürgen Schübelin	52–54, 58
Renate Witzlau, priv.	60
Karlheinz Lipp, priv.	63
Edition Nautilus, Hamburg	65
VSA Verlag, Hamburg	66
www.attac.de	75–76

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Thomas Bonhoeffer
Farnstr. 9
44789 Bochum

Gerd Büntzly
Lützowstr. 24
32052 Herford

Bernd Büscher
Kana – Dortmunder
Suppenküche e.V.
Mallinckrodtstr. 114
44145 Dortmund

Samuel Diekmann
Brucknerstraße 15
63322 Rödermark

Jules Jamal El-Khatib
Johannisstraße 7
45141 Essen

Udo Fleige
Schwärzlocher Str. 86
72070 Tübingen

Jens-Eberhard Jahn
Franckestr. 2
04318 Leipzig

Dr. Karlheinz Lipp
Friedrich-Wilhelm-Str. 42
12103 Berlin

Peter Ripken
Baumweg 14
60316 Frankfurt/Main

Dr. h.c. Nikolaus & Anne Schneider
Nymphenburger Str. 3
10825 Berlin

Paul Schobel
Altensteigerstr. 6
71034 Böblingen

Alois Schwarz
Hallgasse 6
86720 Nördlingen

Martin Schwarz
Haus am Grünen Hof
Kirchliches Dienstleistungszentrum
Grüner Hof 1
89073 Ulm

Jürgen Schübelin
Hansegracht 11
47051 Duisburg

Renate Witzlau
Hermann-Löns-Weg 8
61476 Kronberg

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)-briefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte und Bilder folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD, Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln

Per Telephon:
02 21/9 99 02 30

Per E-Mail:
m.distelrath@netcologne.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 25,- pro Jahr · Ausland € 33,-, pro Jahr
Förderabonnement € 30,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010
Internationale Überweisungen:

IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam